Institut für ökologische Wirtschaftsforschung

Regionale Agenda 21 im Oberbergischen Kreis

Schriftenreihe des IÖW 144/99

i | ö | w INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

IÖW (Hrsg.)

Regionale Agenda 21 im Oberbergischen Kreis

Bearbeiter:
Kirein Franck
Rainer Lucas (Projektleitung)
Dr. Reimar Molitor
Dr. Guido Nischwitz

Schriftenreihe des IÖW 144/99
Berlin 1999
ISBN 3-932092-44-9

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) gGmbH
(Institute for Ecological Economy Research)

Geschäftsstelle Berlin
Potsdamer Str. 105
D-10785 Berlin

fon +49.(0)30.884 59 40
fax +49.(0)30.882 54 39
mailbox@ioew.de
http://www.ioew.de

Regionalbüro Nordrhein-Westfalen
Dr. Guido Nischwitz
Völklinger Str. 9
D-42285 Wuppertal

fon.: +49 (0)202.80530
fax: +49 (0)202.83402
mailbox@wuppertal.ioew.de

Inhaltsverzeichnis

Seite

1 Einführung – Die Regionale Agenda 21 im Oberbergischen Kreis ... 1

1.1 Ausgangslage der Regionalen Agenda 21 ... 1
1.2 Zielsetzungen im Projekt ... 2
1.3 Durchführung ... 2
1.4 Handlungsfelder ... 5
1.5 Zentrale Aspekte des Regionalen Agenda 21-Prozesses ... 5

Teil A Handlungsfeld „Arbeit, Umwelt, ökologische Innovation"

1 Zielorientierung ... 11

2 Projektbereich „Holzverwertung" ... 15
2.1 Ausgangslage ... 15
2.2 Recherchen ... 16
2.2.1 Strukturelle Grunddaten des Forstamtes Waldbröl ... 17
2.2.2 Strukturelle Daten des Forstamtes Wipperfürth ... 18
2.2.3 Stand der Umsetzung einer Nahwärmeversorgung in Lieberhausen mittels eines Holzhackschnitzelwerkes ... 29
2.2.4 Veranstaltungen „Holz als regionaler Rohstoff - Chancen für Wirtschaft, Arbeit und Umwelt im Oberbergischen Kreis" ... 21
2.3 Leitprojekte ... 24

3 Projektbereich „Recycling und Wiederverwertung von Konsumgütern" ... 27
3.1 Modellprojekt „Recycling weißer Ware" ... 27
3.1.1 Gesetzlicher Rahmen ... 27
3.1.2 Marktentwicklung ... 28
3.1.3 Recherche ... 29
3.1.4 Ergebnis der Arbeitskreissitzungen ... 32
3.1.5 Überlegungen zum Gesamtnutzen eines Modellprojektes für die Gemeinde ... 34
3.1.6 Projektskizze ... 35
3.2 Wieder- und Mehrfachnutzungen von Gebrauchsgütern ... 36
3.2.1 Nutzungsdauerverlängerung - Strategien zur Erweiterung der Zielgruppen ... 36
3.2.2 Projektskizze ... 38
3.3 Bewertung der Projektideen ... 39

4 Projektbereich „Altautoverwertung" ... 40
4.1 Ausgangslage ... 40
4.2 Arbeitskreis „Regionale Altautoverwertung" ... 42
4.3 Projektskizzen ... 45

5 Perspektiven ... 47

6 Zusammenfassung der Projektbewertungen ... 49

Teil B Handlungsfeld „Zukünftiges Bauen und Wohnen"

1 Zielbereiche" ... 53

1.1 Bauen und Wohnen im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung ... 56
1.2 Bauen und Wohnen als ein Element regionaler Wirtschaftspolitik
1.3 Die Position der Bauwirtschaft im Umweltschutzmarkt ... 58
1.4 Ziele und Aufgaben in den verschiedenen Arbeitsphasen ... 61

2 Projektbereich „Marketing für ökologisches und nachhaltiges Bauen" ... 64
2.1 Aufgabenstellung ... 64
2.2 Zielsetzungen ... 65

Seite

2.3 Ergebnisse und Projektideen ... 66
2.4 Perspektiven für die Weiterarbeit ... 68

3 Projektbereich „Ökologische Siedlungsentwicklung" ... 69
3.1 Aufgabenstellung ... 69
3.2 Zielsetzungen ... 69
3.3 Ergebnisse und Projektideen ... 69
3.4 Perspektiven für die Weiterarbeit ... 71

4 Projektbereich „Traditioneller und Moderner Holz- und Lehmbau" ... 73
4.1 Aufgabenstellung ... 73
4.2 Zielsetzungen ... 73
4.3 Ergebnisse und Projektideen ... 73
4.4 Perspektive für die Weiterarbeit ... 75

5 Die Rolle von Schlüsselakteuren und Promotoren ... 76

Teil C Handlungsfeld „Zukunft der Landwirtschaft und des Ernährungsgewerbes"

1 Zielformulierung ... 79

2 Ausgangssituation ... 84
2.1 Regionalwirtschaftliche Bedeutung der Produktlinie Ernährung ... 84
2.2 Wesentliche Eckdaten der Landwirtschaft im Oberbergischen Kreis ... 86
2.3 Nutztierhaltung ... 89
2.4 Direkt- und Regionalvermarktung ... 91

3 Projektbereich „Regionales Herkunfts- und Qualitätszeichen Bergisches Land" ... 93
3.1 Ausgangslage ... 93
3.2 Erwartungen und Zielsetzungen an ein Herkunfts- und Qualitätszeichen ... 95
3.3 Ergebnisse und Projektideen ... 96
3.4 Problemstellung ... 98
3.5 Perspektive und weitere Schritte ... 100

4 Projektbereich „Regionalvermarktung – Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Gastronomie" ... 101
4.1 Ausgangslage ... 101
4.2 Erwartungen und Zielsetzungen an eine Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Gastronomie ... 102
4.3 Ergebnisse und Projektideen ... 103
4.4 Problemstellung ... 106
4.5 Perspektiven und weitere Schritte ... 106

5 Schlüsselakteure und Promotoren im Handlungsfeld ... 108

6 Projektideen und Leitprojekte ... 109

Teil D Handlungsfeld „Umwelt und regionales Lernen"

1 Zielformulierung ... 115

2 Ausgangslage ... 117

3 Ergebnisse und Projektideen ... 119

4 Schlüsselakteure und Promotoren ... 122

5 Perspektive und weiterre Schritte ... 123

6 Projektideen und Leitprojekte ... 124

Seite

Teil E Regionale Agenda 21 als Lernprozeß

1 Zum Verhältnis von Gesamtprozeß zu Projektentwicklung ... 131

2 Essentials für die Qualitätssicherung einer regionalen Agenda ... 134
2.1 Strategiefähigkeit ... 134
2.2 Kooperationsfähigkeit ... 134
2.3 Integrationsfähigkeit ... 135
2.4 Fazit ... 136

Anhang

1 Termine und Gespräche ... 139

2 Veranstaltungen ... 145

3 Arbeitsgruppen ... 159

4 Recherchearbeit und sonstige Aktivitäten ... 163

Literatur ... 165

Abbildungsverzeichnis

Einführung

Abb. 1: Logo der „regionalen Agenda 21 Oberbergischer Kreis" ... 4
Abb. 2: Strukturierung des Agenda 21-Prozesses nach Handlungsfeldern und Projekt bereichen ... 6

Teil A

Abb. 1: Übersicht über Themen und Arbeitstrukturen im Handlungsfeld Arbeit, Umwelt, ökologische Innovation ... 13

Teil B

Abb. 1: Ausgewählte Zieldimensionen für den Bereich Bauen und Wohnen... ... 53
Abb. 2: Reale Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe NRW ... 57
Abb. 3: Position der Bauwirtschaft im Umweltschutzmarkt ... 58
Abb. 4: Der Markt für ökologisches Planen und Bauen in den nächsten Jahren ... 59
Abb. 5: Jährliches Marktvolumen im Bereich ökologisches Bauen ... 60

Teil C

Abb. 1: Übersicht über Themen und Arbeitstrukturen im Handlungsfeld Arbeit, Umwelt, ökologische Innovation ... 80
Abb. 2: Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (1995) ... 88
Abb. 3: Entwicklung der Betriebsflächen im Oberbergischen Kreis (1991-1995) ... 89
Abb. 4: Entwicklung des Rind- und Milchviehbestandes ... 90

Teil E

Abb. 1: Regionale Nachhaltigkeit als Lernprozeß ... 137

Seite

Tabellenverzeichnis

Einführung

Tab. 1: Arbeitsphasen des Regionale Agenda 21-Prozesses 3

Teil A

Tab. 1: Akteurstypen und deren Zuordnung zu den drei Projektbereichen 14
Tab. 2: Jährliches Aufkommen an Elektronikschrott 29
Tab. 3: Hochrechnung des Aufkommens „weiße und braune Ware" im Einzugsgebiet des ASTO 33
Tab. 4: Abgemeldete Fahrzeuge im Kreis Oberberg 43
Tab. 5: Einflußmöglichkeiten regionaler Akteure auf die Bedingungen des Altautorecycling 44

Teil B

Tab. 1: Operationalisierung regionaler Martketingziele im Bereich Bauen und Wohnen 64

Teil C

Tab. 1: Projektbereiche im Handlungsfeld „Zukunft der Landwirtschaft und des Ernährungsgewerbes" 82
Tab. 2: Wirtschaftliche Bedeutung des landwirtschaftlichen Bereichs 84
Tab. 3: Wirtschaftliche Kenndaten des Ernährungsgewerbes (1996) 84
Tab. 4: Struktur und überregionale Bedeutung der Landwirtschaft (1996) 86
Tab. 5: Entwicklung der Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe und der Nutzfläche zwischen 1986 und 1996 87
Tab. 6: Ziele von Herkunfts- und Qualitätszeichen im Nahrungsmittelbereich 93
Tab. 7: Bestehende und geplante Erzeugerzusammenschlüsse für die Vermarktung im OBK 95
Tab. 8: Zentrale Zielsetzungen einer Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Gastronomie 101
Tab. 9: Landwirtschaftliche Produkte aus dem Bergischen Land 103

Teil D

Tab. 1: Prinzipien und Konzepte Nachhaltiger Regionalentwicklung und lokaler/ regionaler Agenda 115
Tab. 2: Handlungsfelder Nachhaltiger Regionalentwicklung und Agenda (Beispiel Schule) 116
Tab. 3: Themenschwerpunkte 116
Tab. 4: Zentrale Erwartungen und Zielsetzungen der Teilnehmer 118
Tab. 5: Ansatzpunkte für Aktivitäten zur Regionalen und Lokalen Agenda 119

Teil E

Tab. 1: Managementregeln zur Umsetzung Regionaler Agenda 21-Prozesse 131
Tab. 2: Integrationsaufgaben im Agenda 21 Prozeß 135

Kartenverzeichnis

Teil C

Karte 1: Ernährungswirtschaft und –handwerk im Oberbergischen Kreis 85
Karte 2: Direktvermarkter und Wochenmärkte im Oberbergischen Kreis 92

1 Einführung - Die Regionale Agenda 21 im Oberbergischen Kreis

1.1 Ausgangslage der Regionalen Agenda 21

Der Oberbergische Kreis hat als einer der ersten Landkreise in Nordrhein-Westfalen beschlossen, konkret Arbeitsschritte im Rahmen einer Regionalen Agenda 21 durchzuführen. Dieser Beschluß wurde in einem engen inhaltlichen Zusammenhang mit der Überarbeitung des Kreisentwicklungskonzepts gefaßt. Grundlage ist das Handlungskonzept „Umwelt und Klima als wirtschaftsrelevante Faktoren des Oberbergischen Kreises", das Ende 1997 durch den Kreistag beschlossen wurde.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Kreisverwaltung entschlossen, die Moderation und inhaltliche Begleitung des Agenda 21-Prozesses durch ein externes Institut durchzuführen. Im März 1998 wurde hiermit das Regionalbüro des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) in Wuppertal beauftragt. Von besonderer Relevanz war ein Unterauftrag an die Arbeitsgemeinschaft DIGERUS / Dr. Zerweck (Universität Dortmund). Sie sollte ein wissenschaftliches Monitoring erstellen.

Im Rahmen des Handlungskonzepts wurden zentrale und z.T. sehr enge Vorgaben für die Durchführung des Projekts festgelegt. Den Auftrag kennzeichneten - für die Durchführung von Agenda 21-Prozessen ungewöhnlich - starre Zeit- und Zielmargen. Hieraus resultierten besondere Anforderungen an die Strukturierung und inhaltliche Organisation des Agenda-Prozesses

- Der enge Zeitrahmen des Projektes (ursprünglich zehn Monate) machte es notwendig, Prioritäten zu setzen und den Prozeß von Anfang an auf ausgewählte Handlungsfelder zu beschränken.
- Das Ziel einer zahlenmäßig vorgegeben und konkreten Projektentwicklung konnte innerhalb des Zeitrahmens nur gelingen, wenn durch gezielte Recherchen und Expertengespräche das Know-how der Region gebündelt wurde.
- Der eingeleitete Abstimmungsprozeß mußte sich vor dem Hintergrund der inhaltlichen und zeitlichen Vorgaben auf wichtige Schlüsselakteure konzentrieren (die sog. Fachöffentlichkeit: Akteure aus Wirtschaft, Verwaltung, Interessengruppen und -verbänden, NGOs etc.).
- Die möglichen inhaltlichen Berührungspunkte zu den parallel laufenden Aktivitäten auf der Gemeindeebene mußten identifiziert und hieraus ein sinnvoller Verfahrensvorschlag für eine Arbeitsteilung zwischen regionaler und kommunaler Ebene abgeleitet werden.

1.2 Zielsetzungen im Projekt

Die Zielsetzungen im Projekt „Regionale Agenda 21 Oberbergischer Kreis" wurden neben dem Kreis vom nordrhein-westfälischen Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft (MURL) als fördernder Institution bestimmt. Gemeinsame Zielsetzung beider Institutionen war eine beispielhafte Entwicklung und Durchführung einer Regionalen Agenda 21.

Daneben erwartete sich das MURL eine fundierte Beobachtung und Bewertung des Dialog- und Konsultationsprozesses mit den regionalen Akteuren. Im Einzelnen sollten Erfahrungen über Ursachen und Gründe, die einer Beteiligung der Akteure im Prozeß entgegenstehen, gesammelt und dokumentiert werden. Insgesamt war das Ministerium an einer Aufarbeitung sowohl der Hemmnisse als auch der befördernden Elemente im Agenda-Prozeß interessiert. Insofern hatte die Regionale Agenda 21 im Oberbergischen Kreis für das MURL Fallstudiencharakter. So ist das prozeßbegleitende Monitoring auf eine ausdrückliche Forderung des Ministeriums zurückzuführen. Gleichzeitig förderte das MURL den Lokalen Agenda 21-Prozeß in der Stadt Rheine im nördlichen Münsterland mit ähnlichen Zielsetzungen.

Der Oberbergische Kreis war dagegen stärker an einem ergebnisorientierten Beteiligungs- und Konsultationsprozeß interessiert. Insofern wurde die Skizzierung von zwölf Projektideen und daraus abgeleiteten sechs Leitprojekten vertraglich festgeschrieben. Wichtig war dabei auch die Prüfung der Umsetzungsrelevanz der Leitprojekte. Ein zentraler Aspekt war der Aufbau selbsttragende Strukturen, damit der Prozeß nach Beendigung der wissenschaftlichen Begleitung eigenständig fortgeführt werden kann. Hierfür sollten sog. Promotoren erfaßt und in verantwortliche Positionen im Rahmen des Agenda-Prozesses eingebunden werden.

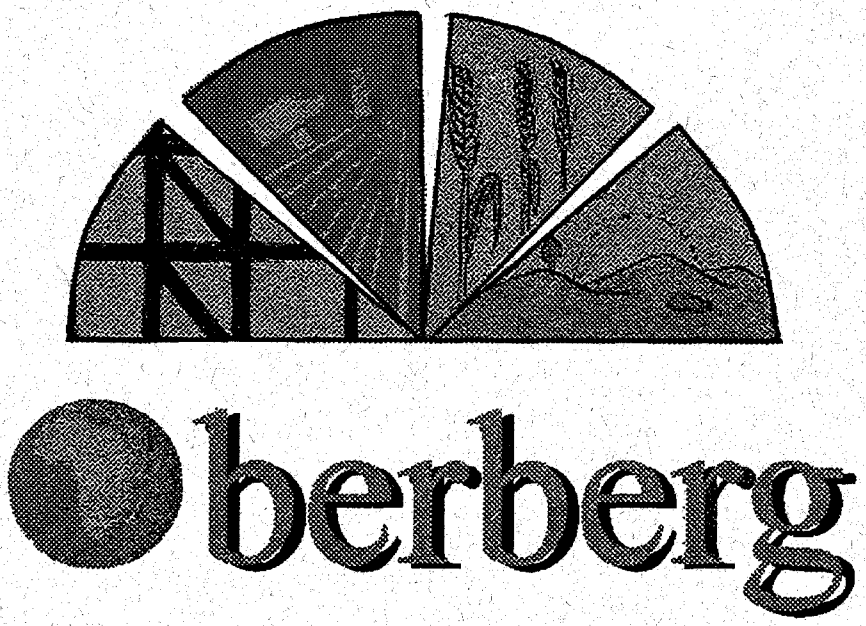
1.3 Durchführung

Der Agenda-Prozeß im Oberbergischen Kreis läßt sich in mehrere Phasen unterteilen (vgl. Tab. 1). Der Startschuß fiel im Dezember 1997 mit der Verabschiedung des Handlungskonzepts „Umwelt und Klima als wirtschaftsrelevante Faktoren des Oberbergischen Kreises" durch den Kreistag. Nach der Auftragsvergabe erfolgte im April 1998 der Projektbeginn mit einer ursprünglich projektierten Laufzeit von zehn Monaten. Diese Zeit weitete sich letztlich auf zwölf Monate aus und kann in fünf wesentliche Schritte unterteilt werden.

Tab. 1: Arbeitsphasen des Regionale Agenda 21-Prozesses

	Arbeitsphasen	Handlungsschwerpunkte
1	**Vorbereitungsphase (Frühjahr 1998)**	- Erstellung einer handlungsfeldbezogenen regionalen Datenbasis, Recherchen - Stärken-Schwächen-Analyse - Erfassung und Einbindung relevanter Schlüsselakteure - Erstellung eines Logos im Rahmen eines Schülerwettbewerbs (vgl. Abb. 1).
2	**Handlungsfeldbezogene Auftaktveranstaltungen (Frühjahr und Sommer 1998):**	- Öffentlichkeitswirksame Präsentation des Agenda-Prozesses - Zusammenführung unterschiedlicher Akteure und Akteursgruppen - Verständigung über die regionale Ausgangslage - Sammlung von Projektideen und Anregungen - Verständigung über Zielsetzungen und thematische Schwerpunkte - Definition von Projektbereichen.
3	**Arbeit in projektbezogenen Arbeitsgruppen (Herbst und Winter 1998):**	- Entwicklung, Weiterführung und Konkretisierung der Projektideen - Prüfung auf Umsetzungsfähigkeit - Initiierung von neuen Kooperationen - Förderung einer handlungsfeldbezogenen Netzwerkbildung - Gewinnung von Promotoren für die Mitarbeit und Gestaltung.
4	**Auswahl und Entwicklung von Leitprojekten (Winter 1998/99)**	- Definition ausgewählter Leitprojekte - Konkretisierung weiterer Entwicklungsschritten - Erstellung von Projektbeschreibungen und –skizzen - Bewertung der Umsetzungsrelevanz - Gewinnung weiterer Promotoren - Durchführung erster Umsetzungsschritte.
5	**Abschlußveranstaltung (April 1999)**	- Öffentliche Präsentation von Leitprojekten durch die regionalen Akteure und das IÖW im Rahmen einer groß angelegten Abschlußveranstaltung - Vorstellung einer Projektmappe - Resümee des bisherigen Verlaufs - Präsentation von Vorschlägen für die weitere Strukturierung und Durchführung des Regionalen Agenda 21-Prozesses im Oberberg.

Abb. 1: Logo der „Regionalen Agenda 21 Oberbergischer Kreis"



Die Durchführung der Regionalen Agenda 21 Oberbergischer Kreis war durch einen intensiven Austausch mit regionalen Akteuren gekennzeichnet: Insgesamt wurden mehr als 60 Expertengespräche mit regionalen Akteuren durchgeführt. In ca. 20 Veranstaltungen und Arbeitsgruppensitzungen waren insgesamt über 350 Personen eingebunden. Die Abstimmung mit der Verwaltung wurde durch einen hierzu eingerichteten Arbeitskreis der Verwaltung (Lenkungsgruppe) gewährleistet, dem alle durch das Agenda-Projekt berührten Ressorts angehörten. Mit der Erstellung einer Projektmappe und der Durchführung einer Abschlußveranstaltung wurden die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt.

Dieser Bericht und die Beendigung der wissenschaftlichen Begleitung stellen keinen Endpunkt für den eingeleiteten Agenda 21-Prozeß dar. Vom IÖW wurden im Rahmen der inhaltlichen Prozeßbegleitung Netzwerke und Strukturen für einen dauerhaften Prozeß initiiert. Dies ist in den Handlungsfeldern bzw. Projektbereichen unterschiedlich gelungen, was auf unterschiedliche Voraussetzungen und Rahmenbedingungen in den einzelnen Handlungsfeldern zurückzuführen ist. In jedem Fall wurden bei den regionalen Akteuren ein Problembewußtsein geschaffen und Grundstrukturen für eine eigenständige regionale Weiterentwicklung gelegt.

Gegenwärtig (Ende 1999) führt der Kreis die Umsetzung der Agenda 21 fort. Hierzu beschloß der Kreistag im Juni 1999 über eine zukünftig projekt- und nicht mehr prozeß- und regionalbezogene Finanzierung. Dies birgt die Gefahr, daß der Agenda 21-Prozeß in

Einzelprojekte ohne einen querschnittsorientierten Bezug auf eine Nachhaltige Regionalentwicklung zerfällt. Aktuell planen Kreis und die handlungsfeldbezogenen Promotoren eine Konzentration der weiteren Aktivitäten auf vier Handlungsfelder: „Holz- und Forstwirtschaft, „Landwirtschaft und Ernährung", „Umwelt und regionales Lernen" sowie „Bauen und Wohnen" (vgl. Kap. 1.4).

1.4 Handlungsfelder

Im Rahmen der Auftragsvergabe des Kreises wurden ursprünglich drei Handlungsfelder festgelegt (vgl. Abb. 2). Im Handlungsfeld „Landwirtschaft und Ernährungsgewerbe" sprachen sich allerdings zahlreiche Beteiligte für eine stärkere Einbindung des Bereichs „Umweltbildung, Umweltkommunikation und regionales Bewußtsein" aus. Nach einer Präzisierung der Aufgabenstellung entwickelte sich hieraus das von den Beteiligten sehr engagiert aufgenommene Handlungsfeld „Umwelt und regionales Lernen". Im Agenda 21-Prozeß wurden schließlich folgende Handlungsfelder bearbeitet:

- "Arbeit, Umwelt, ökologische Innovation"
- "Zukünftiges Bauen und Wohnen"
- "Zukunft der Landwirtschaft und des Ernährungsgewerbes"
- "Umwelt und regionales Lernen".

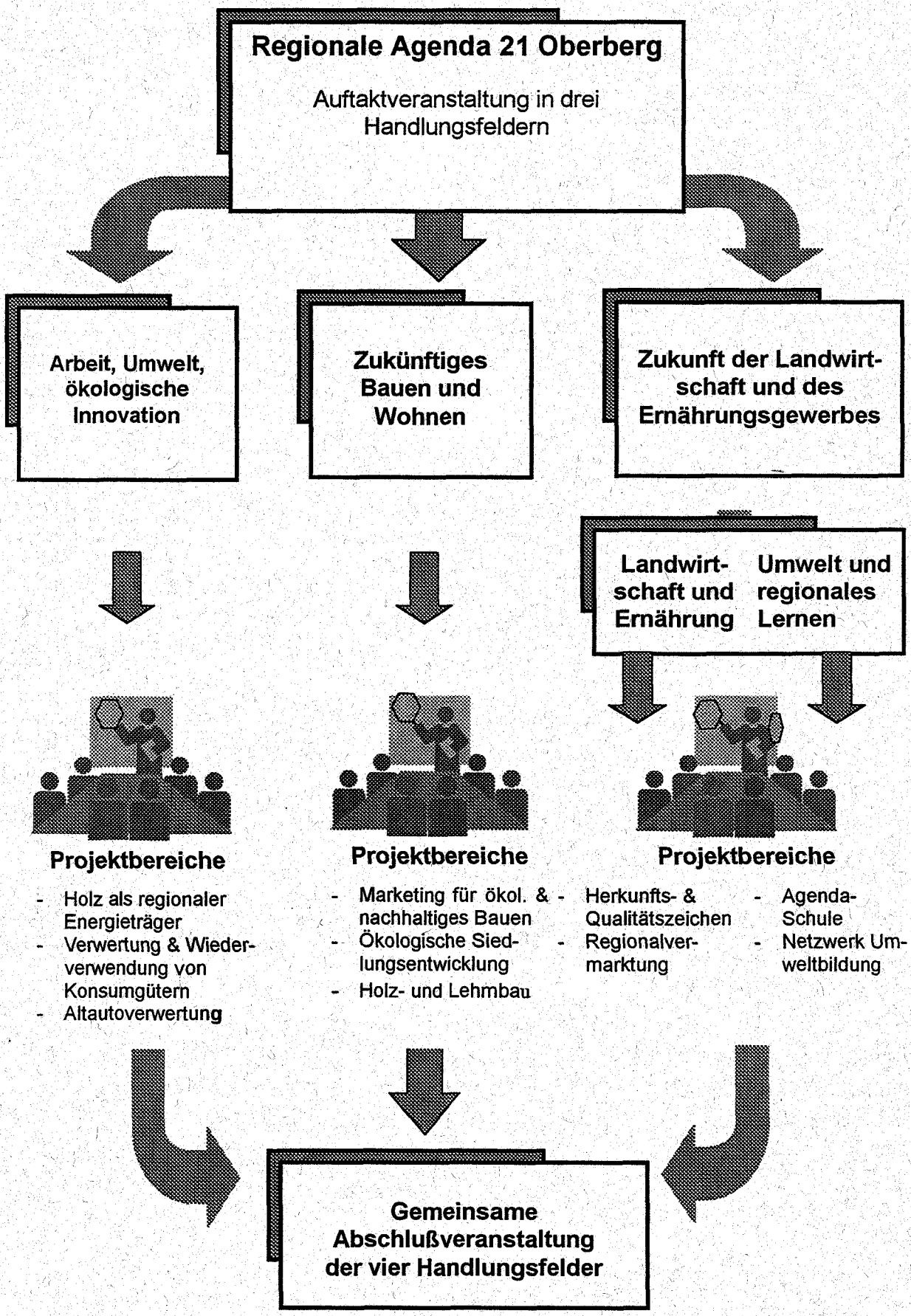
Im vorliegenden Bericht werden die Handlungsfelder und ihre Projektbereiche beschrieben und in ihrer Entwicklung skizziert (Teil A bis D).

1.5 Zentrale Aspekte des Regionalen Agenda 21-Prozesses

Die wesentlichen Aspekte des Agenda 21-Prozesses im Rahmen eines Regional- und Projektmanagements können anhand folgender Punkte zusammengefaßt werden:

- **Regionsbezug**: Der Agenda 21-Prozeß bezieht sich eindeutig auf die regionale Ebene der Gebietskörperschaft Oberbergischer Kreis. Mit Blick auf die verschiedenen Handlungsfelder und Projektbereiche kann es auch zu themenspezifischen Regionszuschnitten kommen.
- **Kooperation**: Von besonderer Bedeutung ist eine Initiierung regions- und projektbezogener Kooperationen der Akteure. Die Entwicklung neuer Akteurskonstellationen umfaßt das breite Spektrum an öffentlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren bzw. Akteursgruppen.
- **Netzwerkbildung:** Eng mit der Kooperation ist die Netzwerkbildung verbunden. Netzwerke steuern im Rahmen eines Regionalen Agenda-Prozesses horizontale und vertikale Austausch- und Koordinierungsbeziehungen.

Abb. 2: Strukturierung des Agenda 21-Prozesses nach Handlungsfeldern und Projektbereichen



- **Partizipation:** Die aktive Beteiligung und Einbindung von Bügern und verschiedenen Akteursgruppen ist ein Schlüsselelement in Agenda 21-Prozessen.
- **Konflikt und Konsens:** Die Benennung und Behandlung von Problemen und Konflikten ist wichtig, um in einem Dialog- und Konsultationsprozeß zu einer Verständigung über die regionale Ausgangslage, den Handlungsbedarf und die weiteren Entwicklungsziele und Arbeitsschritte zu gelangen.
- **Reflexion und Monitoring:** Eine ständige Überprüfung des Prozesses und ein kontinuierliches externes Monitoring leistet einen wichtigen Beitrag zur reflexiven Selbststeuerung von Agenda-Prozessen, d.h. ein sogenanntes Lernen aus den Lehren im Prozeß.

Teil A

Handlungsfeld „Arbeit, Umwelt, ökologische Innovation“

1 Zielorientierung

Eine integrative Bearbeitung der Bereiche „Wirtschaft", „Arbeit" und „Umwelt" ist in der Realpolitik der Kreise und Städte eher eine Ausnahme. In der ressortorientierten Grundstruktur der Verwaltungen und Verbände dominiert eine fachliche Spezialisierung und Aufgabenteilung, die zum Teil auch durch übergeordente Instanzen (Bundes- und Landespolitik, Gesetzgeber) vorgegeben ist. Vor diesem Hintergrund steckt bereits in der Themenstellung des Handlungsfeldes „Arbeit - Umwelt - ökologische Innovation" eine spezifische Herausforderung, da sich hier jenseits eingespielter Problemlösungsstrukturen in den Fachressorts Akteure aus **unterschiedlichen** Bereichen zusammenfinden sollen, um gemeinsam zukunftsträchtige Projekte mit integrativem Zuschnitt zu entwickeln.

Da die Verbindung von wirtschaftlicher Entwicklung, Arbeitsplatzsicherung und Umweltfragen keine Selbstverständlichkeit ist, soll zunächst in Form eines Hypothesenrahmens die integrative Zielorientierung beschrieben werden.

1) Neue Potentiale in zukunftsträchtigen Märkten zu erschließen, ist vielfach nur noch Großunternehmen und Konzernen vorbehalten. Wenn klein- und mittelständische Unternehmen in diesem „Konzert der Großen“ mithalten wollen, brauchen Sie ein innovationsfreundliches Umfeld und systematische Zuarbeit durch wirtschaftsnahe Dienstleister. Die Bündelung derartiger Angebote auf der regionalen Ebene verhindert kostspielige Doppelstrukturen auf der Kreis- und Gemeindeebene. Voraussetzung für ein effektives Arbeiten derartiger Einrichtungen ist eine Verständigung über Innovationsschwerpunkte und die Innovationsrichtung.

2) Angesichts der Standortbedingungen in Deutschland sind die Unternehmen auf Innovationsvorsprünge angewiesen. Eine Innovationsstrategie, die auf (ökologische) Qualität der Produkte und Dienstleistungen und auf Marktnähe setzt, ist in vielfältiger Weise mit dem Standort verbunden. Die Attraktivität eines Standortes hängt auch aus einer ökonomischen Perspektive von Faktoren ab, die durch die regionale und lokale Politik beeinflußt werden können. Hierzu gehören ein zielorientierter Forschungs- und Wissenstransfer, die Bereitstellung qualifizierter Arbeitskräfte, Angebote zur attraktiven Naherholung, gute Wohn- und Freizeitmöglichkeiten sowie eine intakte Umwelt.

3) Weiche Standfortfaktoren basieren in hohem Maße auf sog. endogenen bzw. eigenen Potentialen der Regionen. Diese Potentiale zu erschließen, ist häufig nur über Fühlungsvorteile und persönliche Kontakte möglich, da die Vermittlung dieses Wissens an gegenseitiges Vertrauen gebunden ist. Da regionale Akteurssysteme durch enge persönliche Abstimmungen und Absprachen gekennzeichnet sind, sind sie besonders geeignet, derartigen Anforderungen gerecht zu werden. Unter regionalen Akteurssystemen verstehen wir aus ökonomischer Sicht die Einrichtungen des Wissens- und Technologietransfers, die kommunalen oder regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften,

Kammern, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung sowie die vor Ort ansässigen wirtschaftsnahen Dienstleister.

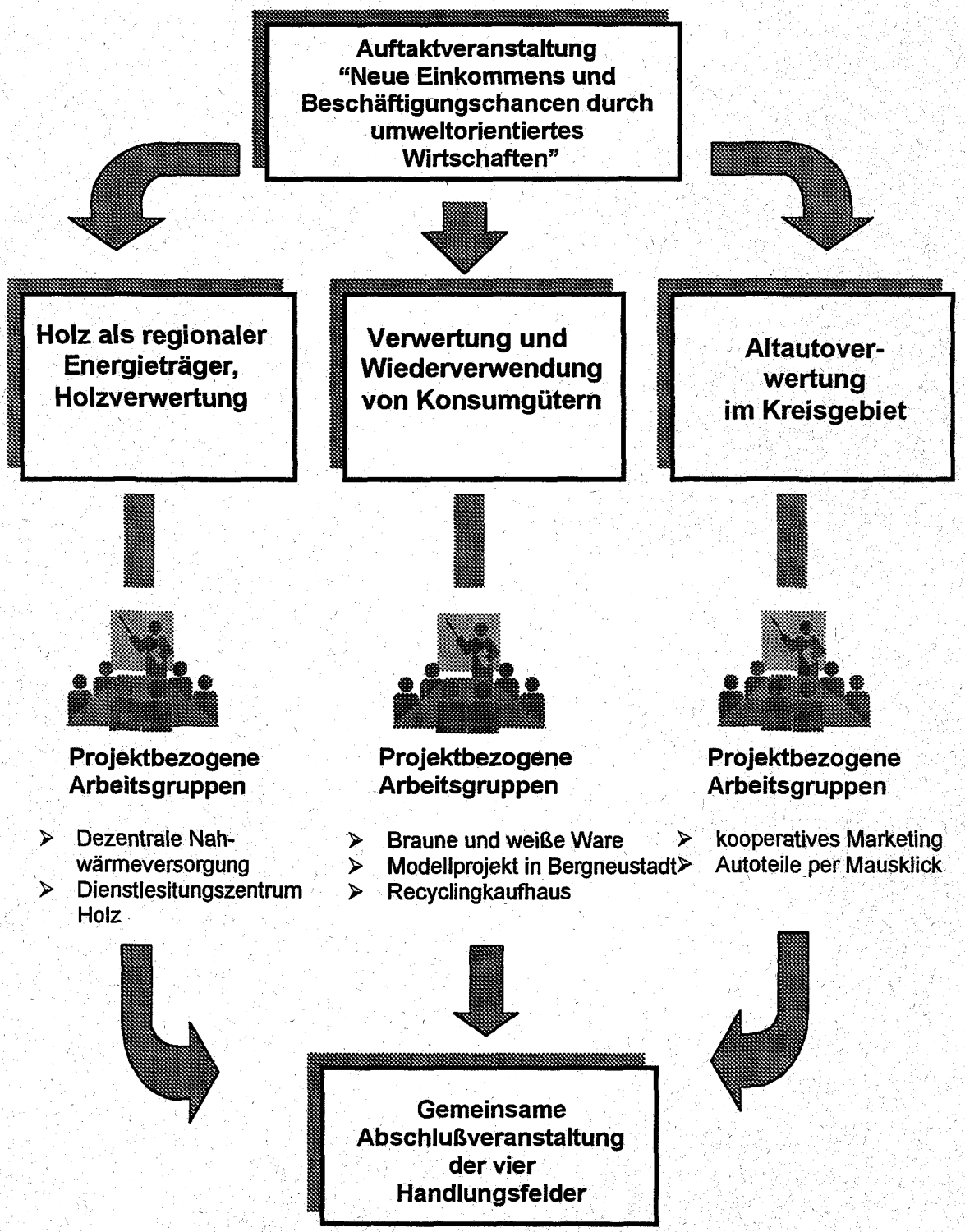
4) Viele Aufgabenstellungen wie Verkehrsentwicklung, Abfallwirtschaft, Flächennutzung und der Schutz der Umwelt können auf der Maßstabsebene des Kreises besser bewältigt werden. Hierzu bedarf es gemeinsamer Anstrengungen der kreisangehörigen Gemeinden und der Kooperation zwischen Kreis und Gemeinden. Eine Zusammenarbeit kommt jedoch nur zustande, wenn es gelingt, auch einmal von kurzfristigen Eigeninteressen abzusehen und tragfähige Kompromisse zu schließen. Die interkommunale Abstimmung und Verständigung über die grundlegenden Ziele der zukünftigen Entwicklung ist vielfach die Voraussetzung für eine Förderung von Projekten durch Land, Bund und Europäische Union bzw. erhöht in der Regel die Förderchancen von Projekten.

Vor diesem Hintergrund geht es in diesem Handlungsfeld der Regionalen Agenda nicht nur um eine Entwicklung, die in verschiedene Projektvorschläge mündet, sondern auch um eine Impulsfunktion für einen kooperativen Politikstil im Kreis Oberberg. Diese regionalen Kooperationsansätze brauchen keine neuen Institutionen, sondern vor allem neue Verfahren, die sich an konkreten und überschaubaren Zielen orientieren. Sind die Netzwerke und kooperativen Verfahren erst einmal in Gang gebracht, so wird sich neben den unmittelbaren Effekten auch ein allgemeiner "Prozeßnutzen" einstellen, der der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung zugute kommt. Dieser Nutzen kann z.B. aus folgenden Faktoren bestehen:

- einer Verbesserung der Abstimmung allgemeiner Entwicklungsziele des Kreises
- einer Verbesserung des Wirtschaftsklimas
- der Förderung der Kooperationsfähigkeit regionaler Akteure und Institutionen
- einer Stärkung des Selbstbewußtseins der Region
- Aufbau von kooperativen Verfahrensstrukturen zur Konsensbildung über den Agenda-Projektrahmen hinaus.

Wirtschaft, Arbeit und Umwelt sind „Mega-Kategorien", die im Rahmen des Agendaprozesses konkretisiert werden müssen. Eine solche Konkretisierung lag zum Zeitpunkt der Auftaktveranstaltung nicht vor. Das Nebeneinander von Themen wie Recycling/Abfallwirtschaft, Nahwärmevorsorgung und allgemeinen Strukturproblemen der Industrie erwies sich als nicht zielführend und ließ die TeilnehmerInnen eher ratlos zurück. Von daher war eine intensive Nachbereitung und Abstimmung des weiteren Vorgehens in diesem Handlungsfeld notwendig. Im Rahmen dieser Konsultationen bildeten sich dann die folgenden drei Projektbereiche heraus, die in der zweiten Arbeitsphase intensiver bearbeitet wurden (siehe Abb. 1).

Abb. 1: Übersicht über Themen und Arbeitsstrukturen im Handlungsfeld Arbeit-Umwelt-ökologische Innovation



Im Rahmen dieser Arbeitsstruktur ergab sich in den Arbeitsgruppen eine sehr unterschiedliche Zusammensetzung. Im Gegensatz zu den Handlungsfeldern "Landwirtschaft und Ernährung" und "Bauen und Wohnen" ist die Zahl derer, die allen Projektbereichen vertreten sind, äußerst gering. Diese Inhomogenität des Handlungsfeldes führte einem zu erheblichem Aufwand hinsichtlich der Akquisition und Betreuung der Akteure und Promotoren in den Projektbereichen.

Tab. 1: Akteurstypen und deren Zuordnung zu den drei Projektbereichen

Akteurstypen	**Projektbereiche**		
	Holz	**Recycling**	**Autover-wertung**
Beschäftigteninitiativen, Wohlfahrtsverbände	X	X	
Forstämter	X		
Gewerkschaften			
Kreisverwaltung, Amt 67 (Umwelt- und Landschaftsschutz)	X		
Kreisverwaltung, Untere Abfallbehörde		X	X
Unternehmen der Recyclingwirtschaft		X	X
Unternehmen aus der Energiewirtschaft	X		
Unternehmen aus der Forstwirtschaft	X		
Unternehmen mit "umweltbezogenen" Innovationsaktivitäten			X
Vertreter der Arbeitsverwaltung		X	X
Vertreter der Wirtschafts- und Technologieförderung			X
Vertreter des Technologiezentrums TIC	X		
Vertreter von Umweltprojekten		X	
Handwerkskammer	X		

Die durch das IÖW aufgebaute Adress-Datenbank des Handlungsfeldes umfaßt 125 Einträge. Hiervon sind 39 Unternehmen, die den vorgenannten Unternehmensbereichen zuzuordnen sind.

2 Projektbereich „Holzverwertung"

2.1 Ausgangslage

Die nachhaltige Nutzung des Roh- und Werkstoffes Holz ist ein wichtiger Beitrag zum Klima- und Umweltschutz. In einer verstärkten Nutzung dieses Rohstoffes liegen sowohl ökologische, als auch ökonomische und soziale Potentiale. Diese integrierte Perspektive umfaßt im einzelnen folgende Aspekte:

- **Eine nachhaltige Waldbewirtschaftung und Waldnutzung.** Hierzu gehören u.a.: die Vermeidung von Kahlschlägen, Erhalt des Bestandes, ggf. Wiederaufforstungen, die optimale Ausnutzung des Wachstumspotentials einzelner Baumarten, Ausnutzung der natürlichen Verjüngungskraft aller Baumarten, Belassen eines angemessenen Anteils an totem Holz im Walde und die grundsätzliche Begünstigung von Mischbeständen (vgl. Griese, 1997).
- **Wald als regeneratives Öko-System.** Der nachwachsende Rohstoff Holz fungiert als Kohlenstoffspeicher, Holznutzung reduziert daher den CO_2-Anstieg in der Atmosphäre.
- **Holz als regionaler Rohstoff.** Die Herstellung und der Gebrauch von Produkten aus heimischen Holzarten ist energetisch günstig und umweltfreundlich. Produkte aus Holz sind stofflich und energetisch verwertbar sowie biologisch abbaubar.
- **Wald als soziales System.** Wälder haben eine wichtige Funktion als Wasserspeicher und dienen der Bevölkerung als Ort der Ruhe und Erholung.

Die natürlichen Voraussetzungen für eine verstärkte Nutzung dieses umweltfreundlichen Rohstoffes sind im Oberbergischen Kreis besonders günstig. Der Anteil der Waldfläche an der Gesamtfläche des Kreises beträgt 39 %. Dies ist ein enormes Potential.

Es wird jedoch immer weniger **regional** genutzt, da auch in der weiterverarbeitenden Holzindustrie viele regionale Verarbeiter den werkstofflichen Substitutions- und ökonomischen Konzentrationsprozessen zum Opfer fallen. Die einstmalig bedeutende Sägeindustrie des Kreises spielt heute nur noch eine geringe Rolle im Wirtschaftsleben. Im Bauhandwerk gibt es aufgrund des hohen Altbaubestandes an Fachwerkhäusern noch zahlreiche kleine Betriebe, die die Holzständerbauweise beherrschen.

Der regionale Bezug stellt sich vor allem über die Beschaffungsseite, also den Primärsektor, her. Zentrales Anliegen im Rahmen der regionalen Agena ist es daher, Holz als heimischen Rohstoff des Bergischen Landes wieder stärker in den Mittelpunkt des Interesses zu rücken. Dies hat mehrere Handlungsebenen:

- Nachhaltige Forstwirtschaft, Rolle der Wälder für das Landschaftsbild, als Wasserspeicher und für die Naherholung;
- vorhandene Holzarten und deren Nutzungsmöglichkeiten;
- noch bestehende Weiterverarbeitungsstrukturen (Sägewerke, Papierindustrie, Verpackungsindustrie, Möbelindustrie, Bauhandwerk);
- industrielle Nutzung;

- thermische Nutzung (BHKWs im Siedlungsbau, kleine Nahwärmenetze).

Derzeit gibt es eine Reihe von Aktivitäten im Kreis, die sich mit dem Thema Nutzung und Verwertung von Holz beschäftigen:[1]

- Forschungsprojekt im GTC-. Stirlingmotor auf Holzbasis (Brennstoffzellentechnik) der Fa. Hemschemeier & Co.;
- dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung auf der Basis einer Holzhackschnitzel-Anlage (600 kW) in der Ortschaft Lieberhausen bei Gummersbach;
- Projektierung für ein gewerbliches Verwertungszentrum in Bergneustadt (Fa. Hombach);
- Planung eines Blockheizkraftwerkes (BHKW) in Radevormwald auf Biomassebasis;
- Diskussion in Politik und Verwaltung um Nahwärmeversorgung in Waldbröl: Schwimmbad und Schule;
- Überlegungen zur Nahwärmeversorgung in Wipperfürth;
- Interesse an der BHKW-Technologie beim Aggerverband zur Betreibung eines Klärwerkes.

Im Rahmen des zurückliegenden Agenda-Prozesses war es eine wichtige Aufgabe, diese Aktivitäten zu bündeln, ihnen eine Plattform zu verschaffen und sie weiter zu konkretisieren. Hierzu waren insbesondere die beiden Handlungsfelder "Bauen und Wohnen" und "Arbeit, Umwelt, ökologische Innovation" geeignet. Für das letztere Handlungsfeld werden die Bereiche Holzverwertung und Holz als Energieträger nachfolgend vertiefend behandelt.

2.2 Recherchen

Die Ergebnisse der Recherche basieren auf zwei ausführlichen Experteninterviews mit den Leitern der Forstämter in Waldbröl und Wipperfürth sowie auf der Auswertung überlassener Unterlagen und Materialien.

[1] Am 2.09.1998 befaßte sich der Ausschuss für Umweltschutz und Landwirtschaft des Oberbergischen Kreises und der Umweltausschuss der Gemeinde Nümbrecht ausführlich mit dem Thema Holzverwertung

2.2.1 Strukturelle Grunddaten des Forstamtes Waldbröl

Strukturdaten	
Waldfläche:	20.009 ha, davon *10.500 ha Schwachholz* *ca. 45.000 fm Schwachholzvolumen*
Waldbesitzverteilung:	17.109 ha Privatwald; 1.852 ha Staatswald; 1.048 ha Körperschaftswald
Besitzstruktur:	16.760 ha Kleinprivatwald, 11.590 Waldbesitzer, 23 Zusammenschlüsse
Baumartenverteilung:	Nadelwald 65%, Laubwald 35 %
Altersklassenverteilung:	Altersklasse 0-50 Jahre = 42%, 51-70 Jahre = 31 %, > 71 Jahre = 27 %
Vorrats- & Zuwachsstruktur:	Holzvorrat ca. fünf Mio. Efm, Holzzuwachs ca. 170.000 Efm/á

Waldwirtschaftssystem
Kahlschlag durchgeführt bis drei ha Waldfläche
Waldschäden: Waldbodenkalkung (mit 90 % durch Land unterstützt) wird momentan nicht durchgeführt, da zu teuer; viele Privatleute beteiligen sich nicht, so daß keine ausreichend große Fläche für Kalkung zustande kommt.

Holzeinschlag
- Gesamtumfang Holzeinschlag: 80.000 bis 100.000 fm
- Umfang des Schwachholzeinschlags: 23.000 fm/a; weitere 4.000 fm/a mobilisierbar

Absatzstrukturen
- Forstamt verkauft an Sägewerke (90 %); Schreiner, Zimmerer kaufen im Handel
- 1997: 52.000 fm Holz geschlagen

davon 30.000 fm an drei Sägewerke: Joki in Rönkhausen / Sauerland (4.000 fm)
van Rohe in Neuwied (8.000 fm)
davon 22.000 fm Schwachholz (Verwendung: Balken, Palisaden)
davon 10.000 fm an Sägewerke: Profitzerspaner
davon 12.000 fm zur Papierherstellung

Fazit: Etwa 70 % der Nadelhölzer sind von guter Qualität; unter den Laubhölzern dominiert die Eiche, allerdings in mäßiger Qualität. Außer wenigen Resten in staatlicher Hand befindet sich der Wald im weit gestreuten Besitz von Privatpersonen (durchschnittliche Flächengröße 1,5 ha). Die Forstverwaltung übernimmt hier Dienstleistungen bis hin zum Verkauf. Etwa 80 % des Holzes geht aus dem Oberbergischen Kreis hinaus, insbesondere ins Sauerland.

Projekten einer dezentralen Nahwärmeversorgung mittels einer Holzhackschnitzelanlage steht das Forstamt generell positiv gegenüber. Allerdings stehen aus den Forsten relativ geringe Schwachholzmengen zur Verfügung, da das Laubholz im Bestand Waldbröl qualitativ hochwertig ist. Eine Beteiligung der Forstwirtschaft im Bereich der Schwachholzbereitstellung sei nur dann tragfähig, wenn folgende Bedingungen geklärt sind:

- der Schwachholzpreis muß erheblich über dem von Papierholz liegen (45,- DM/ rm), da hoher Arbeitsaufwand bei der Entnahme des Schwachholzes besteht;

- um den hohen Schwachholzpreis marktfähig zu machen, sind Subventionen (in Arbeit oder Produkt) von ca. 75,- DM/rm erforderlich.

Vor diesem Hintergrund unterbreitete Herr Lomnitz den Vorschlag, Schwachholz zu 60 % mit Restholz aus den Sägewerken (Preis 10,- bis 15,- DM/rm) zu mischen, um damit die Anlage wirtschaftlich betreiben zu können.

Das Interview ergab desweiteren noch einige interessante Erkenntnisse über die regionale Vernetzung der Forstwirtschaft mit den nachgelagerten Verarbeitungsbetrieben.

In großem Umfang wird aus der Forstwirtschaft des Oberbergischen Holzes in die Sägeindustrie des benachbarten Sauerlandes geliefert. Die Sägeindustrie dort ist sehr umsatzstark und ist daher auf den Aufkauf bei überregionalen Bezugsquellen angewiesen.

Über die produktbezogene Verwendung des Holzes aus dem Forstamt in der weiterverarbeitenden Industrie der Region Oberberg gibt es nur grobe Schätzungen:

- holzverarbeitende Betriebe / Sägewerke: Dieringhausen, Morsbach (50.000 fm/a) ;
- Holzwerkstoffindustrie: Spanplatten-, Faserplatten-, Sperrholz- und Furnierwerke: ca. 15 %;
- Bautischler- und Zimmereihandwerk (unbekannt);
- Verpackungen, Lagerbehälter, Ladungsträger (unbekannt);
- Möbel (unbekannt);
- Papierindustrie: *ca.* 35 %;
- andere holzverarbeitende Betriebe (Holzwerkzeug, -griffe, -schuhe, Särge etc.);
- schwachholzverarbeitende Industrie: ca. 50 %.

Vor diesem Hintergrund könnten in der "Regionalen Agenda" folgende Themen und Vorschläge der Forstververwaltung behandelt werden:

- Neuansiedlung von Sägewerken;

  Probleme: Oberbergische Aufbau GmbH betrachtet das Vorhaben als zu flächenextensiv und wenig beschäftigungswirksam. Bis vor ein paar Jahren existierte das Sägewerk Ley (35.000 fm/a), welches die Produktion vor kurzem einstellte.
- Produktion von Holzwolle als Nischenfunktion;
- Wald als Infrastrukturleister (Wasser, Luft, Erholung,...) ins öffentliche Bewußtsein rücken;
- Wald als Wirtschaftsfaktor des Tourismus → Maßnahmen für die Waldpflege aus Einnahmen durch Kurtaxen refinanzieren.

2.2.2 Strukturelle Grunddaten des Forstamtes Wipperfürth

Das Gebiet des Forstamtes umfaßt die Gemeinden Wipperfürth, Hückeswagen, Radevormwald, Marienheide, Lindlar und Engelskirchen. Nachfolgend sind einige Grunddaten dieses Forstamtes dargestellt, wie sie sich nach Sachstand der Recherchen darstellen. Zur Bedeutung der Forstwirtschaft merkte Herr Lomnitz an, daß der Kapitalwert des von ihm betreuten Waldes DM 1.080 Mio. beträgt (DM 360 Mio. Boden, DM 720 Mio. Holz). Pro Jahr wachsen 300.000 Erntefestmeter nach. Für diese Menge läßt sich in der vorhandenen Qualität ein Preis von DM 30 Mio. erzielen.

Strukturdaten Forstamt Wipperfürth

Waldfläche:	16.139 ha, davon ca. 4.000 ha Schwachholz
Waldbesitzverteilung:	Privatwald: 14.387 ha Staatswald: 436 ha; Bundeswald: 61 ha; Körperschaftswald: 1.265 ha Unter Privatwaldbesitzern gibt es viele Ausmärkerbetriebe (nicht am Ort wohnhaft) → einfache Kunden der Forstbehörde
Besitzstruktur:	1.800 Waldbesitzer haben sich zu 11 Forstbetriebsgemein-schaften zusammengeschlossen (insgesamt 9.365 ha = 87 % der gesamten Forstfläche)
Besitzgrößen:	0 – fünf ha: 71 %; fünf bis zehn ha: 20 %; zehn – 25 ha: 9 %
Baumartenverteilung:	Fichte 57 % („heiliger Baum"!), Kiefer 3 %, Lärche 2 %, Eiche 17 %, Buche 13%, anderes Laubholz 8 %

Schlagreife: - Fichte nach 60 – 80 Jahren geerntet (Stamm dicker als 30 cm wird nicht nachgefragt)
- Buche, Eiche werden nach 80 – 120 Jahren geerntet
- Sonstiges Laubholz spielt kaum Rolle, wird mitgepflegt

Vorrats- und Zuwachsstruktur: 60 – 70 % an Zuwachs wird geerntet (Hochrechnung)

Probleme:
- Laubholz Güteklasse C Gw (geringwertig):
- durchwachsenes Holz aus Niederwaldwirtschaft, d.h. Holz wurde immer wieder aufgestockt → schlechte Qualität (faul, verastet)

viel Laubholz in Hückeswagen, Radevormwald
- Flurbereinigung auf 60 % der Gesamtfläche; **30 % des Gebiets unerschlossen**, keine Forstwirtschaftswege (Bsp. Klüppelberg)
- 7 Talsperren im Forstgebiet, im Uferbereich bis vor kurzem nur Nadelbäume

Holzeinschlag;
- Verkauf: 50.000 – 60.000 fm / a (davon > 90 % Stammholz)
- Verkauf von Schwachholz: - 6.000 rm Papierholz,
- 1.000 – 1.500 rm Spanholz

Verkauf über die RWZ (Raiffeisen- Waren- Zentrale als Zwischenvermarkter an Wirus),
Potentieller Schwachholzmassenanfall: ca. 17.500 fm/a
- Erlöse: für Schwachholz sollte der Preis über dem von Papierholz (44,- DM) und über dem von Spanholz (28,- – 44,- DM) liegen

2.2.3 Stand der Umsetzung einer Nahwärmeversorgung in Lieberhausen mittels eines Holzhackschnitzelwerkes

Lieberhausen ist ein ist ein kleiner Ort in der Nähe von Gummersbach. Aufgrund seiner landschaftlich reizvollen Lage ist der Ort ein beliebtes Ausflugsziel. Er besteht aus 90 Häusern, einer alten Kirche, einem Gasthaus, einem Kindergarten und einem Feuerwehrdepot. Die anstehende Kanalisierung hat einige Bürger des Ortes veranlaßt (Chance, Erschließungskosten einzusparen), die Initiative für eine dezentrale Wärmeversorgung mittels eines Holzhackschnitzelheizwerkes in Angriff zu nehmen. Ähnliche Anlagen laufen bereits in Baden-Württemberg und in Schleswig-Holstein. Das notwendige Schüttholz könnte von einer einzigen Firma aus Verpackungs-Restholz geliefert werden. Das durchschnittliche Alter der in Lieberhausen betriebenen Heizkessel beträgt zwölf Jahre. In den nächsten Jahren steht vor dem Hintergrund verschärfter Umweltauflagen sowieso ein Modernisierungsschub bevor. Vor diesem Hintergrund sind die entstehenden Kosten für eine dezentrale Nahversorgung mit den zusätzlich anfallenden Modernisierungskosten gegenzurechnen. An Kosten entstehen pro Haushalt DM 3.000,- Betreibergesellschaft kann eine Genossenschaft werden. Das Projekt ist inzwischen soweit vorangetrieben, daß ein Förderantrag beim Land NRW gestellt wurde.

Von der Zusage von Fördermitteln hängt wiederum die Wirtschaftlichkeit sowie die Akzeptanz des Projektes ab. Eine Machbarkeitststudie stellt hierzu fest: "Sofern ein Förderzuschuß bewilligt wird, errechnet sich mit den dargestellten Vorgaben bei der Hackschnitzelvariante (Variante B) ein Preisvorteil von ca. 12,6 % gegenüber einer Lösung mit individueller Heiztechnik (Variante C)." (MKN, S. 16).

Das Projekt ist insofern für das regionale Agenda-Projekt interessant, als hier durch den Roh- und Heizstoff Holz auf eine regionale Energiequelle zurückgegriffen wird und damit sowohl ein Beitrag zum Umweltschutz, als auch zur regionalen Wertschöpfung über die Vorlieferverflechtungen geleistet wird. Die Versorgung der 108 Häuser mit Nähwärme erfordert im Endausbau die Bereitstellung von ca. 6.200 Schüttkubikmetern Holzhackschnitzeln. Dies ist das Aquivalent für 450.000 ltr. Heizöl im Jahr.

Um die Anlage wirtschaftlich betreiben zu können, wird eine Start-Anschlußquote von ca. 40 Häusern benötigt, was 1,7 Mio. kwh Leistung p.a. entspricht. Nach einer Versammlung am 4. Februar 1999 erklärten sich 47 Haushalte bereit, sich an dem Projekt zu beteiligen. Darüber hinaus wird sich ein Teil der Haushalte (weitere 28) einen Anschluß legen lassen, um nach der fälligen Modernisierung der Heizungsanlage auf Nahwärme umzustellen.

Das Projekt kann als Anregung und gutes Beispiel für weitere Nahwärmekonzepte im Kreis dienen. Es stellt insbesondere die regionalen Energiedienstleister (Aggerstrom- und Aggergas) vor die interessante Herausforderung, ihr Versorgungsangebot um eine weitere Dienstleistungen zu ergänzen. Vor diesem Hintergrund wurde auf einer Veranstaltung im Rahmen des Agenda-Projektes u.a. überprüft, welche Bereitschaft seitens der

rohstofflieferndem Seite (Forstwirtschaft, Holzwirtschaft, Sägeindustrie) und der Energiedienstleister besteht, dieses und ähnlich gelagerte Projekte im Kreis zu unterstützen und hierzu eine entsprechende Arbeitsstruktur aufzubauen.

2.2.4 Veranstaltungen „Holz als regionaler Rohstoff - Chancen für Wirtschaft, Arbeit und Umwelt im Oberbergischen Kreis"

In diesem Projektbereich wurden insgesamt zwei Veranstaltungen durchgeführt. Allgemeine Zielsetzung war, einen regionalen Wirtschaftsansatz zu stärken, der zur Erhöhung der regionalen Wertschöpfung und zur Verbesserung der Arbeitsmarkt- und Umweltsituation beiträgt.

Auf der ersten Veranstaltung am 5. November.1998 in Lieberhausen, die unter dem Motto "Holz als regionaler Rohstoff - Chancen für Wirtschaft und Umwelt" stand, wurden von den über 30 Teilnehmern folgende Fragen diskutiert:

- Wie kann der Forstbestand im Kreis Oberberg nachhaltig für eine regionale Nutzung gesichert werden?
- Welche Zukunftsperspektiven hat die bergische Sägeindustrie?
- Wie können die regionalen Beschaffungswege im Bauhandwerk ausgebaut werden?
- Welche Möglichkeiten gibt es, Holz als Energieträger im Rahmen einer dezentralen Energieversorgung stärker als bisher zu nutzen?
- Welche Kooperationen zwischen Forstwirtschaft, Holzhandel, verarbeitender Industrie und Handwerk sind anzustreben?

Die Veranstaltung war mit 32 Teilnehmern gut besucht. Das Teilnehmerspektrum repräsentierte große Teile des Akteurspektrums, die sich derzeit in der Region mit der stofflichen und energetischen Verwertung heimischer Hölzer befassen.

Die Veranstaltung führte zu folgenden Erkenntnissen und Ergebnissen:

- Die in der Region ansässige Forstwirtschaft sieht sich einer nachhaltigen Wirtschaftsweise verpflichtet und ist insbesondere an regionalen Ansätzen zur Sicherung des Einkommens der zahlreichen privaten Waldbauern interessiert.
- In der regionalen Forstwirtschaft fällt relativ wenig Schwachholz an, welches sich für eine Weiterverwertung in regionalen Zusammenhängen eignet. Das Schwacholz aus den Forsten zu holen, bedeutet einen zusätzlichen Aufwand, der in den Preis eingerechnet werden muß. Geschieht dies, so ist jedoch das Schwachholz gegenüber dem Restholz aus den Sägewerken und der holzverarbeitenden Industrie kaum konkurrenzfähig. Restholz aus holzverarbeitenden Betrieben wird teilweise zum Nulltarif für Selbstabholer angeboten. Vor diesem Hintergrund muß für das Schwachholz aus den oberbergischen Forsten über gesonderte Vermarktungswege nachgedacht werden, insbesondere sind solche Ansätze zu verfolgen, wo das Schwachholz nicht in direkter Konkurrenz zum Restholz steht. Beispielhaft ist hier die Brennholzinitiative des Waldbauernverbandes

NRW, die auch im Oberbergischen Kreis mit ihren Anlaufstellen stärker bekannt gemacht werden sollte.

- Im Kreis sind etwa **3.500 Arbeitsplätze** direkt oder indirekt mit der Holzwirtschaft verbunden. Das Forstamt Wipperfürth hat langjährige Erfahrungen mit ABM Programmen im Bereich Landschaftspflege, die allerdings als "durchwachsen" bezeichnet wurden. Es sei schwierig, mit der Klientel "arbeitslose Jugendliche" etwas Sinnvolles auf die Beine zu stellen.
- Es gibt von der Firma Hombach (Bergneustadt) eine recht fortgeschrittene Planung für eine **Anlage zur Restholzverwertung**. Aufbauend auf dem landschaftspflegerischen Betrieb ist die geplante Anlage für die Produktion von 50.000 Schüttmetern Holzschnitzel pro Jahr ausgelegt. Sie werden ausreichend getrocknet für die Verfeuerung geliefert. Aus seinem Betrieb erhält Herr Hombach z.Zt. Material für 2.000 Schüttmeter pro Jahr. Eine Anlage zur Feuerung mit Holzhackschnitzeln, wie sie in Lieberhausen geplant ist, benötigt ca. 5.000 Schüttmeter pro Jahr. Potentielle Quellen für Material, das zu Holzhackschnitzeln verarbeitet werden kann, sind die Landschaftspflege, der Waldbau und der Bereich Industrieverpackungen.
- Die Idee für ein **Holzkompetenzzentrum** umfaßt derzeit mehrere Komponenten. Aus Holz könnten die unterschiedlichsten technischen Produkte entstehen, angefangen von Gasen und Wärme bis hin zu Nährböden für die Pilzzucht. Als nächster Schritt wurde die Erstellung einer Marktstudie vorgeschlagen. Der Ansatz muß noch stärker mit den in der Region verhandenen Potentialen und Initiativen verbunden werden.

Der Strukturierungsvorschlag für eine Weiterarbeit im Rahmen der regionalen Agenda 21 Oberberg, den das IÖW zum Abschluß der Veranstaltung unterbreitete, wurde von den Teilnehmern begrüßt. Es wurden Interessenbekundungen zur weiteren Mitarbeit abgegeben:

Eine zweite Veranstaltung fand am 3. März 1999 unter dem Titel „Energetische Verwertung von Holz" in Gummersbach statt. Durch die Eingangsbeiträge der Teilnehmer wurde deutlich, daß zu Beginn der Projekte auf Gemeindeebene vielfach die gleichen Fragen und Probleme auftauchen und von daher ein hoher Informationsbedarf zu folgenden Themen besteht:

- Identifizierung geeigneter Objekte (Umrüstungs- und Sanierungsbedarf in Schulen und öffentlichen Gebäuden, ökologische Siedlungsentwicklung)
- Kontaktaufnahme und Information mit möglichen Nutzern und Betreibern
- Wirtschaftlichkeit der Projekte, Machbarkeit
- Akzeptanz
- Kooperation mit den Energieversorgungsunternehmen
- Überblick über technischen Verfahren der Kraft-Wärme-Kopplung
- Information über Förderung
- Erfahrungsaustausch mit anderen Projekten.

Die nicht vorhandene Bündelung dieser Informationen wurde als schwierige Hürde für den Einstieg in derartige Projekte empfunden. Es wurde hervorgehoben, daß Fragen der Wirtschaftlichkeit eindeutig vor den Fragen des Umweltschutzes rangieren.

Ausgehend von diesem Bedarfsprofil wurden von den Teilnehmern Anforderungen an ein Informations- und Beratungszentrum "Holz" formuliert:

Informations- und Beratungsbedarf

Regionalmanagement

- Akquisition von Restholz und Schwachholz und deren regionale Vermarktung (thermisch, stofflich, biologisch) ;
- Erschließung regionaler Beschaffungsquellen im Holzbau;
- Erfahrungsaustausch zwischen den Gemeinden über Planungsfragen

Technologietransfer

- Weiterentwicklung von Bautechniken mit Holz;
- Weiterentwicklung von Holzhackschnitzelfeuerungsanlagen;
- Förderung von Demonstrationsobjekten;

Beratung

- Bauökologie, Holzschutz, Energie;
- Sanierungsberatung Fachwerk;

Weiterbildung

- Handwerkerschulung/ Bauunternehmer/ Architekten;
- Qualifizierung von VerbraucherberaterInnen;
- Ausbildung im Handel/ der VerkäuferInnen

Mit diesem Aufgabenprofil sollte eine bereits vorhandene, regionale Stelle betraut werden mit dem Ziel, die bisher geringen Berührungspunkte zwischen Primärsektor (Land- und Forstwirtschaft), verarbeitendem Gewerbe, Handwerk und Dienstleistern (Planung, Beratung, Weiterbildung, Wissenschaft) zu überwinden und durch Synergien neue Impulse für die regionale Entwicklung zu schaffen (Wertschöpfung, Arbeitsplätze). Als naheliegender Kooperationspartner zur Bewältigung dieser Aufgabe wurde das Ausbildungszentrum des Handwerks in Wiehl angesehen. Der Kreis wurde gebeten, die Option eines "Dienstleistungszentrums Holz" weiter zu prüfen und entsprechende Gespräche mit der Handwerkskammer zu führen.

2.3 Leitprojekte

1	Nahwärmeversorgung Energieerzeugung mit Holzhackschnitzeln
Problemstellung	Im Oberbergischen Kreis gibt es einige Planungen und Vorhaben für eine Nahwärmeversorgung mittels dezentraler Energieerzeugungsanlagen (Lieberhausen, Waldbröl, Bergneustadt, Radevormwald) auf der Basis von Holzhackschnitzeln. Als regionaler Rohstoff zur Befeuerung dieser Anlagen kann das Schwachholz aus den Forsten und dem Landschaftsbau sowie Restholz aus der holzverarbeitenden Industrie dienen. Das vorhandene, regionale Rohstoffpotential ist erheblich; es muß jedoch durch ein professionelles Management und Marketing systematischer erschlossen werden. Das Zusammenführen der Rohstofflieferanten mit potentiellen Abnehmern, der Erfahrungsaustausch zwischen den Gemeinden, die Abstimmung mit den Energieversorgungsunternehmen des Kreises führt zu einem erheblichen Koordinationsbedarf im Rahmen der bestehenden Projektplanungen. Die Erfahrungen des am weitesten fortgeschrittenen Projektes in der Ortschaft Lieberhausen können für die Planungen in anderen Gemeinden genutzt werden.
Projektidee	Die bisherigen Projekte zur dezentralen Nahwärmeversorgung treten in einen kontinuierlichen Erfahrungsaustausch und Abstimmungsprozeß ein. Gegenstand des Austausches sind planungsrechtliche Fragen, die Wirtschaftlichkeit der Anlagen, Fördermöglichkeiten und mögliche Betreibermodelle. Die hiermit verbundenen Dienstleistungen Dritter können durch diese Kooperation gebündelt werden, um Kosten zu sparen.
Ziele Beitrag zu einer nachhaltigen Kreisentwicklung	⇨ Ressourcenschonung durch den Rückgriff auf den regionalen Rohstoff Holz ⇨ Stärkung der regionalen Wertschöpfung ⇨ Beitrag zur ökologischen Siedlungsentwicklung ⇨ Kostenminimierung durch Kooperation
Akteure	Planungsämter in den Gemeinden, Initiativen/Betreibergemeinschaften, Energieversorgungsunternehmen, Forstämter, Holzwirtschaft, Anlagenbauer
Status	Die durchgeführten Workshops in diesem Projektbereich haben ergeben, daß die Teilnehmer ein großes Interesse daran haben, in einen weiteren Erfahrungsaustausch einzutreten. Um diesem Votum gerecht zu werden, bedarf es einer koordinierenden Instanz und weiterer Arbeitstreffen.

2	Dienstleistungszentrum „Holz"
Problemstellung	Die Region Oberberg ist ein waldreiches Gebiet. Der Rohstoff Holz ist ein relevanter Wirtschaftsfaktor für die Forstbetriebe, die Sägeindustrie, den Landschaftsbau und das Bauhandwerk. Die genannten Bereiche sind trotz des gemeinsamen Bezugs zum Rohstoff Holz wenig miteinander vernetzt. Das Holzpotential der Region wird in der Region nicht optimal genutzt, die Verwertung von Restholz findet zum Teil außerhalb der Region statt und ist mit erheblichem Transportaufwand verbunden. Die wirtschaftliche Entwicklung in den holzverarbeitenden Betrieben ist zum Teil rückläufig.
Projektidee	Mit dem „Dienstleistungszentrum Holz" soll ein Fokus für die wirtschaftliche Entwicklung eines **regionalen Holzsektors** geschaffen werden. Hierzu sollen Dienstleistungen im Bereich Regionalmanagement, Technologietransfer, Weiterbildung, Qualifizierung und Beratung für Wirtschaft und Bürger des Oberbergischen Kreises an einem Standort gebündelt werden. Damit wird eine regionale Schnittstelle geschaffen, die den Primärsektor (Land- und Forstwirtschaft), das verarbeitende Gewerbe, Handwerk und Dienstleister (Planung, Beratung, Weiterbildung, Wissenschaft) miteinander vernetzt. Durch diese Kooperation werden Synergien und neue Impulse für die regionale Entwicklung geschaffen. (Wertschöpfung, Arbeitsplätze). Als grundlegende Aufgabenbereiche **des Dienstleistungszentrums sind** anzusehen: - Beschaffungsmanagement/Akquisition - Technologietransfer - Beratung/ Information - Weiterbildung/ Qualifizierung Im Rahmen dieser Funktionen soll vor allem der Informationsfluß und Erfahrungsaustausch zwischen den Akteuren verschiedener Produktionsstufen verbessert werden.
Ziele Beitrag zu einer nachhaltigen Kreisentwicklung	⇨ Bündelung regionaler Kompetenzen ⇨ Stärkung der regionalen Wertschöpfung ⇨ Optimierung von Stoff- und Energieströmen
Akteure	Forstverwaltungen, Waldbauernverband, Biologische Station, holzverarbeitende Industrie, Naturschutzverbände, Energieanlagenhersteller, Architekten (-kammer), Baugewerbe, Innungen, Kreishandwerkerschaft, Arbeitsverwaltung, Kammern, Gründer- und Technologie - Centrum, Wirtschaftsförderung, Bausparkassen.
Status	Einstimmiges Votum der Arbeitsgruppe für die Projektidee. Kontaktaufnahme mit dem Bildungszentrum der Handwerkskammer in Wiehl als möglichen Partner.

• Bewertung der Projektideen

Projekt	Zielkonvergenz			Umsetzungschancen		
	Standortprofil	Beschäftigungs-potential	Marktpotential	Promotoren	Finanzierung	Akzeptanz
Nahwärme-erzeugung	XX	XXX	XXX	XXX	XXX	XXX
Dienstleistungs-zentrum Holz	XXXX	X	XXX	XX	?	XX

X= sehr gering, XX=gering, XXX=mittel, XXXX=hoch, XXXXX=sehr hoch, ? =k.A.

3 Projektbereich „Recyling und Wiederverwendung von Konsumgütern"

3.1 Modellprojekt „Recycling weißer Ware"

3.1.1 Gesetzlicher Rahmen

Im Oktober 1996 trat das **Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft** und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung (KrW-/AbfG) in Kraft, das zur Schonung der natürlichen Ressourcen beitragen und die umweltverträgliche Beseitigung von Abfällen sichern soll (§1). Zur Umsetzung beider Ziele wird vorrangig die Vermeidung von Abfällen bestimmt (§4 Abs.1). Als geeignete Maßnahmen werden die „anlageninterne Kreislaufführung von Stoffen, die abfallarme Produktgestaltung sowie ein auf den Erwerb abfall- und schadstoffarmer Produkte gerichtetes Konsumverhalten" (§4 Abs.2) angeführt. Erst in zweiter Linie sollen Abfälle stofflich oder energetisch verwertet bzw. - im Falle ihrer Nicht-Verwertbarkeit - beseitigt werden. Das Krw/AbfG verpflichtet jeden, der Produkte in Umlauf bringt, im Sinne der Kreislaufwirtschaft die Verantwortung für seine Erzeugnisse zu übernehmen: Demnach sind Produkte so zu gestalten, daß bei Herstellung und Gebrauch das Abfallaufkommen vermindert wird. Gleichzeitig ist sicherzustellen, daß die am Ende der Nutzungsdauer entstandenen Abfälle umweltverträglich verwertet und beseitigt werden (§1 Abs.1).

Im Oktober 1992 legte das Bundesumweltministerium (BMU) den aufgrund der Intervention der Elektronikindustrie geänderten zweiten Entwurf einer **Elektronikschrottverordnung** vor. Damit wurde der Versuch unternommen, die Frage der Erfassung, Verwertung und Entsorgung langlebiger Konsumgüter zu klären. Ziel der Verordnung ist es, den Eintrag gefährlicher Stoffe in den Hausmüll zu unterbinden sowie Hersteller und Vertreiber zur Rücknahme, Verwertung und Entsorgung ihrer Produkte zu verpflichten. Durch die Rücknahmepflicht sollen Hersteller angeregt werden, umweltverträglichere Geräte zu entwickeln, die problemloser einer Wiederverwertung zugeführt werden können (vgl. Weskamp 1994). Den Vorschriften der Elektronikschrottverordnung soll unterliegen, wer:

- elektrische oder elektronische Geräte herstellt oder
- als Versandhandel oder Importeur in Verkehr bringt.

Vertreiber und Hersteller unterliegen einer Rücknahmepflicht auch dann, wenn kein neues Gerät gekauft wird. Es ist dabei unerheblich, ob das Gerät auch bei ihm gekauft bzw. hergestellt wurde, es muß lediglich seinem Sortiment entsprechen.

Die Rücknahmepflicht entfällt, wenn die Unternehmen ein System von Annahmestellen in der Nähe der Verkaufsstellen einrichten. Der Aufbau von Rücknahmesystemen muß generell mit den entsorgungspflichtigen Körperschaften abgestimmt werden, wobei die bestehende Einrichtungen und Organisationsformen zu berücksichtigen sind. Ferner sind Hersteller und Händler verpflichtet, die zurückgenommenen Geräte einer ordnungsgemäßen Wiederverwer-

tung oder Entsorgung zuzuführen. Für den Endverbraucher soll die Rücknahme kostenlos sein; die entsprechenden Kosten können jedoch über den Preis an die Kunden weitergegeben werden, so daß letztlich der Kunde die Entsorgung bezahlt. Auf Drängen der Elektronikindustrie ist der Entwurf dahingehend geändert worden, daß neben einigen anderen Teilbereichen (Gleichsetzung von Importeuren und Herstellern, Beschränkung der Hersteller auf ihre eigene Marke) zwischen Alt- und Neugeräten unterschieden wird. Die Altgeräte, die vor Inkrafttreten der Verordnung verkauft werden, sind demnach grundsätzlich für den Letztverbraucher kostenpflichtig zu entsorgen. Da die Verordnung immer noch nicht in Kraft getreten ist, entfällt momentan ein aktueller Handlungsdruck auf die Elektronikindustrie. Allerdings sind Hersteller und Handel z.T. schon jetzt dabei, eine entsprechende Rückführungslogistik für Altgeräte aufzubauen.

3.1.2 Marktentwicklung

Der Entsorgungsmarkt hat sich aufgrund der veränderten umweltpolitischen Rahmenbedingungen und der damit verbundenen Anforderungen zu einem stark wachsenden Markt entwickelt. Es ist eine Branche entstanden, die sich mit der Sammlung, Sortierung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen beschäftigt. Mit der raschen Veränderung des Marktes hinsichtlich seines Volumens und der Anforderungen an die Marktteilnehmer haben sich auch die Marktbeziehungen und Marktstrukturen verändert (König 1996).

In der Recyclingbranche ist eine zunehmende Konzentrationsentwicklung zu beobachten. So ist die Anzahl der jährlich angezeigten Zusammenschlüsse im Entsorgungsbereich von etwa 60 im Jahre 1991 kontinuierlich auf etwa 140 im Jahre 1994 gestiegen. „Schwerpunktmäßig betreffen die Zusammenschlüsse Übernahmen kleiner Entsorger durch Großunternehmen. Auffallend ist ferner die nach wie vor hohe Anzahl von Zusammenschlüssen, an denen Energieversorgungsunternehmen beteiligt sind. Aus dem Ausbau der Marktposition finanzstarker Anbieter ergeben sich Gefährdungslagen für mittelständische Mitbewerber. Dies gilt umso mehr, als damit zu rechnen ist, daß Abfallerzeuger und -besitzer ihre Nachfrage nach Entsorgungsdienstleistungen zunehmend überregional oder sogar bundesweit organisieren" (Schultz 1996).

Zunehmend gibt es auch eine Tendenz zu gemischtwirtschaftlichen Unternehmen, bei denen die öffentliche Hand private Entsorgungsunternehmen an ihrem Monopol beteiligt. Als Reaktion auf diese Tendenzen gibt es mittlerweile auf Bundesebene Beispiele für horizontale Kooperationen, in denen sich mehrere mittelständische Entsorgungsunternehmen koordinieren. Dies geschieht über eine gemeinsame Dachorganisation, wobei die verschiedenen Unternehmen unterschiedlichen Sparten von Kunststoffrecycling bis Altautorecycling angehören (Beispiele sind LOGEX in Baden-Württemberg und ZENTEK in Norddeutschland). Auch große Firmen, die meist aus fremden Branchen wie der Stahl- und Energieindustrie kommen, agieren immer häufiger als Entsorger.

3.1.3 Recherche

- **Geschätztes Aufkommen „Weißware" und „Braunware"**

Die Begriffe „Weißware" und „Braunware" werden in der Literatur wie folgt definiert (vgl. nach Flatz 1995, S. 18f. u. Rettenbacher 1993, S. 9f.):

„Weißware"
Elektronikgeräte für die Anwendung im Haushalts- und Küchenbereich. Diese Geräte werden weiter in Grossgeräte (z.B. Herd, Kühlschrank) und Kleingeräte (z.B. Handmixer, Elektrozahnbürsten, Haarföhn) untergliedert.

„Braunware"
Elektronikgeräte für die Anwendung im Unterhaltungsbereich. Typisch dafür sind Audio-Geräte (z.B. Radio, HiFi-Anlage, CD-Spieler, Walkman) und Video-Geräte (z.B. Fernsehapparat, Videorecorder, Cam-Corder). Synonym: Unterhaltungselektronik.

Für den Gesamtbereich der Elektrogeräte liegt eine aktuelle Einschätzung des Bundesumweltministeriums zur bundesdeutschen Situation für das Jahr 1998 vor. Der anfallende Elektronikschrott wird hierbei p.a. auf folgende Volumina geschätzt (Tab. 2).

Tab. 2: Jährliches Aufkommen an Elektronikschrott

Geräteart	**Tonnen**
Haushaltsgeräte inkl. Werkzeuge	823.000
Unterhaltungselektronik	444.000
Informationstechnik	104.000
Medizintechnik	15.000
Sonstige Geräte	487.000
Gesamt	**1.873.000**

Weitere Einschätzungen des Umweltministeriums besagen, daß derzeit allein ca. 900 Mio. elektrische und elektronische Geräte allein in deutschen Haushalten in Gebrauch sind. Die Abfallmengen beim Elektronikschrott insgesamt werden in den nächsten zehn Jahren um fünf bis zehn Prozent pro Jahr anwachsen. Bundesweit beschäftigen sich zur Zeit ca. 300 Firmen mit der Aufarbeitung von Elektronikschrott, wobei die angewendeten Verfahren differieren; jedoch ist klar feststellbar, daß die Altteileverwertung bzw. die Edelmetallrückgewinnung überwiegen. Andere Verwertungsverfahren werden heute bisher nur als Lösungsansätze einzelner Herstellerfirmen betrieben bzw. befinden sich in der Entwicklung oder warten auf Anwendung.

Wenn die „Verordnung über die Vermeidung, Verringerung und Verwertung von Abfällen gebrauchter elektrischer und elektronischer Geräte" in Kraft tritt, werden wesentlich effizientere Verfahren zum Einsatz kommen, da sich im Augenblick des Inkrafttretens die Verwer-

tung lohnt. Weitere Informationen zu diesem Thema unter: (http://www.umweltbundesamt.de).

- **Entsorgungspraxis "weißer und brauner Ware" im Verbandsgebiet des ASTO**

Im Mittelpunkt der regionalen Recherche stand die Frage nach der derzeitigen Entsorgungspraxis weißer und brauner Ware. Hierzu wurden durch eine Mitarbeiterin des IÖWs und den Projektleiter verschiedene Gespräche geführt. In diese erste Recherchephase waren folgende Personen und Institutionen einbezogen:

- Verein für soziale Dienste e.V., Bergneustadt
- ASTO – Abfall- Sammel- und Transport-verband Oberberg[2]
- Bergischer Abfallverband
- Bündnis 90/ Die Grünen Bergneustadt
- Oberbergischer Kreis.

Im ASTO- Verbandsgebiet werden folgende Abfallfraktionen getrennt entsorgt: Restabfall (graue Tonne), Bioabfall (braune Tonne), Papier, Pappe, Kartonage (grüne Tonne), Sperrmüll, Grünabfall, Kühlgeräte/Ölradiatoren, Sonderabfall, Verpackungen und Altglas.

Die Entsorgung der Weiß- und Braunware erfolgt über den Sperrmüll im 14-tägigem Abfuhrrhythmus per Anforderungskarte. Die Anforderungskarte (im Abfallkalender enthalten oder bei den Mitgliedskommunen oder beim ASTO erhältlich) sieht derzeit keine Möglichkeit vor, Herde, Waschmaschinen und Geräte der Unterhaltungselektronik gesondert anzukreuzen, da hierfür kein eigener Verwertungsweg vorgesehen ist. Die Mehrzahl der Geräte landet derzeit auf der Zentraldeponie Leppe. Ausgenommen hiervon sind Kühlgeräte und Ölradiatoren, die einmal im Monat - ebenfalls mit der oben erwähnten Anforderungskarte zu beantragen - getrennt gesammelt und entsorgt werden. Mit der Verwertung ist eine Firma in Solingen beauftragt.

[2] Der ASTO ist ein öffentlich-rechtlicher kommunaler Zweckverband nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG), der von den oberbergischen Städten Bergneustadt, Gummersbach, Waldbröl, Wiehl, Wipperfürth und der Gemeinde Marienheide gegründet wurde. Aufgabe des Verbandes ist das Einsammeln und Befördern von Abfällen im Verbandsgebiet. Zur weiteren Entsorgung und Verwendung sind die eingesammelten Abfälle dem Bergischen Abfallverband (BAV) zu überlassen.

Per Anzeige wird im Abfuhrkalender der ASTO auf die Möglichkeit zur Entsorgung von Weißware beim Verein für Soziale Dienste (VSD) verwiesen. Auf der ASTO-Website findet sich der folgende Hinweis:

- "Es besteht auch die Möglichkeit, gebrauchs- oder reparaturfähige Möbel, Herde, Waschmaschinen, Trockner (keine Kühlgeräte!) bei dem Verein für soziale Dienste, Dörspestr. 2 in 51702 Bergneustadt, Tel. 02261/41186, abzugeben. Auf Wunsch werden diese Gegenstände auch vom Verein für soziale Dienste abgeholt."

Der Verein für soziale Dienste (VSD) überprüft die eingesammelten Geräte auf Tauglichkeit und gibt diese ggf. über ein "soziales Möbellager" an Bedürftige weiter. Nicht mehr verwendbare Geräte werden in verschiedene Materialbestandteile separiert und getrennten Verwertungsschienen zugeführt. Nach Aussage der Geschäftsführung des Vereins blieb das Aufkommen in diesem Bereich 1998 hinter den Erwartungen zurück. Die vorgehaltenen Lager- und Werkstattkapazitäten sowie das hierfür über Arbeitsförderungsmaßnahmen eingestellte Personal (ca. acht bis zehn Personen) waren nicht ausgelastet. Von daher besteht aus Sicht des VSD dringender Handlungsbedarf, um das Aufkommen in diesem Bereich zu erhöhen.

Der Bergische Abfallverband (BAV) ist von den Gemeinden des Kreises beauftragt, den Hausmüll zu entsorgen und zu verwerten. Obwohl das Abfallrecht die Möglichkeit vorsieht, besondere Fraktionen von der allgemeinen Entsorgung auszuschließen und gesonderten Verwertungswegen zuzuweisen, wird hiervon nur in Bezug auf Kühlschränke (Entsorgung erfolgt über eine Solinger Firma) Gebrauch gemacht. Herde, Waschmaschinen, Elektrokleingeräte und Computer werden derzeit auf der Leppe-Deponie oder über die MVA Leverkusen entsorgt. In den Vorgesprächen wurden seitens der GF des BAV insbesondere die Wirtschaftlichkeit einer getrennten Verwertungschiene "Weiß- und Braunware" angezweifelt. Eine Umlage der Mehrkosten auf den Bürger sei politisch in der Verbandsversammlung nicht durchsetzbar. Insgesamt wurde in Frage gestellt, ob überhaupt ein relevantes Aufkommen zu erzielen sei, da ein Teil des Aufkommens durch "Private" in Form des Abfahrens der Sperrmüllrouten bereits abgezweigt werde. Eine Stichprobe der ASTO hat dagegen ergeben, daß durchaus mir einem relevanten Aufkommen zu rechnen ist.

Insgesamt kann die Interessenlage der zuständigen Akteure in diesem Projektbereich wie folgt beschrieben werden:

- Es bestehen seitens der Wohlfahrtsverbände im Oberbergischen Kreis und zugehörigen Vereine und Firmen hinreichende Kompetenzen und Kapazitäten, um die Reparatur und Verwertung sog. weißer Ware (Kühlschränke, Herde, Waschmaschinen) im größeren Stil durchzuführen. Die Kontakte zur Arbeitsverwaltung der Wohlfahrtsverbände sind traditionell gut, so daß hier ein größeres Projekt auf der Basis von ASH oder anderer Programme durchgeführt werden könnte.
- Die separate Sammlung von Weiß- und Braunware wurde als Tagesordnungspunkt auf der 7. Verbandsversammlung am 7.12.1998 behandelt und folgender Antrag beschlossen: *"Die Geschäftsführung wird aufgefordert, der Verbandsversammlung Vorschläge zu unterbreiten, wie die Bezuschussung von kostensparenden Sammlungen karitativer Verbände durchgeführt werden kann."* Allerdings stehen alle durchzuführenden

Maßnahmen unter Kostenvorbehalt, d.h. es sollten keine Veränderungen der Gebühren eintreten.

- Die Kreisverwaltung, vertreten durch die Herren Oberkreisdirektor Rohr und Kreisdirektor Wolter, unterstützt ein Modellprojekt, in dem sowohl die Wiederverwendung als auch die Verwertung offensiv betrieben werden. Hierbei sollte auch über das Konzept eines Recyclingkaufhauses nachgedacht werden.
- Größere Mengen aus den Restmüllstoffströmen zu separieren, entspricht aufgrund der Auslastungsnotwendigkeiten der Deponie und der MVA nicht dem Interesse des BAV. Die Gemeinden habe ihre "Abfallhoheit" an den BAV übertragen. Änderungen des jetzigen Entsorgungsmodus bedürfen der Zustimmung der Verbandsversammlung des BAV, die sich aus den Gemeinden des Oberbergischen Kreises und des Rheinisch-Bergischen Kreises zusammensetzt.
- Durch ein Gespräch mit OKD und KD des Kreises und der Geschäftsführung des BAV wurde im Grundsatz eine Einigung über die Durchführung eines Modellprojektes in einer Gemeinde erzielt. Hieraufhin wurde die Gemeinde Bergneustadt über das Vorhaben informiert und einbezogen.

3.1.4 Ergebnis der Arbeitskreissitzungen

Vor dem Hintergrund der bestehenden Zuständigkeitsstrukturen und der Notwendigkeit, die noch offenen Umsetzungsmodalitäten für ein Modellprojekt zu klären, wurde in diesem Projektbereich ein kleinerer Arbeitskreis gebildet, der sich insgesamt zweimal getroffen hat. Hierbei wurden folgende Fragen erörtert: Abschätzbares Aufkommen, Veränderung der Abfuhrlogistik, arbeitsmarktpolitische Konzeption, Stoffstrommanagement, Einbeziehung des Fachhandels, Marketing/Bürgerinformation.

Die Sitzungen des Arbeitskreises haben dazu geführt, daß sich hinsichtlich der Aufgabenstellung folgender organisatorischer Kern von Personen und Einrichtungen herausgebildet hat, die als Promotoren des Projektes fungieren:

Institution	**Promotor**	**Funktion**
ASTO	Herr Töpfer	Geschäftsführer
BAV	Herrn Seifert	Geschäftsführer
Verein für soziale Dienste	Herr Bleicker	Geschäftsführer
Stadt Bergneustadt,	Herr Noss	Bürgermeister
Untere Abfallbehörde	Herr Galland, Herr Willer	Leitung Amt 70
Oberbergischer Kreis	Herr Rohr	Oberkreisdirektor
Oberbergischer Kreis	Herr Wolter	Kreisdirektor

Auf der Sitzung am 21. Januar 1999 wurde seitens des ASTO eine erste, überschlägige Hochrechnung bezüglich des Aufkommens "weißer Ware" vorgelegt. Diese Zahlen beruhten auf einer durchgeführten Stichprobe zweier Abfuhrtermine im Verbandsgebiet des ASTO.

Tab. 3: Hochrechnung des Aufkommens “weiße und braune Ware” im Einzugsgebiet des ASTO

Gemeinde	Menge je Abfuhrtag[1]		Jahresmenge (Hochrechnung)		Jahrestonnage kg		
	wWare	FS	wWare	FS	wWARE[2]	FS[3]	Gesamt
Bergneustadt	35	39	910	1.014	36,4	20,3	56,7
Gummersbach	45	24	1.170	624	46,8	12,5	59,3
Marienheide	35	45	910	1.170	36,4	23,4	59,8
Waldbröl	61	27	1.586	702	63,4	14,0	77,5
Wiehl	44	46	1.144	1.196	45,8	23,9	69,7
Wipperfürth	81	66	2.106	1.716	84,2	34,3	118,6
Gesamt	**301**	**247**	**7.826**	**6.422**	**313,0**	**128,4**	**441,5**

1) Durchschnittswert für die Abfuhren Dez. 98/ Jan. 99
2) 40 kg/Stück
3) 20 kg/Stück

Die angenommene Jahrestonnage “weiße Ware” von 313 Tonnen entspricht zwei Prozent des gesamten Sperrmüllaufkommens. Hierdurch entstehen in gleicher Größe geringere Logistik- und Entsorgungskosten. Inwieweit diese zur Finanzierung des Recyclingsprojekts genutzt werden können, ist eine offene Frage, die in weiteren Verhandlungen geklärt werden muß.

Überlegungen zur Verwertung der Fernseher werden im Arbeitskreis zunächst zurückgestellt, da hierfür keine Verwertungskapazitäten beim Verein für soziale Dienste (VSD) bestehen. Zusätzlich wäre jedoch aus Sicht des VSD eine Verwertung von Computern sinnvoll. Die genannten Zahlen machen nach Auffassung des VSD deutlich, daß eine Beschränkung des Modellprojektes auf Bergneustadt nicht zielführend ist, da in dieser Gemeinde schon ein Teil des Aufkommens durch freiwillige Sammelaktivitäten abgeschöpft werde. Es sollten daher Überlegungen angestellt werden, auch die Stadt Gummersbach in das Projekt miteinzubeziehen.

Nach Mitteilung des Vereins für Soziale Dienste fallen in dem angestrebten Recyclingprojekt Gesamtbruttolohnkosten von ca. 950.000 DM an, die weitgehend über Bundes- und Landesmittel (Arbeitsmarkt- und Strukturförderung) zu refinanzieren wären.

3.1.5 Überlegungen zum Gesamtnutzen eines Modellprojektes für die Gemeinde

Der Nutzen eines Recyclingprojektes ergibt sich erst aus dem Gesamtzusammenhang von Arbeitsmarkteffekten und kommunaler Haushaltsentlastung. Die tatsächlichen Verwertungserlöse spielen hierbei nur eine marginale Rolle. Von daher ist ein strategischer Politikansatz notwendig, der den ökologischen, arbeitsmarktpolitischen und ökonomischen Nutzen auf der gemeindlichen Ebene zusammenführt.

Ein Sozialhilfeempfänger kostet die Gemeinden im Monat durchschnittlich DM 2.200,- (Sozialhilfe plus Wohngeld), jährlich also 26.400,- DM. Beim Einsatz von ASH-Stellen ergibt sich die Chance, die Sozialhilfeempfänger wieder zu Anspruchsberechtigten gegenüber der Bundesanstalt für Arbeit zu machen. Gelingt dies bei 100 (einer Zahl die für ein größeres Recyclingprojekt nicht unrealistisch ist), so ergibt sich eine Ersparnis in den Gemeindehaushalten von 2,6 Millionen DM pro Jahr.

Dieser Gewinn der Maßnahme wird sich erst mittelfristig einstellen, da, solange die Maßnahme läuft, die Gemeinden sich in Höhe der eingesparten Sozialhilfe beteiligen sollen. Aber auch hiervon gibt es Ausnahmen.

Damit der Haushaltseffekt bei den beteiligten Gemeinden auch tatsächlich eintritt, müßten sich bei den Wohlfahrtsverbänden identifizierbare ASH-Kontingente pro Gemeinde geschaffen werden. Beispielsweise könnte vereinbart werden, daß - entsprechend der Anzahl der Haushalte der beteiligten Gemeinden - eine Prozentzahl ermittelt wird, die dann auch für das ASH-Kontingent beim Wohlfahrtsverband maßgeblich ist.

Sollten über die Stadt Bergneustadt hinaus auch andere Gemeinden Interesse an einem derartigen Projekt zeigen, wäre der Kreis der Wohlfahrtsverbände entsprechend zu erweitern (z.B. Ökumenische Initiative e.V. in Wipperfürth).

3.1.6 Projektskizze

3	Recycling „weißer Ware“ in Bergneustadt
Problemstellung	Der Bergische Abfallverband (BAV) ist von den Gemeinden des Kreises beauftragt, den Haus- und Sperrmüll zu entsorgen und zu verwerten. Obwohl das Abfallrecht die Möglichkeit vorsieht, besondere Fraktionen von der allgemeinen Entsorgung auszuschließen und gesonderten Verwertungswegen zuzuweisen, wird hiervon nur bei Kühlschränken Gebrauch gemacht. Herde, Waschmaschinen, Elektrokleingeräte und Computer werden derzeit auf der Leppe-Deponie oder über die MVA Leverkusen entsorgt. Die „weiße Ware“ enthält zum Teil Problemstoffe (z.B. Kondensatoren), aber auch einen hohen Anteil an Wertstoffen, die einem Recycling zugeführt werden können. Vor diesem Hintergrund ist eine Separierung und Verwertung der „weißen Ware“ anzustreben.
Projektidee	Herde, Waschmaschinen, Computer sollen im Rahmen eines Modellprojektes in Bergneustadt gesondert eingesammelt und verwertet werden. Um für ein solches Projekt ausreichend Masse zu gewährleisten, ist von der bisherigen freiwilligen Anmeldung beim Verein für soziale Dienste (VSD), Bergneustadt, auf eine regelmäßige getrennte Abfuhr umzustellen. Die „weiße Ware“ wird somit von der allgemeinen Hausmüll/Sperrmüllfraktion ausgeschlossen und einer gesonderten Verwertung zugeführt. Hierbei ist in Absprache mit dem ortszuständigen Abfalltransporteur (ASTO) eine gesonderte Logistik aufzubauen. Der zusätzliche Arbeitsaufwand könnte über Maßnahmen zur Förderung besonderer Problemgruppen des Arbeitsmarktes finanziert werden.
Ziele Beitrag zu einer nachhaltigen Kreisentwicklung	⇨ ökologische Kreislaufwirtschaft ⇨ Verbindung von Umweltschutz und Arbeitsmarkt ⇨ Arbeitsplätze für schwer vermittelbare Personen
Akteure	Bergischer Abfallverband - BAV (Geschäftsführung); ASTO (Geschäftsführung); Verein für Soziale Dienste - VSD (Geschäftsführung); Untere Abfallbehörde, Kreisverwaltung (OKD, KD); Bürgermeister von Bergneustadt; der örtliche Elektrofachhandel.
Status	Es bestehen seitens der Wohlfahrtsverbände im Kreis und der zugehörigen Vereine und Firmen hinreichende Kompetenzen und Kapazitäten, um die Reparatur und Verwertung “weißer Ware” (Kühlschränke, Herde, Waschmaschinen) im größeren Stil durchzuführen. Derzeit verfügt dieser Arbeitsbereich der VSD noch über freie Kapazitäten. Auf der 7. Verbandsversammlung des ASTO am 7.12.1998 wurde folgender Antrag beschlossen: *“Die Geschäftsführung wird aufgefordert, der Verbandsversammlung Vorschläge zu unterbreiten, wie die Bezuschussung von kostensparenden Sammlungen karitativer Verbände durchgeführt werden kann.”* Allerdings stehen alle durchzuführenden Maßnahmen unter Kostenvorbehalt. Eine Zustimmung des BAV zu einem Modellprojekt in Bergneustadt liegt im Grundsatz vor. Weitere Arbeitsschritte: Abschätzbares Aufkommen, Abfuhrlogistik, arbeitsmarktpolitische Konzeption, Finanzierung, Einbeziehung des Fachhandels, Marketing/Bürgerinformation.

3.2 Wieder- und Mehrfachnutzung von Gebrauchsgütern

3.2.1 Nutzungsdauerverlängerung - Strategien zur Erweiterung der Zielgruppen

Die bisherigen Ideen in der Region für eine Wiedernutzung gebauchstauglicher Geräte orientieren sich ausschließlich an der Bedürftigkeit sozial schwacher Gruppen. Bereits in der Vergangenheit wurden vom Verein für soziale Dienste, Bergneustadt, noch gebauchstaugliche oder reparierte Geräte für ein geringes Entgelt an Bedürftige abgegeben (soziales Möbellager).

Um den Grundgedanken der Nutzungsdauerverlängerung mit seinen positiven ökologischen Effekten einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, ist es notwendig, die bisherige stoffliche (Recycling) und soziale Orientierung (Bedürftige) zu erweitern. Neue Zielgruppen sollten mit den klassischen Faktoren eines modernen Produktmarketings angesprochen werden (Mode, Trends, Events). Es ist auch wichtig, nicht nur auschließlich Produkte anzubieten, sondern diese Produktangebote mit einem Set zusätzlicher Dienstleistungen (Logistik, Reparatur, Leihen, Mieten etc.) auszustatten.

Eine solche Erweiterung des Recycling- und Wiedernutzungsgedankens ist beispielsweise im Bielefelder Projekt "Bring's und Kauf" gelungen. Mit einem sehr weit gestreuten Angebot (vom gebrauchten Billardtisch, über Cocktailkleider bis zu gebrauchten Möbeln) will der soziale Wirtschaftsbetrieb, der sich in Form einer Aktiengesellschaft gegründet hat, weg vom "Schmuddelimage" der Entrümpelungsläden. Ein anderes anschauliches Beispiel für ein neues Image von "Müllprodukten", ist die Veranstaltung "Ecostyle", die 1996 unter dem Motto "Möbel – Mode – Mülldesign" von der Stadt Herne organisiert wurde.[3] Eine Kundenbefragung, die durch den Bundesverband für Kreislaufwirtschaft in einigen Gebrauchtkaufhäusern durchgeführt wurde, unterstützt diese Einschätzung: Nur 50 % der Kundschaft sind Geringverdienende oder Erwerbslose (vgl. GIB-Info, 3+4.98, S. 39).

Eine ähnliche Strategie verfolgen die sog. Ökokaufhäuser[4] in Deutschland. So setzen z.B. die geplanten Modellkaufhäuser in NRW nicht nur alleine auf das Öko-Image, sondern bieten zusätzliche Reparatur- und Wartungsdienste, Lieferservice, Tauschbörsen, Leasing, Verleih und Second-Hand-Artikel als Ergänzung ihres Angebotes an. Unter dem Oberbegriff "Erlebniskonzepte" werden die Öko-Kaufhäuser als Dienstleistungszentren vermarktet und ein "Einkaufen für die Sinne" propagiert. Vor diesem Hintergrund ist der Begriff des "Recyclingkaufhauses" als nicht zielführend für das Erreichen zusätzlicher Käuferschichten einzustufen.

---

[3] Stadt Herne: „Welcome to..." Ecostyle '96, 1998

[4] Öko-Kaufhaus-Projekte in Deutschland, Stand 11/98. Bestehende Standorte: Alnatura Märkte (diverse), Naturata (Überlingen), Naturquell (Mosbach), Öko-Zentrum Rommelmühle (Bietigheim-Bissingen), Wendland Öko-Markt (Lüchow-Grabow), Recyclingkaufhaus (Mannheim), In Planung: Öko-Kaufhaus Braunschweig, De Beer (Bielefeld), Forum 21 – Agenda – Haus (Dresden), Ökologisches Zentrum (Köln), Dezentrales Öko-Kaufhaus (Krefeld), Zentrum für ökol. Leben (Freiburg).

Die Beiträge dieser Aktivitäten zu einer nachhaltigen Entwicklung der Region liegen vor allem im Bereich der Ressourcenschonung durch Mehrfachnutzung und in der Verminderung der Arbeitslosigkeit. So werden derzeit im MARKTHAUS (Recycling-Kaufhaus Mannheim gGmbH) im Rahmen eines Gesamtbudgets von drei Mio. DM 43 Personen beschäftigt (Angaben erfragt durch das IÖW 1999).

Die erweiterten Ansprüche und Ansätze für eine ökologische und dauerhafte Nutzung von Produkten bedeuten jedoch auch, daß sich der Akteurskreis für ein derartiges Konzept im Oberbergischen Kreis deutlich erweitern muß. Hinzugezogen werden sollten alle, die bisher schon Warentauschtage, Second-Hand-Läden und Flohmärkte betrieben und organisiert haben. Es sollte ebenso überprüft werden, ob Künstler und Kulturschaffende, Schulen, Kirchen und Vereine in das Projekt miteinbezogen werden können.

Um das Projekt anzustoßen und insgesamt bekannter zu machen, sind Vorläuferaktivitäten notwendig: z.B. die Organisation einer Modenschau mit gebrauchten Kleidungstücken (wurde bereits im Industriemuseum Engelskirchen organisiert), die Organisation von Tauschbörsen an Schulen für bestimmte Produktgruppen etc.

3.2.2 Projektskizze

4	Recyclingkaufhaus GRAPPA Gebraucht - Recycled - Attraktiv - Preiswert - Perfekt - Arbeitsschaffend = GRAPPA[1]
Problemstellung	Die Entwicklung der Konsumgesellschaft hat zu einer ausgeprägten Wegwerfmentalität geführt. Viele eigentlich noch brauchbare Dinge werden als Müll entsorgt. Pflege, Instandsetzung, Reparatur und Weiterverwendung gebrauchter Konsumgüter sind ein wichtiger Ansatz für ein umweltschonendes Wirtschaften. Es gibt im Kreisgebiet Aktivitäten der Wohlfahrtsverbände, gebrauchstaugliche Konsumgüter insbesondere an sozial Schwache gegen geringes Entgeld abzugeben (Kleiderkammer, soziales Möbellager).
Projektidee	Um den Grundgedanken der Nutzungsdauerverlängerung mit seinen positiven ökologischen Effekten einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, ist es notwendig, die bisherige Orientierung (Zielgruppe: sozial Bedürftige) zu erweitern. Neue Zielgruppen sollten mit den klassischen Faktoren eines modernen Produktmarketings angesprochen werden (Mode, Trends, Events). Es ist auch wichtig, nicht nur ausschließlich Produkte zu verkaufen, sondern diese Produktangebote mit einem Set zusätzlicher Dienstleistungen (Logistik, Reparatur, Leihen, Mieten etc.) zu verbinden. Um diese Aktivitäten zu bündeln, bedarf es eines konkreten Ortes (Kaufhaus), welcher gut erreichbar ist.
Ziele Beitrag zu einer nachhaltigen Kreisentwicklung	⇨ Ressourcenschonung und Abfallverminderung durch Mehrfachnutzung von Konsumgütern ⇨ Verminderung der Arbeitslosigkeit. So werden derzeit im MARKTHAUS (Recycling- Kaufhaus Mannheim gGmbH) im Rahmen eines Gesamtbudgets von drei Mio. DM 43 Personen beschäftigt.
Akteure	Gemeinden, Wohlfahrtsverbände, Verein für soziale Dienste, Internationaler Bund für Sozialarbeit, Kirchen (evtl. als Kooperationsprojekt)
Status	Um das Projekt anzustoßen und insgesamt bekannter zu machen, sind Vorläuferaktivitäten notwendig: z.B. die Organisation einer Modenschau mit gebrauchten Kleidungsstücken (wurde bereits in Engelskirchen organisiert), die Organisation von Tauschbörsen an Schulen für bestimmte Produktgruppen etc. **Nächste Schritte:** Vorstellung und Diskussion eines erweiterten Konzeptes zur Popularisierung der Mehrfachnutzung von Gütern im Kreis Oberberg (GRAPPA-Konzeptphase). Entscheidung, welcher Weg verfolgt wird. Einladung von Gastreferenten aus den Bereichen Öko-Kaufhäuser und Soziale Wirtschaftsbetriebe.

[1] Copyright IÖW

3.3 Bewertung der Projektideen

Projektbereich Recycling/ Wiederverw. v. Gebrauchsgütern	Zielkonvergenz			Umsetzungchancen		
Leitprojekte	Standortprofil	Beschäftigungs-potential	Marktpotential	Promotoren	Finanzierung	Akzeptanz
Recycling weiße Ware	X	XXXXX	X	XXX	XX	XXXX
„GRAPPA“ - Agenda Kaufhaus Oberberg	XXXXX	XXX	XX	?	?	XXX

X = sehr gering, XX = gering, XXX = mittel, XXXX = hoch, XXXXX = sehr hoch, ? = k.A.

4 Projektbereich „Altautoverwertung“

4.1 Ausgangslage

In der Bundesrepublik Deutschland werden pro Jahr rund 2,6 Millionen Kraftfahrzeuge verschrottet. Nach Ausbau verwertbarer Teile, Ablassen von Betriebsflüssigkeiten, Entfernen von Batterien und evtl. großen Nicht-Eisen-Teilen (Anlasserspule, Aluminiumhaube usw.) gelangt das Gros der Schrottkarossen in Schredderanlagen. Dies sind Hammermühlen, die das komplette Fahrzeug in kleine (faustgroße) Teile zerhacken. Durch Windsichtung und andere großtechnische Trennverfahren (teilweise ergänzt durch Handsortierung) kann dieses Schredderprodukt in eine verwertbare Eisen-/Stahlfraktion mit mehr als 95 % Reinheit und in eine nicht verwertbare Fraktion aus Gummi, Kunststoff, Glas, Lack, Kabelschrott u.a.m getrennt werden. Für den verwertbaren Eisenanteil sind in den letzten Jahren die Qualitätsanforderungen (Reinheit, Kupferanteil) beständig gestiegen.

Beim nichtverwertbaren Anteil, dem sog. Schreddermüll, sind infolge des zunehmenden Kunststoffanteils in Fahrzeugen die Mengen kontinuierlich gewachsen. Derzeit fallen in der Bundesrepublik Deutschland pro Jahr etwa 500.000 t Schreddermüll an, die bisher deponiert wurden. Die Schredder-Rückstände von Fahrzeugen belaufen sich in der EU jährlich auf etwa zwei Millionen Tonnen Abfall. Das entspricht zehn Prozent aller jährlich in der EU anfallenden gefährlichen Abfälle (vgl. Kommission 1997). Die Tendenz ist derzeit weiterhin steigend, während anderseits der verfügbare Deponieraum abnimmt.

Die Bedingungen für eine wirtschaftliche Lösung dieser Probleme haben sich in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert. In der Vergangenheit lohnte es sich, Altfahrzeuge zu entsorgen und einen hohen Anteil der Metallfraktionen aufzubereiten, da es Märkte für Ersatzteile und für Metallschrott gab. In den letzten Jahren hat sich die Situation jedoch besonders aufgrund der zunehmenden Verwendung nichtmetallischer Werkstoffe zur Herstellung von Fahrzeugteilen, des Kostenanstiegs für die Beseitigung von nichtrezyklierbaren Stoffen (insbesondere gefährlicher Abfälle) und der gesunkenen Stahlpreise verändert. Dadurch fehlt es an Anreizen für die Verwertung von Altfahrzeugen. Stattdessen werden die Fahrzeuge oft ausgeführt und im Ausland zu niedrigeren Preisen verschrottet. Sehr viele Altfahrzeuge werden auch als "Gebrauchtwagen" besonders in mittel- und osteuropäische Länder und in Entwicklungsländer verkauft. Schätzungen zufolge wurden beispielsweise 1995 70 % der Altfahrzeuge aus Deutschland in erster Linie in die Niederlande, nach Frankreich und nach Polen verkauft. Die Ausfuhr von Altfahrzeugen aus Deutschland in die Niederlande führt zu ernsthaften Problemen für das Recyclingsystem, das die Industrie für niederländische Altfahrzeuge eingeführt hat und schadet auch dem Tätigkeitszweig der Demontage und des Recyclings von Kraftfahrzeugen in Deutschland (vgl. Kommission 1997).

Zur Frage der Rücknahmeverpflichtung der Altautos durch die Autohersteller wurde seitens der Bundesregierung ein Verordnungsentwurf vorgelegt, der nach längeren Verhandlungen Anfang 1996 zu einer freiwilligen Vereinbarung mit der Automobilindustrie führte. Darin verpflichten sich die Automobilindustrie, maßgebliche Zweige der Zulieferindustrien, des Autoteilehandels und der Altautoentsorgung zu folgenden Maßnahmen (Umwelt 4/96, S. 157):

- innerhalb von zwei Jahren Aufbau eines flächendeckenden Rücknahmesystems für Pkw in zumutbarer Entfernung zum Letzthalter;
- entgeltliche Altauto-Rücknahme vom Letztbesitzer durch den Hersteller der jeweiligen Marke;
- kostenlose Rücknahme neuer Autos innerhalb von zwölf Jahren nach ihrer Erstzulassung durch Hersteller und Importeure, sofern keine wesentlichen herstellerfremden Bauteileveränderungen vorgenommen wurden;
- Einhaltung bestimmter ökologischer Anforderungskriterien seitens der Rücknahme- und Verwerterbetriebe, die damit zur Annahme jedes Autos berechtigt sind;
- umweltverträgliche Trockenlegung und Demontage der Altautos;
- umweltverträgliche Verwertung nutzbarer Teile, Beseitigung nicht-verwertbarer Abfälle;
- bis zum Jahr 2002 Reduktion der nicht verwertbaren Abfälle pro Hersteller im Durchschnitt auf maximal 15 Gewichtsprozent, bis 2015 auf maximal fünf Gewichtsprozent;
- Einrichtung eines Koordinierungskreises zur Erfüllung der Selbstverpflichtung und zu deren Nachweis; zweijährige Unterrichtung der Bundesregierung.

Trotz dieser Selbstverpflichtung ist der tatsächliche Verwertungsweg und damit die Umweltwirkung dieser Lösung weitgehend offen, da innerhalb der Automobilbranche dem Stoff- und Materialrecycling - also der Wiederverwendung der alten Materialien und Stoffe in Autoneuteilen - nur geringe Bedeutung beigemessen wird.

Die Option der energetischen Verwertung ist in der Selbstverpflichtung nicht ausgeschlossen und vom neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz ausdrücklich zugelassen. Darin wird die energetische Verwertung der stofflichen gleichgestellt, wenn sie bestimmte Mindestbedingungen erfüllt. So muß bei der Abfallverbrennung u.a. ein Heizwert über elf MJ/kg erreicht werden. Die Mehrzahl der Kunststoffe erfüllt dieses Zugangskriterium: Ihr durchschnittlicher Heizwert liegt mit etwa 35 MJ/kg ebenso hoch wie bei fossilen Brennstoffen. Vor dem Hintergrund steigender Erdölpreise betrachten daher insbesondere energieintensive Industrien wie die Zementindustrie Kunststoffabfälle als preiswerte Alternative. Aus umweltpolitischer Sicht ist eine derartige Strategie als negativ zu bewerten.

Die EU-Kommission stellt in ihrem Vorschlag für eine RICHTLINIE DES RATES ÜBER ALTFAHRZEUGE hierzu fest: "Das Recycling des im Altfahrzeug enthaltenen Materials ist umwelttechnisch vorteilhafter als die Energiegewinnung durch Verbrennung. Hinsichtlich der Energieverwertung sind die Nettogewinne des Recyclings von in Kraftfahrzeugen enthaltenen Kunststoffen zehnmal höher als die Gewinne bei der Energienutzung durch Verbrennung. Aus

ökologischer und wirtschaftlicher Sicht hat sich das Recycling von verbrennbaren Komponenten wie Stoßdämpfern, Sitzfüllstoffen, Armaturenbrettern, Reifen usw. gegenüber der Verbrennung unter Nutzung des Energiegehalts dieser Bestandteile als vorteilhafter erwiesen" (EU-Kommission 1997, Artikel 7).

Die Recyclingrate der heute im Verkehr befindlichen Kraftfahrzeuge läßt sich durch das Recycling von Glas und größeren Kunststoffkomponenten (wie Stoßdämpfer, Schaumstoffe in Sitzen) auf 80 % bis 90 % steigern. Weitere Zunahmen der Recyclingrate sind neben den Absatzmöglichkeiten der durch das Recycling erhaltenen Stoffe hauptsächlich davon abhängig, wie den Recyclingaspekten bei der Fahrzeugkonstruktion Rechnung getragen wird. In dieser Hinsicht eröffnet die Verwendung von Schredderrückständen im Bauwesen neue Möglichkeiten. Auch die Entwicklung integrierter Behandlungszentren (die die Fahrzeuge sowohl reinigen, demontieren, schreddern und die Schredderrückstände verarbeiten) dürfte die Wiederverwendungs-, Recycling- und Rückgewinnungsrate von Altfahrzeugen beträchtlich erhöhen.

Durch die Realisierung einer höheren Recyclingrate werden insbesondere in der Demontage neue Arbeitskräfte geschaffen. Nach niederländischen Quellen (Auto Recycling Nederland BV) können durch entsprechende Rahmensetzungen unmittelbar zwischen 10.000 und 15.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Bei Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Transport und dem Recycling von Altfahrzeugen lassen sich vermutlich weitere neue Arbeitskräfte einsetzen. Deutsche Quellen (ADA - Arbeitsgemeinschaft Deutscher Autorecyclingbetriebe) schätzen, daß in der EU 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze eingerichtet werden könnten.

4.2 Arbeitskreis „Regionale Altautoverwertung"

Gemeinsam mit dem Amt 70 des Oberbergischen Kreises (untere Abfallbehörde) hat das IÖW einen Arbeitskreis etabliert, dem die zertifizierten Altauto-Verwerterbetriebe des Kreises angehören. Zur Abstimmung der nachstehend dargelegten Projektskizzen hat sich der Arbeitskreis insgesamt dreimal getroffen. Neben Kreisdirektor Wolter, Vertretern der Abfallbehörde und dem IÖW nahmen folgende Firmen an den Sitzungen teil: Fa. Christian Bacher, Hückeswagen, Fa. August Bender, Marienheide; Fa. Autoverwertung Berg, Herr Leffelsend, Engelskirchen; Fa. Gebrüder Noiron, Waldbröl; Fa. Vojtech Navratil, Gummersbach.

Die Rahmenbedingungen der Altautoverwertung stellen sich aus Sicht dieser Betriebe wie folgt dar:

- Die anwesenden Firmen sind Kleinstbetriebe mit drei bis sechs Beschäftigten. Sie sehen sich einem starken Wettbewerbsdruck durch größere Anbieter außerhalb des Kreises ausgesetzt, die zum Teil aus der Energiewirtschaft oder gemeinwirtschaftlichen Unternehmen "quersubventioniert" werden.
- Das Aufkommen an Altfahrzeugen ist durch die Altautoverordnung eher zurückgegangen. Noch gebrauchtstaugliche Alterfahrzeuge werden von den Händlern nach Osteuropa

oder nach Afrika exportiert. Insofern verbleibt ein Rest wirklich schrottreifer Fahrzeuge, deren Alter in der Regel hoch ist und die von daher für die Verwertung von gebrauchten Teilen nur ein geringes Potential haben. Seit April 1998 liegen über den Verwertungsnachweis Zahlen über die Größenordnungen im Kreis vor.

- Die Stärke der kleinen Firmen liegt in der Nähe zum Kunden. Allerdings würde diese regionale Bindung längst aufgebrochen sein, wenn ein größerer Konkurrent den oberbergischen Markt systematisch bearbeiten würde. Die Distanz der Region zu den größeren Ballungszentren an Rhein und Ruhr wird als ein Faktor des Bestandschutzes für kleinere Autoverwerter des Kreises bewertet.
- Die Entsorgungskosten für ein Fahrzeug (einschl. der bürokratischen Abwicklung) bewegen sich zwischen 140,- und 170,- DM.
- Separiert werden gebrauchstaugliche Aggregate und Altreifen. Eine weitere Zerlegung sei nicht lohnend, da hierfür der Aufwand in keinem Verhältnis zu den möglichen Erträgen stünde. Allerdings ergab die Diskussion, daß z.B. bei der Glasfraktion oder bei größeren Kunststoffteilen (Stoßfänger) vielleicht noch Möglichkeiten existierten, die bisher nicht ausgeschöpft wurden.

Aufgrund der neuen Regelungen auf Basis der Altautoverordnung (Verbleibserklärung) ist es möglich, das Aufkommen an stillgelegten Fahrzeugen seit 01. April 1998 kreisseitig zu erfassen. Entsprechende Zahlen wurden durch das Amt 70 des Kreises zur Verfügung gestellt.

Tab. 4: Abgemeldete Fahrzeuge im Kreis Oberberg

Monat	4	5	6	7	8	9	10	11	12	Ges.
Verbleibserklärung	25	13	22	14	25	14	12	11	3	139
Verwertungsnachweise	77	125	185	175	162	138	144	161	108	1275

Quelle: Nach Angaben Amt 70 vom 12.01.99

Insgesamt kann festgehalten werden, daß die Möglichkeiten des Kreises und der anwesenden Betriebe zu einer aktiven Gestaltung der Altautoverwertung auf wenige Bereiche beschränkt sind. Der nachfolgenden Tabelle sind einige Ansatzpunkte zu entnehmen, die im Rahmen der Arbeitskreissitzung erörtert wurden.

Tab. 5: Einflußmöglichkeiten regionaler Akteure auf die Bedingungen des Altautorecycling

Gegenstand	Bedingungsgefüge, Abhängigkeit von	Einfluß der Abfallbehörde	Einfluß der Verwerter
Marktpreise für Primärrohstoffe	Angebot und Nachfrage, Energie-/ Öko-steuer	nicht vorhanden	nicht vorhanden
Wert von Schrotten	Preise für Primärrohstoffe	nicht vorhanden	Sortierung, Mengenbündelung
Gebrauchte Ersatzteile	Zahl noch vorhandener Geschwistermodelle	nicht vorhanden	Spezialisierung auf bestimmte Fabrikate
Gewinnung von Sekundärrohstoffen aus Autos	Kreislaufeignung der Materialien, Marktwert der durch das Rezyklat ersetzten Neuware	nicht vorhanden	Spezialisierung auf bestimmte Stoffe (Reifen, Glas, Aluminium etc.)
Installierung von Techniken zur Verwertung u. Rohstoffaufbereitung	Stand der Technik, Wirtschaftlichkeit für Recycler	nicht vorhanden	Bei kleineren Betrieben: Gemeinsame Investition
Regionale Autoverwertung	Wettbewerbssituation, Konditionen der Autoverwerter	Vermittlung, Moderation	Preise, Kooperation mit dem Kfz-Handel, Service, Marketing
Stärkere Nutzung gebrauchter Teile in der Bevölkerung	Einstellungen der Kunden / Angebote der Autoverwerter	Begleitende Öffentlichkeitsarbeit, Moderation	Spezialisierung auf bestimmte Typen und Teile, Systematische Lagerhaltung, Einsatz von EDV und Internet

Quelle: IÖW 1999

Als besonders aussichtsreich wurde der vom IÖW vorgeschlagene Ansatz für ein kooperatives Marketing angesehen. Grundgedanke hierbei ist, die Wettbewerbsposition der regionalen Unternehmen durch einen gemeinsamen Marktauftritt zu verbessern und die potentiellen Kunden auf die kurzen Wege zum nächsten, zertifizierten Entsorgungsunternehmen hinzuweisen. Hierzu wurde seitens des IÖW ein Textvorschlag und eine Karte entwickelt, die in Form eines Faltblattes in der Region verteilt werden können (Projektskizze 5).

Weitere Vorschläge, die diskutiert wurden, sind der Aufbau einer gemeinsamen Logistik und eines gemeinsamen Lagers beim Vertrieb und Handel mit gebrauchten Ersatzteilen. Dies stieß bei den Firmen zunächst auf Skepzis, da diese Maßnahmen eine weitgehende Umstrukturierung bisheriger Betriebsabläufe mit sich bringen würden. Nach längerer Diskussion einigte man sich darauf, die Idee einer gemeinsamen Internetpräsentation weiter zu verfolgen (Projektskizze 6).

4.3 Projektskizzen

5	Kooperatives Marketing der Altautoverwerter im Kreisgebiet
Problemstellung	Im Kreisgebiet werden jährlich ca. 1500 -1600 Autos abgemeldet. Die Altautoentsorgung wird im Rahmen der Altautoverordnung (AVO) über einen sog. Verwertungsnachweis oder eine Verbleibserklärung geregelt. Vielfach sind den Bürgern und Bürgerinnen die neuen gesetzlichen Regelungen der Altautoverordnung noch nicht bekannt. Von den abgemeldeten Autos wird nur ein Teil über die Altautoverwerter im Kreis entsorgt. Große Recyclingunternehmen, zumeist Töchter kapitalkräftiger Großunternehmen aus der Energie- und Abfallbranche, akquirieren bundesweit Altautos und lösen damit neue Transportströme aus. Demgegenüber hat die Altautoentsorgung durch kleinere Entsorgungsunternehmen im Kreisgebiet den Vorteil, daß die Altautos auf dem kürzesten Weg entsorgt werden und gleichzeitig Einkommen und Arbeitsplätze in der Region erhalten bleiben.
Projektidee	Kooperatives Marketing ist ein geeignetes Instrument, um die Wettbewerbsposition von klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) zu verbessern. Um einen Verständigungsprozess über einen gemeinsamen Marktauftritt der fünf zertifizierten Autoverwerter des Oberbergischen Kreises anzustoßen, wurde im Rahmen der Agenda-Arbeitsgruppe ein gemeinsames Faltblatt erstellt. Dieses enthält Informationen über die Standorte der Firmen in Form einer Karte, die Adressen und Leistungen der Firmen sowie einen Hinweis auf die Bedingungen einer ordnungsgemäßen Altautoentsorgung und –verwertung.
Ziele Beitrag zu einer nachhaltigen Kreisentwicklung	⇨ Stärkung der Wettbewerbsposition der kleinen Autoverwerter im Kreisgebiet gegenüber größeren Firmen außerhalb der Region ⇨ Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region ⇨ Einsparung von Transporten durch Verwertung beim nächst-liegenden Betrieb (auch innerhalb des Kreisgebietes) ⇨ Beitrag zum Umweltschutz durch sachgerechte Entsorgung ⇨ Einsparung von Ressourcen durch Verkauf gebrauchter Teile
Akteure	Autoverwerter des Kreisgebietes, Amt 70, IÖW
Status	Zunächst wurde eine Verständigung über die derzeitigen Bedingungen der Altautoverwertung im Kreis Oberberg hergestellt. Hierbei wurden verschiedene Kooperationsmöglichkeiten im Bereich Logistik und Marketing besprochen. Als erster Schritt einer Zusammenarbeit zwischen den Autoverwertern des Kreisgebietes wurde beschlossen, ein gemeinsames Faltblatt zu erstellen. Das IÖW erstellte hierzu eine Druckvorlage, die mit den Beteiligten abgestimmt wurde. Das Faltblatt wird bei den Straßenverkehrsämtern und in den Rathäusern der Gemeinden ausgelegt.

6	„Autoteile per Mausklick"
Problemstellung	Ein wesentliches Standbein der klein- und mittelständischen Autoverwerter des Oberbergischen Kreises ist der Verkauf von gebrauchten Ersatzteilen. Die derzeitige Abwicklung des Verkaufs gebrauchter Ersatzteile erfolgt über telefonische Anfragen der Kunden oder durch das Aufsuchen des Betriebsgeländes. Die Suche nach dem benötigten Teilen ist für die Kunden mit erheblichem Zeitaufwand verbunden. Der Service am Kunden bei der Ersatzteilsuche könnte erheblich verbessert werden, wenn der Ersatzteilbestand der fünf Autoverwerter im Kreis datentechnisch erfaßt und gemeinsam via Internet und Call-Center vermarktet würde. Die Umsetzung einer derartigen Idee ist mit weitgehenden organisatorischen Umstellungen in den einzelnen Betrieben verbunden. Für die neuen Aufgaben (kooperative Logistik, Betreuung der Lagerverwaltung mittels Computer) werden zusätzliche Arbeitskräfte benötigt, die ggf. über die Einbeziehung von Arbeitsfördermaßnahmen eingestellt und qualifiziert werden.
Projektidee	Die Projektidee besteht aus folgenden Bausteinen: ⇨ Aufbau eines gemeinsamen "virtuellen" Lagers der Altautoverwerter im Kreisgebiet ⇨ Aufbau einer regionalen Internetbörse "Autoteile per Mausklick" ⇨ Aufbau eines Call-Centers Die Eigenständigkeit der Unternehmen bei der Abwicklung des Teileverkaufs soll beibebehalten werden. Gleichzeitig sind die Synergieeffekte des größeren "virtuellen" Lagers zu nutzen. Das Internet-Angebot soll über einen regionalen Provider erfolgen. Der kooperative Ansatz und die damit verbundenen organisatorischen Umstellungen bei den Firmen haben Modellcharakter.
Ziele Beitrag zu einer nachhaltigen Kreisentwicklung	⇨ Professionalisierung und Modernisierung des Verkaufs gebrauchter Autoteile ⇨ Stärkung der Wettbewerbsposition kleiner- und mittelständischer Autoverwerter in der Region ⇨ Vermeidung von Verkehr durch zielgerichtes Suchen der Kunden im Vorfeld des Ersatzteilkaufs ⇨ Qualifizierung des Managements und der Mitarbeiter zur Anwendung neuer Technologien
Akteure	Autoverwerter des Kreisgebietes, Internationaler Bund für Sozialarbeit, Amt 70, IÖW
Status	Die Autoverwerter des Kreises werden sich an der Konkretisierung und Umsetzung des Projektes weiter beteiligen. Die Klärung der Fördermöglichkeiten und die weitere Abstimmung mit den Beteiligten erfolgt durch das IÖW. Eine Kooperation mit dem Internationalen Bund für Sozialarbeit und anderen Trägereinrichtungen wird angestrebt.

- **Bewertung der Projektideen**

Projektbereich Altauto-Recycling Leitprojekte	Zielkonvergenz			Umsetzungschancen		
	Standortprofil	Beschäftigungs-potential	Marktpotential	Promotoren	Finanzierung	Akzeptanz
Kooperatives Marketing der Altautoverwerter im Kreisgebiet	XX	X	XXX	XXXX	XXXX	XXXX
Autoteile per Mausklick	XX	XX	XXX	XXX	?	XXX

X = sehr gering, XX = gering, XXX = mittel, XXXX = hoch, XXXXX = sehr hoch, ? = k.A.

5 Perspektiven

Im weiteren Verlauf des Agendaprozesses gilt es, die Nachhaltigkeitsziele mit dem Profil der Region Oberberg als innovative Wirtschaftsregion zu verbinden. Hierfür gibt es zwei Ansatzpunkte.

Unsere Patentrecherche hat ergeben (siehe 1. Zwischenbericht), daß zahlreiche Industrieunternehmen an innovativen Produkten und Verfahren mit gesellschaftlicher Relevanz arbeiten. Es wurden wurden ca. 30 Unternehmen identifiziert, den in den letzten drei Jahren in verschiedenen Technologiefeldern (Energietechnik / Verfahrenstechnik / Neue Werkstoffe / Medizintechnik) innovative Produkte und Verfahren als Patente angemeldet haben. Diese Aktivitäten wurden bisher nicht oder nur vereinzelt mit dem Namen der Region verbunden. Gleichzeitig ist festzustellen, daß über diese Aktivitäten in und außerhalb der Region relativ wenig bekannt ist. Von daher sollen diese Firmen (siehe anhängende Firmenliste) in ein **Regional-Marketing** einbezogen werden. Das Gestaltung des Projektes bestimmen die Firmen weitgehend selbst. Der Agenda-Prozess bietet das Dach:

Die Idee sollte bilaterale Kontakte zu den Marketing-Abteilungen und auf einem gemeinsamen Treffen verbreitet werden. Hierzu könnte zusammen mit den Wirtschaftsjunioren eingeladen werden. Ein ähnlicher Ansatz wird bereits in der Region Nürnberg verfolgt, die das Regionalmarketing professionalisiert hat (http://www.region.nuernberg.de/original/regional2.html).

Die Agenda-Aktivitäten, und die daraus entstehenden Projekte und Produkte, sind auch ein innovativer Beitrag zum Regionalprofil. Von daher sollten das Thema “regionales Innovationsprofil” in der nächsten Phase stärker aufgegriffen werden. Hierzu bieten sich an:

- Gemeinsame Veranstaltungen mit der IHK und den Wirtschaftsjunioren;

- Eine Agenda-Messe im Sommer (Integration der bisherigen Aktivitäten zum bunten Umwelttag). Beispiel aus anderen Regionen: Umweltmesse "Ökologa" im Congress-Zentrum Würzburg 16.-18.10.1998 im Rahmen der Agenda 21 (http://www.wuerzburg.de:80/termine/oekologa/agenda21.html);
- Eine Präsentation der Agenda-Aktivitäten und Projekte im Internet (Aufbau eines Netzwerkes für selbsttragende Strukturen) Beispiel aus anderen Regionen: Landkreis Regensburg: http://www.regensburg-land.de:80/lra/dienstleistungen/abfallwirtschaft/zeitung/agenda21.htm.

Für die beiden letztgenannten Aktivitäten könnten weitere Arbeitsgruppen konstituiert werden. Allerdings ist darauf hinzuweisen, daß die Realisierung mit zusätzlichem Mittelbedarf verbunden ist.

In der Internet-Präsentation des Kreises müßte eine entsprechende Rubrik geschaffen werden. Auch ist zu überlegen, ob das Ganze nicht auch als Broschüre für Messen oder andere Gelegenheiten produziert wird.

Promotoren eines solchen Konzeptes sollten wirtschaftsnahe Einrichtungen sein, zu nennen sind hier vor allem:

- die Industrie- und Handelskammer
- die Wirtschafts-Junioren Oberberg (WJO)
- die Oberbergische Aufbau GmbH
- das Technologie und Gründer Centrum (TGC).

Als zentrale Aufgabe der nächsten Phase des Agendaprozesses ist anzusehen, die Verbände der Wirtschaft sowie die Kammern stärker in die Erarbeitung von Projekten und Vorschlägen einzubeziehen. Eine geeignete Form hierzu wäre ein Hearing, welches den Verbänden die Gelegenheit bietet, ihre eigenen Vorschläge zur Zukunftsgestaltung des Oberbergischen Kreises zu unterbreiten.

6 Zusammenfassung der Projektbewertungen

Projektbereich Recycling/ Wiederverwertung von Gebrauchsgütern	Zielkonvergenz			Umsetzungchancen		
Leitprojekte	Standortprofil	Beschäftigungspotential	Marktpotential	Promotoren	Finanzierung	Akzeptanz
Recycling weiße Ware	X	XXXXX	X	XXX	XX	XXXX
GRAPPA Agenda-Kaufhaus Oberberg	XXXXX	XXX	XX	?	?	XXX

Projektbereich Altauto-Recycling	Zielkonvergenz			Umsetzungschancen		
Leitprojekte	Standortprofil	Beschäftigungspotential	Marktpotential	Promotoren	Finanzierung	Akzeptanz
Kooperatives Marketing der Altautoverwerter	XX	X	XXX	XXXX	XXXX	XXXX
Autoteile per Mausklick	XX	XX	XXX	?	?	?

Projektbereich Holzverwertung	Zielkonvergenz			Umsetzungschancen		
Leitprojekte	Standortprofil	Beschäftigungspotential	Marktpotential	Promotoren	Finanzierung	Akzeptanz
Nahwärmeerzeugung	XX	XXX	XXX	XXX	XXX	XXX
Dienstleistungszentrum Holz	XXXX	X	XXX	XX	?	XX

X = sehr gering, XX = gering, XXX = mittel, XXXX = hoch, XXXXX = sehr hoch, ? = k.A.

Teil B

Handlungsfeld „Zukünftiges Bauen und Wohnen“

1 Zielbereiche

1.1 Bauen und Wohnen im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung

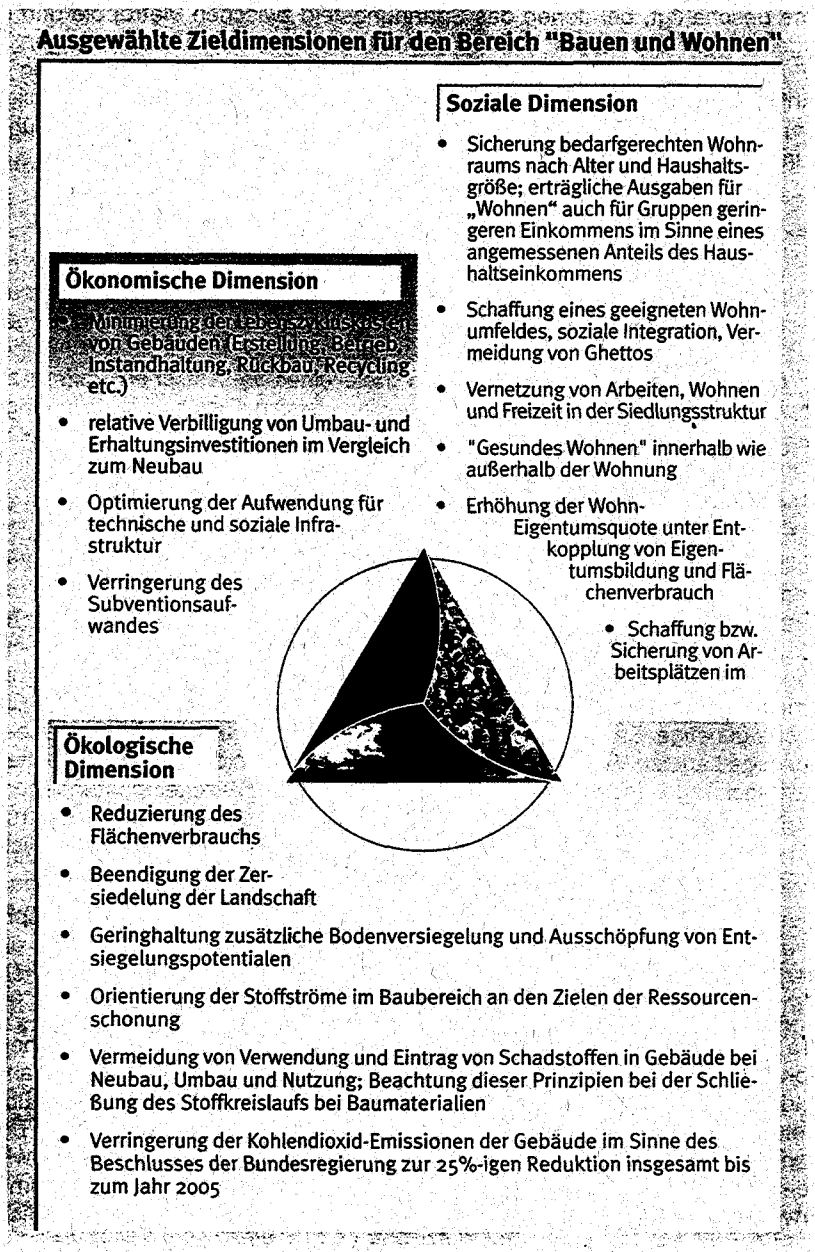
Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt" hat sich in ihrem aktuellen Bericht ausführlich mit dem Thema „Bauen und Wohnen" befaßt (Abschlußbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt" 1998). Die Weiterentwicklung des ökologischen Ansatzes in ein Konzept „nachhaltigen Bauen" führt in systematischer Hinsicht dazu, die unterschiedlichen Aspekte des Bauens in ihrer gesellschaftlichen Funktion gründlicher zu bedenken und die verschiedenen Dimensionen (sozial, ökologisch, ökonomisch) in ihrer wechselseitigen Bedingtheit und Konfliktthaftigkeit zu beleuchten.

Die von der Enquete-Kommission ausgewählten Zieldimensionen für den Bereich Bauen und Wohnen sind in Abb. 1 dargestellt.

Die Konflikthaftigkeit ökologischer Teilziele wird insbesondere bei der Aufgabe deutlich, die Entwicklung des Flächenverbrauchs nachhaltig zu gestalten. Hierbei sind Faktoren, wie die Entwicklung der Bevölkerungsdichte und -verteilung, die immer geringer werdenden Haushaltsgrößen, die individuellen Ansprüchen an den Wohnraum sowie der Einkommensentwicklung (vgl. Deutscher Bundestag 1997, 109ff.), zu berücksichtigen. Gleichzeitig ist deutlich, daß der Flächenverbrauch eines der größten Nachhaltigkeitsprobleme darstellt: „Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen hat sich seit Beginn der 50er Jahre auf bundesweit über 11 % nahezu verdoppelt. Die weitere Flächeninanspruchnahme ist besonders durch die Zunahme von Verkehrsflächen, durch höhere Standortansprüche der gewerblichen Wirtschaft und nicht zuletzt durch die Nachfrage nach Wohnbauland gekennzeichnet" (ExWoSt 1997, S. 3).

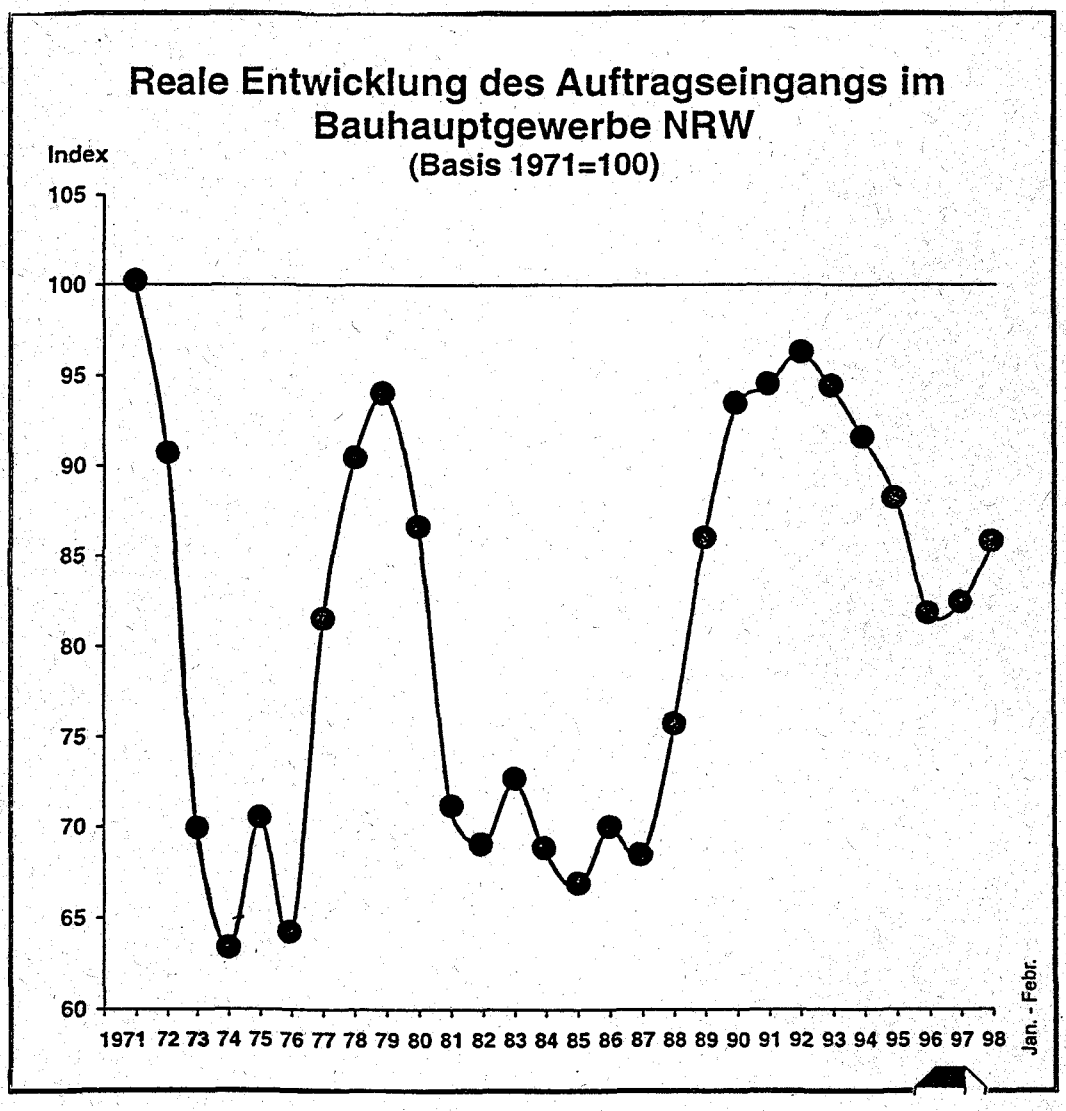
Derartige Konfliktpotentiale werden sich auch in der Regionalpolitik niederschlagen. Beispielhaft sei an dieser Stelle das Konfliktpotential zwischen Wohnungsbau und einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung skizziert.

Abb. 1: Ausgewählte Zieldimensionen für den Bereich „Bauen und Wohnen“



Quelle: Deutscher Bundestag (1998, S. 234).

Abb. 2: Reale Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe NRW



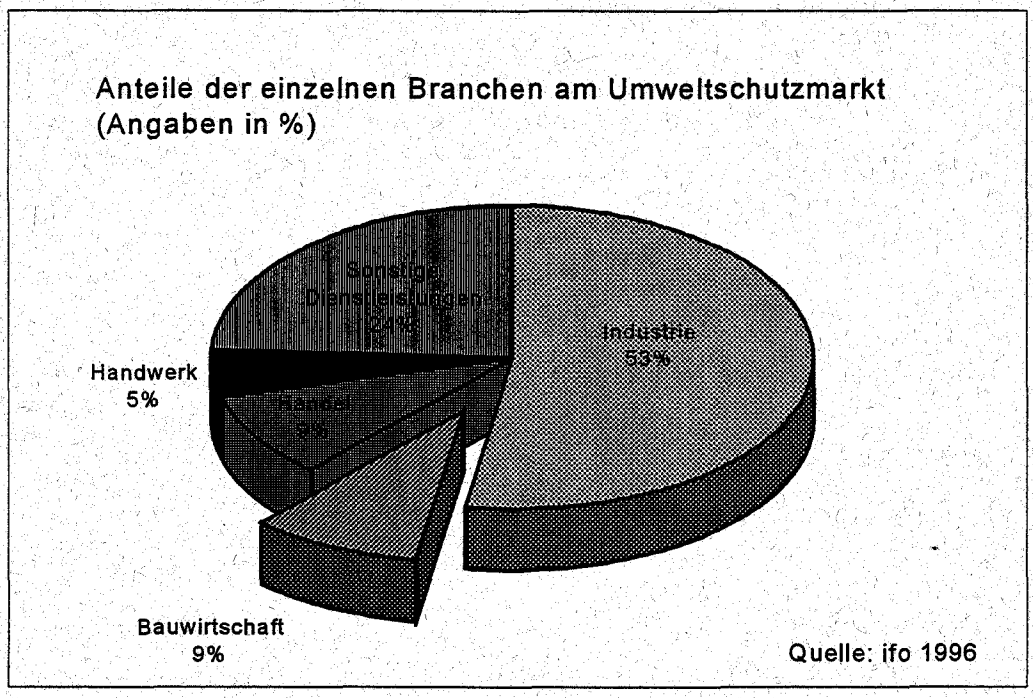
Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik:
Berechnungen der Wirtschaftsvereinigung Bauindustrie NRW

Ziel der Regionalen Agenda im Handlungsfeld „Zukünftiges Bauen und Wohnen“ ist vor diesem Hintergrund auch die Verbesserung der ökonomischen Situation des Baugewerbes. Die gegenwärtig spürbare leichte Erholung der Baukonjunktur ist noch kein Anzeichen dafür, daß die strategischen Perspektiven der Baubranche gut sind. Nur diejenigen Betriebe, die in der Lage sind, bestehende Angebotslücken zu erkennen (z.B. im Bereich Modernisierung und ökologische Sanierung), werden sich auch in Zukunft auf dem Markt behaupten können.

1.3 Die Position der Bauwirtschaft im Umweltschutzmarkt

Vielfach wird argumentiert, daß ökologisches Bauen derzeit noch nicht am Markt nachgefragt wird. Tatsache ist, daß sich die **Position der Bauwirtschaft im Umweltschutzmarkt** in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert hat. Inzwischen können der Bauwirtschaft am Umweltschutzmarkt ein Umsatzanteil von ca. neun Prozent zugeordnet werden (siehe Abb. 3).

Abb. 3: Position der Bauwirtschaft im Umweltschutzmarkt



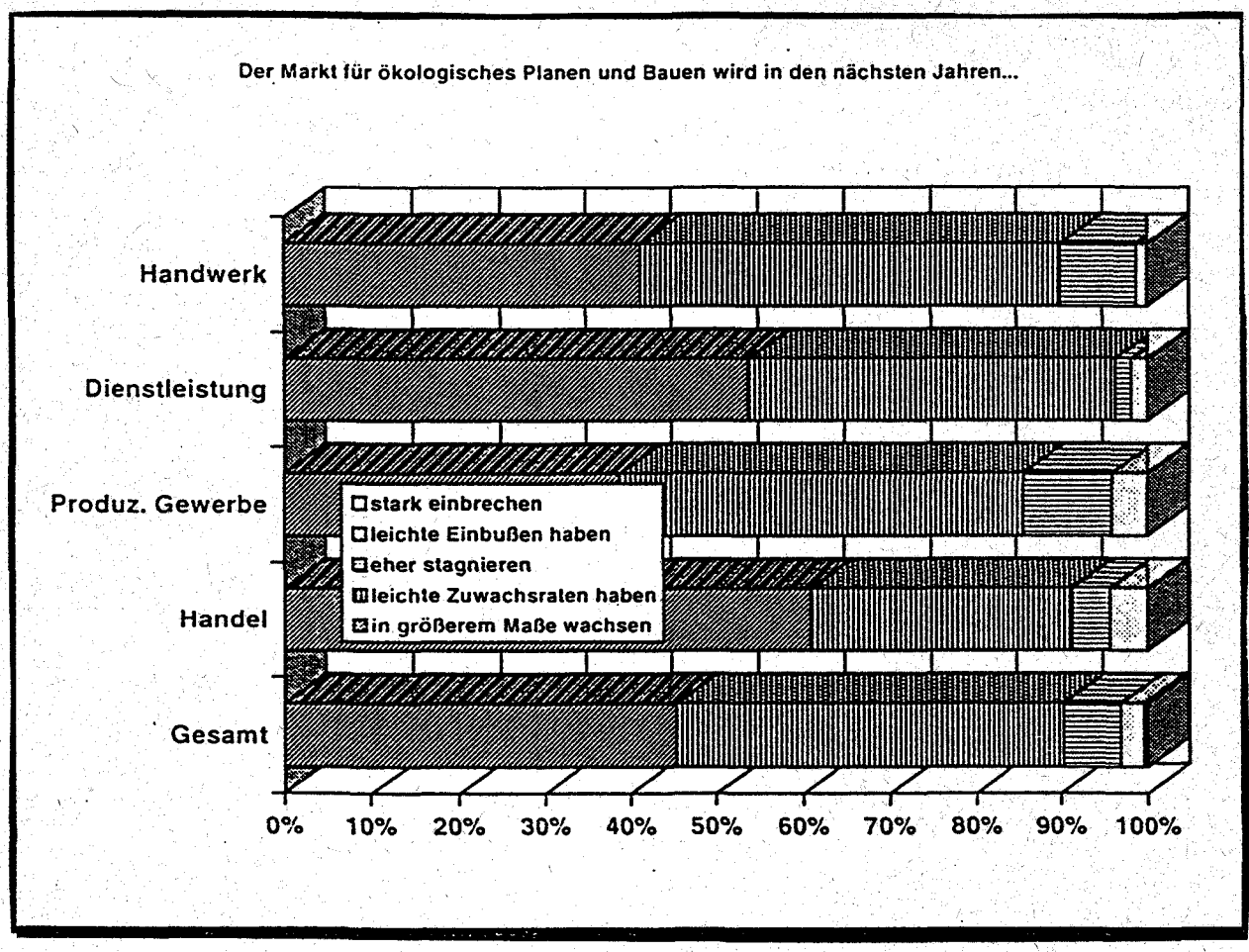
Der **Markt für ökologische und biologische Bauprodukte** hat sich in den letzten fünfzehn Jahren als Marktnische insbesondere im Bereich des **Innenausbaus** entwickelt. Hier ist besonders das Sortiment von Lacken, Farben, Holzschutzmitteln und Holzprodukten weit ausgebaut. Es existieren mehrere Markensortimente, die auch Prominenz über den engeren Anwenderkreis besitzen. Außerdem gibt es ein reichhaltiges Sortiment an Massivholz- und Naturfaser-Bodenbelägen sowie von Tapeten aus naturbelassenem Fasermaterial; hinzu kommen die erforderlichen Klebeprodukte für Wände und Böden. Große Bedeutung besitzen darüber hinaus Zellulose-Dämmstoffe als Alternative zu Isoliermaterial aus Mineralfasern.

Aus der **Perspektive des Gesamtmarktes** ist das Sortiment an ökologischen und biologischen Bau- und Ausbaustoffen allerdings wesentlich größer: Es gibt Lehmbaustoffe, spezielle Innen- und Außenputze, naturbelassene Bodenkeramik, unbehandelte oder naturimprägnierte Hölzer und vieles andere mehr.

Insofern es in den nächsten Jahren gelingt, die ökologischen Dimensionen des Bauens mit sozialen und ökonomischen Zielen zu verbinden, wird sich für die Bauwirtschaft ein breites Betätigungsfeld auftun. Viele Marktforschungen sprechen von einem Wachstumsmarkt für ökologisches Bauen.

In einer Analyse des Marktes für ökologisches Bauen kommt die im Auftrag der Landesentwicklungsgesellschaft tätige Agentur Christophers Market-Research zum Ergebnis, daß der Markt für ökologisches Planen und Bauen wachsen wird. 90 % der befragten 244 Unternehmen der Baubranche erklären, daß der Markt für ökologisches Planen und Bauen in den nächsten Jahren leichte Zuwachsraten bzw. in größerem Maße wachsen wird (45 %) (vgl. Abb. 4).

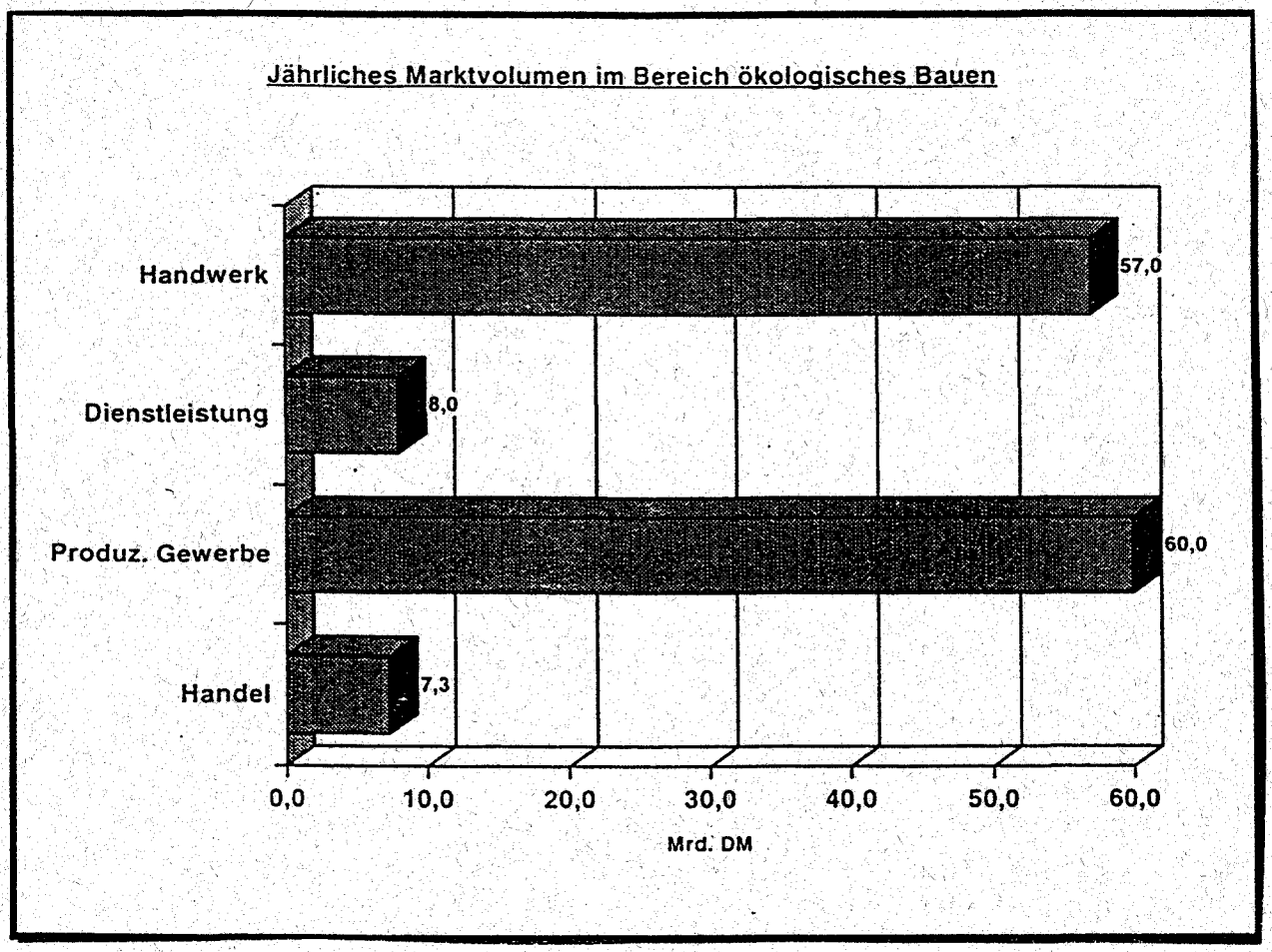
Abb. 4: Der Markt für ökologisches Planen und Bauen in den nächsten Jahren



Quelle: Öko Zentrum Hamm (1996)

Nach derselben Untersuchung beträgt das **Marktvolumen** für den Bereich ökologisches Bauen im Handel 7,3 Mrd. DM, 60 Mrd. DM im Bereich produzierendes Gewerbe, acht Mrd. DM für den Dienstleistungsbereich und 57 Mrd. DM für den Bereich Handwerk. (vgl. Abb. 5).

Abb. 5: Jährliches Marktvolumen im Bereich ökologisches Bauen



Quelle: Öko Zentrum Hamm (1996)

Als entscheidendes Problem für die Konsumenten stellt sich die unzureichende **Markttransparenz** dar und zwar sowohl in Bezug auf die Zugänglichkeit ökologischer und baubiologischer Stoffe und Materialien als auch Informationen über Angebot und Einsatzmöglichkeiten. Um dieses Problem zu lösen, könnten auf der kommunalen und regionalen Ebene verbraucherorientierte **Einkaufsführer** zum Thema ökologisches Bauen erstellt werden.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die unter Kap. 1.1 (Teil B) festgestellten langfristig wirkenden **strategischen Herausforderungen** für die regionale Bauwirtschaft mit der **Entwicklung von neuen Angeboten im Bereich ökologisches und nachhaltiges Bauen** bewältigt werden können. Ökologisches Bauen ist ein wachsender Bereich in der Bauwirtschaft, der neben umweltschonenden Verfahren auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten bietet. Ziel der Regionalen Agenda muß es deshalb sein, diese Zusammenhänge stärker ins Bewußtsein der handelnden Personen treten zu lassen und damit neue Potentiale für die regionale Wertschöpfung und für die Bewältigung der ökologischen Herausforderungen im Oberbergischen Kreis zu schaffen. Diese Zusammenhänge aufzuzeigen und hieraus Ziele für konkrete Projekte abzuleiten, ist die zentrale Aufgabenstellung in diesem Handlungsfeld.

1.4 Ziele und Aufgaben in den verschiedenen Arbeitsphasen

• Arbeitsphase 1: Recherche und Sondierung

Im Oberbergischen Kreis gibt es 175 Betriebe im Bau- und Ausbaugewerbe, die zusammen knapp 7.000 Personen beschäftigen. Mit sechs Prozent ist der Anteil der im Baugewerbe Beschäftigten an der Gesamt-Beschäftigtenzahl ungefähr so hoch wie im Landesdurchschnitt.

Überdurchschnittlich ist die Anzahl der im Oberbergischen Kreis arbeitenden Zimmereibetriebe. Auffällig ist weiterhin, daß im Oberbergischen Kreis knapp die Hälfte aller Arbeitsstunden im Baugewerbe auf den **Wohnungsbau** entfallen, während dies im Landesdurchschnitt nicht einmal ein Viertel ist. Dafür hat der gewerbliche und industrielle Bau im Landesdurchschnitt eine weit größere Bedeutung als im Oberbergischen.

Im Bereich des Wohnungsbaus liegt damit eine der Schwerpunkte der Oberbergischen Bauwirtschaft. Verbunden mit dem überdurchschnittlich hohen Anteil an Zimmererbetrieben und dem ausreichend vorhandenen natürlichen **Baustoff Holz** kann sich an der Schnittstelle Holzbau / Wohnungsbau eine der Kernkompetenzen der Oberbergischen Bauwirtschaft entwickeln. Der regenerative Baustoff Holz entspricht den Anforderungen an einen ökologischen Baustoff im Sinne der Agenda 21 vor allem dann, wenn durch Nutzung der regionalen Holzvorkommen unnötige Transportwege erspart werden.

Ziel der Regionalen Agenda im Oberbergischen Kreis ist es damit, die regionalen Stärken und Kompetenzen im Dialog mit Handwerkern, Architekten, dem Handel und der Kreisverwaltung herauszuarbeiten und geeignete Formen für die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure zu finden.

• Arbeitsphase 2: Auftaktveranstaltung

Ziele der Auftaktveranstaltung vom 18.6.1998 waren

- die Akteure miteinander bekannt zu machen
- Erfahrungen auszutauschen und
- zu gemeinsamen Aktionen anzuregen.

Anhand der Diskussion über ein Kooperationsmodell von Handwerkern aus der Rhön wurden drei Dinge deutlich:

1. Es gibt im Oberbergischen zahlreiche Handwerker, Architekten und Händler, die Erfahrungen mit den ökologischen Bauen haben.
2. Die Akteure konkurrieren stark miteinander, so daß es nicht einfach ist, sie im Rahmen konkreter Projektentwicklungen (z.B. „Agenda 21-Haus“) zur Kooperation zu bewegen.

3. Bei den Bauherren gibt es nach wie vor eine gewisse Skepsis bezüglich des Themas „ökologisch bauen", die auf Informationsdefizite zurückzuführen ist.

Dennoch gab es zahlreiche Anregungen für die Weiterarbeit. In der Auswertung der Auftaktveranstaltung legten die Kreisverwaltung und das IÖW drei Projektbereiche fest. Dies sind:

1. Projektbereich: Marketing für ökologisches und nachhaltiges Bauen
Hier waren interessierte Handwerker und Architekten eingeladen, mit der Kreisverwaltung eine Erweiterung der Informationsangebote im Bereich ökologisches und nachhaltiges Bauen zu diskutieren (Bauführer, Messen, Aktionen in Schulen etc.). Grundidee dieses Projektbereichs ist es, zu kooperativem Marketing anzuregen.

2. Projektbereich: Ökologische Siedlungsenwicklung
Zu dieser Veranstaltung war Planer, Initiatoren und Mitwirkende an Ökologischen Siedlungsprojekten eingeladen. Ziel ist es, im Laufe der Veranstaltung unterschiedliche Vorhaben und realisierte Siedlungen im Oberbergischen Kreis kennenzulernen und zu diskutieren.

3. Projektbereich: Traditioneller und Moderner Holz- und Lehmbau
Im Oberbergischen Kreis gibt es einiges an know-how im traditionellen und modernen Lehm- und Holzbau. Architekten, Handwerker und das Freilichtmuseum haben zum Teil langjährige Erfahrung in diesem Bereich. Dennoch ist der Lehm- und Holzbau im Bewußtsein der Bauherren und der Öffentlichkeit noch kaum präsent.

• Arbeitsphase 3: Projektentwicklung und Bewertung

Im Vordergrund der dritten Arbeitsphase stand die Durchführung von Veranstaltungen und Arbeitsgruppen im Rahmen der drei definierten Projektbereiche. Darüber hinaus wurden Recherchearbeiten, Ergebnissicherungen sowie Experten- und Abstimmungsgespräche durchgeführt. Die dritte Arbeitsphase hatte folgende inhaltliche Zielsetzungen und Aufgabenstellungen:

- Erfassung und Skizzierung von Projektideen in den einzelnen Projektbereichen und Schaffung einer Verständigung über deren Weiterentwicklung und Umsetzungsfähigkeit
- Erfassung und Einbeziehung von Schlüsselakteuren bzw. Promotoren für die Projektbereiche und für konkrete Projektideen
- Definition von Leitprojekten und deren Bewertung.

Ziel dieser Workshops war es insgesamt, die Anknüpfungspunkte und Projektideen, die von den unterschiedlichen Akteuren in der Auftaktveranstaltung vom 18. Juni 1998 genannt worden waren, näher zu betrachten, zu diskutieren, zu bewerten und gegebenenfalls erste Ansätze für die Umsetzung zu finden. Nach der Auftaktveranstaltung war bei vielen Akteuren der Eindruck entstanden, daß die Potentiale für die Realisierung von ökologischem und nachhaltigem Bauen im Oberbergischen Kreis noch nicht ausgeschöpft sind.

Die Workshops versammelten insgesamt über 80 Akteure, die sich professionell für ökologisches und nachhaltiges Bauen im Oberbergischen Kreis engagieren. Interessant war die „bunte Mischung" von Bauwilligen, Planern, Architekten, Handwerkern, Projektentwicklern und Verantwortlichen aus der kommunalen und der Kreisverwaltung. In einer kreativen Atmosphäre kam es zu zahlreichen Anregungen für die Weiterarbeit.

2 Projektbereich „Marketing für ökologisches und nachhaltiges Bauen"

2.1 Aufgabenstellung

Marketing ist die Ausrichtung aller Unternehmensfunktionen auf den Markt bzw. den Wettbewerb (vgl. Becker 1995 und Bidlingmaier 1983). Neben der gezielten Organisation der Beziehungen zum Kunden beinhaltet Marketing u.a. die Marktanalyse und daraus zu ziehende Schlußfolgerungen für die Positionierung des gesamten Unternehmens bzw. einzelner Produkte. Modernes Marketing ist nicht statisch. Es zeichnet sich durch eine aktive Kommunikation mit den Kunden und Kundinnen **und** dem Kundenumfeld (z.B. Umweltverbände, Naturschutz) aus. Wichtig ist, bestimmte Kundenmilieus zu identifizieren (z.B. die Gesundheitsbewußten, die Naturbewußten, die Regionalbewußten, die Preisbewußten), um die operativen Marketinginstrumente hieran auszurichten.

Das Marketing **regionaler** Produkte bedeutet die Einführung eines **neuen** Leitbildes für den Marktauftritt, daß sich zunächst gegen andere, noch vorherrschende Leitbilder durchsetzen muß (zum Beispiel gegen das vorherrschende Paradigma des kostengünstigen Bauens). Das Herausstellen des „Regionalarguments" erlaubt es auch, sich von anderen, überregionalen Mitbewerbern abzugrenzen (Differenzierungsstrategie) und eine spezifische Form der regionalen Kundenbindung aufzubauen.

Die Kernfrage für den Marktauftritt lautet daher: „Was ist das Regionale am Bauen und Wohnen?". Diese Frage muß sich in allen weiteren operativen Schritten wie ein roter Faden durchziehen und in bezug auf die Nachhaltigkeitsdimensionen (ökologisch, sozial und ökonomisch) konkretisiert werden. Erste Anhaltspunkte für ein solches Vorgehen liefert die nachfolgende Übersicht.

Tab. 1: Operationalisierung regionaler Marketingziele im Bereich Bauen und Wohnen

Regionale Ziele	Marketing	Ansatzpunkte für den Marktauftritt
Ökologisch: Erhalt der Kulturlandschaft, sparsamer Umgang mit Flächen, ökologische Siedlungsentwicklung	Verbindung von Landschaftsimage und Bauweise	Traditionelle Bauweisen (Fachwerk) Geförderte Modellprojekte des Bauministeriums, Sozialeffekte als Teil der Produktinformation, Gewerke übergreifende Dienstleistungen, Markttransparenz, Regionale Beschaffung, regionale Beratung, regionale Ausstellungen von vorbildlichen Lösungen
Sozial: Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen im regionalen Baugewerbe	Verbindung von der Bauleistung mit regionalen Qualifikationen	
Ökonomisch: Erhöhung der regionalen Wertschöpfung	Netzwerkbildung, regionale Kooperation in der Produktlinie „Bauen"	
Räumlich: Transportminimierung	Regionale Distribution, verkehrsarme Baustellen	

Quelle: eigene

Die geführten Expertengespräche machten deutlich, daß die operative Umsetzung dieser Marketingziele an folgende regionale Faktoren gebunden ist:

- Bei Bauherren, die an ökologischem und nachhaltigem Bauen interessiert sind, besteht ein hoher Informationsbedarf. Dies liegt an der Vielfalt und Komplexität der neuen Inhalte, in die sich die Bauherren einarbeiten müßten, wenn sie ökologisch Bauen wollen. Fast zu jeder Funktionsgestaltung gibt es eine ökologische Ergänzung oder Alternative. Oft ist es schwierig, Prioritäten zu setzen oder Information und Beratung aus einer Hand zu bekommen.
- Zugleich arbeiten die im Bereich ökologisches und nachhaltiges Bauen tätigen Fachleute in einer durch starke Konkurrenz geprägten Situation. Dies gilt auch im Oberbergischen Kreis. Das bedeutet, daß eine systematische Marktbearbeitung und Markterschließung, die neue Potentiale für ökologisches und nachhaltiges Bauen erschließen kann, nur eingeschränkt möglich ist. Es sind in diesem Bereich viele „Einzelkämpfer" unterwegs.

Grundsätzlich besteht die Einschätzung, daß es ein hinreichendes Angebot ökologischer Produktalternativen in der Region gibt. Ein wesentliches Defizit wurde in der Bereitstellung und Bündelung von praxisnahen Informationen und entsprechenden Beratungsangeboten gesehen.

2.2 Zielsetzungen

Die Zielsetzungen orientieren sich an dem vorgegebenen Handlungsrahmen der Agenda 21, der im wesentlichen auf Verständigung im Rahmen eines konsultativen Prozesses setzt. Natürlich bleibt es einzelnen Akteuren unbenommen, im Rahmen ihrer Kompetenzen und Möglichkeiten weitere Gestaltungsalternativen zu entwickeln.

Aus den Expertengesprächen und den Auftaktveranstaltungen kristallisierte sich folgender Handlungsbedarf heraus:

- Verbesserung des Informationsangebots zum nachhaltigen und ökologischen Bauen. Ein wichtiger Ansatzpunkt wird hierbei in der Erweiterung des bestehenden Bauführers der Kreisverwaltung gesehen. Fragen zum nachhaltigen und ökologischen Bauen sollen aufgegriffen und durch regionale Experten beantwortet werden.
- Um die Kommunikation zwischen den verschiedenen Akteuren zu verbessern, wurde Gründung eines Arbeitskreises vorgeschlagen, in dem Marketing- und Informationsangebote zum ökologischen und nachhaltigen Bauen entwickelt werden. Einer der Akteure sagte: „Es kommt darauf an, die Angst vor dem Konkurrenten zu verlieren und Dinge zusammen zu tun, die allen nützen."

2.3 Ergebnisse und Projektideen

Ergebnis des Marketing-Workshops ist die Erweiterung des Bauführers im Oberbergischen Kreis, die bereits umgesetzt ist. Das Interesse der Teilnehmer an einem über diese Aktion hinausgehenden, kontinuierlichen Ansatz für kooperatives Marketing findet seine Fortführung im Projekt „Entwicklung von Koordinationsstellen für ökologisches Sanieren im Bestand“, das im Projektbereich „Ökologische Siedlungsentwicklung“ dargestellt ist.

Entsprechend des vom IÖW entwickelten Bewertungsschemas ergibt sich folgendes Bild zur Beurteilung der Projektidee.

Projekt	Zielkonvergenz			Umsetzung		
	Standortprofil	Beschäftigungs -potential	Marktpotential	Promotor	Finanzierung	Akzeptanz
Arbeitskreis Marketing	XXXX	XXX	XXXX	XXX	XXX	XXXX

X= sehr gering, XX=gering, XXX=mittel, XXXX=hoch, XXXXX=sehr hoch, ? =k.A.

7	Erweiterung des Bauführers „Planen und Bauen im Oberbergischen Kreis“
Problemstellung	Im Oberbergischen Kreis wird alle zwei Jahre ein Bauführer aufgelegt, der sich in Form eines Ratgebers an interessierte Bauwillige wendet. (Auflage 15.000) Fragen des ökologischen Bauens wurden bisher am Rande thematisiert. Bei Bauherren, die an ökologischem und nachhaltigem Bauen (Wärmedämmung, Energietechnik, Baustoffe) interessiert sind, besteht ein hoher Informationsbedarf. Das liegt an den vielen neuen Inhalten, in die sich die Bauherren einarbeiten müssen, wenn sie ökologisch bauen wollen. Fast zu jedem Thema gibt es eine ökologische Ergänzung oder Alternative. Oft ist es schwierig, Prioritäten zu setzen oder Information und Beratung aus einer Hand zu bekommen. Zugleich arbeiten die im Bereich ökologisches und nachhaltiges Bauen tätigen Fachleute in einer durch starke Konkurrenz geprägten Situation. Dies gilt auch im Oberbergischen Kreis. Das bedeutet, daß eine kooperative Marktbearbeitung, die neue Potentiale für ökologisches und nachhaltiges Bauen erschließen kann, um so notwendiger ist.
Projektidee	Die Aufgabe im Projekt „Erweiterung des Bauführers `Planen und Bauen im Oberbergischen Kreis´“ besteht in der Erarbeitung eines Informationsteils der o.g. Broschüre zum Thema „Regionale Agenda - Ökologisches und Nachhaltiges Bauen“. In diesem Informationsteil sollen unterschiedliche, in diesem Bereich kompetente und im Oberbergischen Kreis tätige Akteure die Möglichkeit erhalten, sachgerecht zu einzelnen Fragen des ökologischen und nachhaltigen Bauens zu informieren. In einem zweiten Schritt können die Akteure bei der Neuauflage des Bauführers ggf. ein Ergänzungsheft o.ä. produzieren.
Ziele Beitrag zu einer nachhaltigen Kreisentwicklung	⇨ Verbesserung der Qualität der bisher verfügbaren Informationen zum Thema ökologisches und nachhaltiges Bauen im Oberbergischen Kreis ⇨ Anregung interessierter Bauherrren zum ökologischen Bauen ⇨ Verbreitung des Agenda-Gedankens ⇨ Lieferung eines ersten Ansatzpunktes für gemeinsame Aktivitäten zur Marktbearbeitung unterschiedlicher aktiver Fachleute im Bereich ökologisches und nachhaltiges Bauen
Akteure	Kreisbauamt, Marketing Agentur „Creativ-Werbung“, Architekten, Handwerker, Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Baustoffhandel
Status	Beschlossen auf der Veranstaltung „Marketing für ökologisches und nachhaltiges Bauen“ am 12.10.98, (1999 umgesetzt)

2.4 Perspektiven für die Weiterarbeit

Die Hauptaufgabe für die Weiterarbeit besteht in der Entwicklung von **selbsttragenden Strukturen** für ein kooperatives Marketing im Bereich ökologisches und nachhaltiges Bauen. Dabei sind folgende Probleme zu überwinden:

- **Konkurrenzverhalten der Betriebe**
  Die auf ökologisch und nachhaltiges Bauen spezialisierten Betriebe arbeiten kleinteilig und konkurrieren stark miteinander.
- **Die geringe Kooperation zwischen öffentlichen und privaten Organisationen**
  Die Initiative für selbsttragende Strukturen kann nur aus dem privaten Bereich kommen. Dies betrifft auch die Anfangsfinanzierung einer gemeinsamen Außendarstellung. Öffentliche Organisationen können den Prozeß durch das Zur-Verfügung-Stellen von Räumlichkeiten, Moderation und Beratung bei der Findung von Fördermittelgebern (für einen zweiten Schritt nach der Anfangsphase) unterstützen.
- **Kontinuität in der Moderation des Prozesses**
  Auch die Herstellung von selbstragenden Strukturen bedarf der systematischen Arbeit. Deshalb ist die kontinuierliche Begleitung des Prozesses durch einen Moderator weiterhin sinnvoll.

Eine grundlegende Bereitschaft zur weiteren Kooperation und Verständigung ist in diesem Handlungsfeld vorhanden. In allen drei Workshops haben verschiedene Akteure betont, weiter miteinander im Gespräch bleiben zu wollen und ggf. gemeinsame Aktionen und Initiativen zu verabreden, „die allen nützen". Mit dem Ansatz für ein „Kooperatives Marketing" kann diese Bereitschaft in konkrete Bahnen gelenkt werden.

Des weiteren ist die gemeindliche Ebene ist für Maßnahmen einer engeren Zusammenarbeit von Planung, Bauausführung und Nutzern geeignet. Ansatzpunkte hierfür bieten konkrete Sanierungsvorhaben im Bereich des Wohnungsbaus, aber auch die Bemühungen zum Energiesparen an den Schulen, die ja auch bauliche Veränderungen beinhalten. Die Initiativen für die Einrichtung von „Koordinationsstellen zur ökologischen Sanierung im Bestand" in Waldbröl und Wiehl (vgl. Projektbereich „Ökologische Siedlungsentwicklung) legen hiervon Zeugnis ab. Insofern es gelingt, die angesprochenen Probleme zwischen einzelnen Akteursgruppen zu lösen (und Schlüssel zu einer Lösung ist die kontinuierliche Begleitung des Prozesses durch einen Moderator), kann in diesem Projektbereich in Verbindung mit den Aspekten einer ökologischen Siedlungsentwicklung (siehe nachfolgendes Kapitel) ein großer Beitrag zu einer nachhaltigen Kreisentwicklung geleistet werden.

3 Projektbereich „Ökologische Siedlungsentwicklung"

3.1 Aufgabenstellung

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages hat in ihrem Bericht „Konzept Nachhaltigkeit" festgestellt, daß 80% der ökologischen Probleme im Bereich „Bauen und Wohnen" im Bestand verursacht werden.[1] Von daher ist es sinnvoll, diesen Projektbereich auf Fragen einer innovativen Bestandspflege zu konzentrieren.

Viele Häuser sind unter Umweltgesichtspunkten noch nicht auf dem Stand der Technik (Dämmung, Heizung, Energietechnik). Neben dem Bedarf besteht hier auch die Möglichkeit, in eine ökologische Sanierung zu investieren, da die Häuser schuldenfrei sind oder an die nächste Generation übertragen wurden.

3.2 Zielsetzungen

Ziel des Projektbereichs „Ökologische Siedlungsentwicklung" ist es, bestehende Aktivitäten im Kreisgebiet zusammenzuführen und zu bündeln. Damit wird die Abstimmung zwischen unterschiedlichen Akteuren erleichtert und ein Erfahrungsaustausch findet statt.
Ziele des Projektbereichs bezogen auf die Entwicklung von Initiativen für Ökologische Sanierung im Bestand sind:

- den Besitzern von Häusern aus dem Bestand Möglichkeiten der ökologischen Sanierung deutlich zu machen und zu erleichtern,
- für die beteiligten Betriebe neue Betätigungsmöglichkeiten im Bereich der ökologischen Sanierung zu generieren und
- Ansatzpunkte für die Zusammenarbeit unterschiedlicher Fachbetriebe zu finden.

3.3 Ergebnisse und Projektideen

Ergebnis der Projektbereichs „Ökologische Siedlungsentwicklung ist die Projektskizze „Entwicklung von Koordinationsstellen für Ökologische Sanierung im Bestand. Sie ist das Leitprojekt des Handlungsfeldes „Zukünftiges Bauen und Wohnen".

[1] Deutscher Bundestag (1998)

8	Entwicklung von Koordinationsstellen für Ökologisches Sanieren im Bestand
Problemstellung	Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages hat in ihrem Bericht „Konzept Nachhaltigkeit“ festgestellt, daß 80 % der ökologischen Probleme im Bereich „Bauen und Wohnen“ im Bestand verursacht werden. Demnach bestehen im Bestand auch die größten Möglichkeiten, Beiträge zu einer nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Viele Häuser sind unter Umweltgesichtspunkten noch nicht auf dem Stand der Technik (Dämmung, Heizung, Energietechnik). Abgesehen dem Bedarf besteht hier auch ein größerer finanzieller Spielraum, in eine ökologische Sanierung zu investieren, da die Häuser meist schuldenfrei sind oder an die nächste Generation übertragen wurden.
Projektidee	Im Projekt „Entwicklung von Koordinationsstellen für Ökologisches Sanieren im Bestand“ geht es darum, die vielfältigen Möglichkeiten der ökologischen Modernisierung bei Häusern, die unter Umweltgesichtspunkten noch nicht auf dem Stand der Technik sind, zu kommunizieren. Im Zusammenspiel von Akteuren der Fachbetriebe, Banken, sowie Fördermittelgebern gilt es, Maßnahmen (Informationsbroschüren, Ausstellungen, Beratungsangebote) zur ökologischen Sanierung zu entwickeln und anzubieten. Die Gemeinden sind häufig die ersten Anlaufstellen für bau- und sanierungswillige Bürger. Deshalb ist es sinnvoll, für die Entwicklung von Koordinationsstellen auf der gemeindlichen Ebene zu beginnen und dort Angebote zur Information, Qualifikation und zur Bündelung von Dienstleistungen zu schaffen.
Ziele Beitrag zu einer nachhaltigen Kreisentwicklung	⇨ Anregung zu und Erleichterung von Möglichkeiten der ökologischen Sanierung für Besitzer von Häusern aus dem Bestand ⇨ Schaffung neuer Betätigungsmöglichkeiten im Bereich der ökologischen Sanierung für die beteiligten Betriebe ⇨ Entwicklung von Ansatzpunkten für die Zusammenarbeit unterschiedlicher Fachbetriebe ⇨ mit Unterstützung des Kreises schrittweise und kontinuierliche Entwicklung von Informations- und Beratungsangeboten in möglichst vielen Gemeinden des Kreisgebiets, die Bürgern, die an einer ökologischen Sanierung ihrer Altbauten interessiert sind, eine Hilfestellung sind. Mit der Realisierung dieser Ziele sind kräftige Impulse für die wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklung im Kreisgebiet verbunden.
Akteure	Handwerker, Händler, Hersteller, Architekten, Banker, Kreisbauverwaltung, Kreisdirektor, Gemeinde Wiehl.
Status	In der Arbeitsgruppe „Ökologische Sanierung im Bestand“ sind am 9.3. vierzig Teilnehmer zu einer Veranstaltung erschienen, die das IÖW in Zusammenarbeit mit der Volksbank Oberberg ausgerichtet hatte. Alle Anwesenden unterstützten diese Initiative. In zwei Gemeinden (Waldbröl und Wiehl) gibt es Akteure, die sich dazu bereit erklärt haben, vor der Sommerpause die nächsten Treffen zu organisieren.

Entsprechend des vom IÖW entwickelten Bewertungsschemas ergibt sich folgendes Bild zur Bewertung der Projektidee:

Projekt	Zielkonvergenz			Umsetzung		
	Standortprofil	Beschäftigungs-potential	Marktpotential	Promotor	Finanzierung	Akzeptanz
Koordinations-stellen Ökologische Sanierung	XXXX	XXXX	XXXX	XXX	XXX	XXXX

X= sehr gering, XX=gering, XXX=mittel, XXXX=hoch, XXXXX=sehr hoch, ? =k.A.

3.4 Perspektiven für die Weiterarbeit

Für die Weiterarbeit gibt es fünf Perspektiven:

- **Kooperation statt Konkurrenz**
  Unternehmen handeln in dem Bewußtsein, daß sie sich am Markt behaupten müssen. Wettbewerb und Kooperation müssen sich jedoch nicht grundsätzlich ausschließen. Im Bereich von ökologischen Sanierungen können zusätzliche Umsatzpotentiale durch Kooperation verschiedener Anbieter erschlossen werden. Das Handwerker-Magazin (3/99) nennt drei unterschiedliche Kooperationsformen:

Kooperationsformen		
gleiche Gewerke	mehrere Gewerke	gewerkübergreifend
• loser Zusammenschluß	• loser Zusammenschluß	Kooperation mit
• Einkaufsgemeinschaften	• Einkaufsgemeinschaften	• Banken
• Werbegemeinschaften	• Werbegemeinschaften	• Architekten
• Notdienste	• Bieter- und Arbeitsgemein-schaften	• Kommunen
• Bieter- und Arbeitsgemein-schaften	• Systemführerschaften	• Bausparkassen
• Unternehmen mit eigener Rechtsform	• Unternehmen mit eigener Rechtsform	

- **Systematische Marktbearbeitung im Bereich „ökologisches Sanieren"**
  Während es beim Neubau viele Informationsmaterialien und Beratungsangebote aus privater Hand gibt, sind die Verbraucher bisher nur unsystematisch auf die Handlungsmöglichkeiten im Sanierungsbereich aufmerksam geworden. Hier gilt es Pionierarbeit zu leisten.

- **Zusammenwirken von öffentlichen und privaten Organisationen**
  Die Initiative für selbsttragende Strukturen kann nur aus dem privaten Bereich kommen. Dies betrifft auch die Anfangsfinanzierung. Öffentliche Organisationen können den Prozeß durch das Zur-Verfügung-Stellen von Räumlichkeiten, Moderation und Beratung bei der Findung von Fördermittelgebern (für einen zweiten Schritt nach der Anfangsphase) unterstützen.

- **Zusammenwirken von Finanzdienstleistern und Fachbetrieben**
  Mit der Organisation der Koordinationsstelle gehen neue Notwendigkeiten zur Zusammenarbeit zwischen Handwerk, Architektenschaft und Finanzdienstleistern einher. Die informelle Zusammenarbeit wird sich, z.B. in Fragen wie der regelmäßigen Besetzung der Koordinationsstelle, formalisieren.

- **Kontinuität in der Moderation des Prozesses**
  Auch die Herstellung von selbsttragenden Strukturen bedarf der systematischen Arbeit. Deshalb ist die kontinuierliche Begleitung des Prozesses durch einen Moderator sinnvoll.

Kooperationen sind für alle Beteiligten Neuland. Die wirtschaftlichen Chancen von Kooperationen gehen mit Risiken bei der Entwicklung geeigneter Kooperationsformen einher. Bei der Einrichtung der Koordinationsstelle treffen Akteure aufeinander, die entweder fachlich sehr unterschiedliche Ausgangspunkte haben oder miteinander konkurrieren. Zudem widmen sie sich einem Anliegen, das auch unter technischen Gesichtspunkten z.T. Neuland darstellt, der ökologischen Sanierung von Altbauten.

Dennoch ist das Projekt „Entwicklung von Koordinationsstellen für Ökologische Sanierung im Bestand" aus Sicht der Agenda 21 ein ausgezeichnetes Projekt. Es verbindet ökologische Ziele - die Reduktion des CO2 Ausstoßes - mit wirtschaftlichem Nutzen für alle Beteiligten und ermöglicht auch im Bereich der sozialen Gestaltung neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Akteuren.

Die gemeindliche Ebene bietet aufgrund der gewachsenen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den relevanten Akteuren eine ideale Basis für die Bildung von Pools zur Realisierung von ökologischen Sanierungen, insofern es gelingt, den Selbstorganisationsprozeß unter den Akteuren durch eine geschickte Moderation immer wieder in Gang zu bringen.

Die geplanten Koordinierungsstellen können gemeindebezogene Informationsmaterialien erstellen, zu fachlichen Fragen beraten und über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten informieren. Außerdem organisieren sie den öffentlichen Auftritt des Pools der für ökologische Sanierungen kompetenten Firmen (z.B. Messen, Rundgespräche etc.) Die Akteure haben ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit im Hinblick auf die Einrichtung von Koordinierungsstellen erklärt und unter Beweis gestellt.

4 Projektbereich: „Traditioneller und Moderner Holz- und Lehmbau"

4.1 Aufgabenstellung

Das Bergische Fachwerkhaus symbolisiert die Geschichte und prägt das Image der ganzen Region. Noch heute sind 10 bis 20 % des Bergischen Häuserbestands Fachwerkhäuser. Die Verbindung von Lehm- und Holzbau ist für das Bergische Land typisch.
Heute gibt moderne Lehmbautechniken, die diese Tradition mit den Möglichkeiten und Erfordernissen modernen Bauens verknüpfen. Dabei entstehen kostengünstige, energetisch und baustofflich hochwertige Häuser.

Im Oberbergischen Kreis gibt es ein breites Know-How im traditionellen und modernen Lehm- und Holzbau. Architekten, Handwerker und das Freilichtmuseum haben zum Teil langjährige Erfahrung in diesem Bereich. Dennoch ist der Lehm- und Holzbau im Bewußtsein der Bauherren und der Öffentlichkeit noch kaum präsent.

4.2 Zielsetzungen

Ziel des Projekts „Entwicklung eines Lehm- und Holzhauses als Demonstrationsobjekt" ist es,

- der Öffentlichkeit die Möglichkeiten des modernen Lehm- und Holzbaus nahezubringen,
- sowie unterschiedliche Fachkundige aus den Oberbergischen Kreis an dem Projekt zu beteiligen und damit die vorhandene Kompetenz zu bündeln und zu verstärken.

4.3 Ergebnisse und Projektideen

Der Workshop vom 14.10.1998, der in erster Linie dem Ausloten möglicher Projekte diente, führte zu Ansatzpunkten in den Bereichen

- Bildung (für Sanierungen im Bestand der Bergischen Fachwerkhäuser, die 10 – 20 % des gesamten Bestandes ausmachen; Anknüpfungsmöglichkeiten bestehen im Seminarangebot des Bergischen Freilichtmuseums)
- Demonstration (von modernen Lehmbautechniken, mit Möglichkeiten zum „Anfassen", an einem gut frequentierten Ort im Oberbergischen)
- Lehmbau und Erfahrungsqualifikation (Zusammenspiel von dem Einsatz moderner Lehmbautechniken mit der Qualifizierung von sozial Benachteiligten)

Alle Anwesenden verabredeten, auf den hier angedeuteten Wegen weitere Schritte zu unternehmen. Nach der Veranstaltung kam es zur Formulierung der Projektskizze.

9	Bau eines Lehm- und Holzhauses als Demonstrationsobjekt
Problemstellung	Das Bergische Fachwerkhaus prägt das Bild der gesamten Region. Noch heute sind 10 bis 20 % des Bergischen Häuserbestands Fachwerkhäuser. Die Verbindung von Lehm- und Holzbau ist für das Bergische Land typisch. Heute gibt moderne Lehmbautechniken, die diese Tradition mit den Möglichkeiten und Erfordernissen modernen Bauens verknüpfen. Dabei entstehen kostengünstige, energetisch und baustofflich hochwertige Häuser. Im Oberbergischen Kreis gibt es Einiges an Know-How im traditionellen und modernen Lehm- und Holzbau. Architekten, Handwerker und das Freilichtmuseum haben zum Teil langjährige Erfahrung in diesem Bereich. Dennoch ist der Lehm- und Holzbau im Bewußtsein der Bauherren und der Öffentlichkeit noch kaum präsent.
Projektidee	Das Projekt „Entwicklung eines Lehm- und Holzhauses als Demonstrationsobjekt“ beinhaltet die Errichtung eines Hauses, an dem unterschiedliche moderne Lehmbautechniken in ihrer Verbindung mit dem Holzbau demonstriert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Am Bau des Hauses können unterschiedliche Fachleute aus dem Oberbergischen Kreis mitwirken. Mit dem „Musterhauscharakter“ des Objekts werden verschiedene Möglichkeiten für die Besucher verbunden, mit den Werkstoffen Lehm und Holz Erfahrungen zu machen (z.B. in Seminaren, in Aktionen für Kinder). Auf diese Weise kann das Demonstrationsobjekt zu einem Ausflugsziel werden oder die Attraktivität bestehender Ausflugsorte stärken. Falls es in der Nähe einer Schule errichtet wird, kann es zu einem Kristallisationspunkt von Aktivitäten der „Agenda-Schule“ werden.
Ziele Beitrag zu einer nachhaltigen Kreisentwicklung	⇨ Erschließung der Möglichkeiten des modernen Lehm- und Holzbaus für die Öffentlichkeit ⇨ Beteiligung unterschiedliche Fachkundige aus den Oberbergischen Kreis an dem Projekt und damit Bündelung und Verstärkung der vorhandenen Kompetenz
Akteure	Architekten, Bergisches Freilichtmuseum, Kreisdirektor, Baudezernent.
Status	Bei der Veranstaltung „Traditioneller und Moderner Lehmbau“ am 14.10.98 im Bergischen Freilichtmuseum bestand unter den Anwesenden Einigkeit darüber, daß eine derartige Initiative für den Oberberg interessant ist. Alle Anwesenden verabredeten,, auf den in der Versammlung besprochenen Wegen weitere Schritte zu unternehmen. Für die Weiterentwicklung des Projekts „Entwicklung eines Lehm- und Holzhauses als Demonstrationsobjekt“ wird es entscheidend sein, ob es gelingt, einen unabhängigen Träger zu finden, der bereit ist, sich dieses Vorhabens anzunehmen. Das Bergische Freilichtmuseum ist grundsätzlich daran interessiert, im Zusammenhang mit dem Aufbau des Umweltinformationszentrum (Baubeginn nicht vor dem Jahr 2000), moderne Lehm- und Holzbautechniken stärker in den Vordergrund zu rücken.

Unter Agenda-Gesichtspunkten erscheint das Projekt sinnvoll. Es verbindet ökonomische Nutzenpotentiale für die Region mit ökologischen und sozialen (d.h. hier: Bildungs-) Aspekten. Dennoch fällt die Bewertung aufgrund der noch nicht geklärten Arbeitsstruktur und der von daher unsicheren Realisierungschancen *nicht* einhellig positiv aus.

Entsprechend dem vom IÖW entwickelten Bewertungsschema ergibt sich folgendes Bild:

Projekt	Zielkonvergenz			Umsetzung		
	Standortprofil	Beschäftigungs-potential	Marktpotential	Promotor	Finanzierung	Akzeptanz
Lehm- und Holzbau	XXXX	XXX	XXX	X	XX	XX

X= sehr gering, XX=gering, XXX=mittel, XXXX=hoch, XXXXX=sehr hoch, ? =k.A.

4.4 Perspektiven für die Weiterarbeit

Im Workshop und in den begleitenden Gesprächen wurde deutlich, daß den interessierten Fachleuten aus dem Oberbergischen die Kommunikation und Kooperation untereinander schwer fällt. Die Situation ist von starkem Konkurrenzdruck in einem engen Markt geprägt und die Akteure entwickeln zur Zeit wenig Neigung, diese Situation von sich aus durch gemeinsame Initiativen zur Marktentwicklung zu verbessern.

Aufgrund seiner Vielschichtigkeit befindet sich das Projekt noch in der Konzeptionsphase und es ist nicht klar, ob es darüber hinaus kommen wird. Für die Weiterentwicklung des Projekts „Entwicklung eines Lehm- und Holzhauses als Demonstrationsobjekt" wird es entscheidend sein, ob es gelingt, einen unabhängigen Träger zu finden, der bereit ist, sich dieses Vorhabens anzunehmen. Das Bergische Freilichtmuseum ist grundsätzlich daran interessiert, im Zusammenhang mit dem Aufbau des Umweltinformationszentrum (Baubeginn nicht vor dem Jahr 2000) *moderne* Lehm- und Holzbautechniken stärker in den Vordergrund zu rücken. Ein Demonstrationsobjekt o.ä. ist jedoch nicht geplant. Die Frage nach einem Träger des Projekts ist deshalb grundsätzlich offen.

Trotz dieser Probleme sollte die Idee einer Rückbesinnung auf regionale Bautraditionen nicht gleich ad acta gelegt werden. Hierfür sprechen folgende Gründe:

- Das große Potential des Holz- und Lehmbaus im Baubestand,
- Die Verbesserung der Sanierungstechniken
- die vor Ort vorhandene Fachkompetenz der Architekten und Handwerker
- die positive Einstellung der Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinlandes und seiner Einrichtungen zum Lehmbau
- der starke Zuspruch des Publikums für das Bergische Freilichtmuseum, das sich bisher primär den traditionellen Lehmbautechniken widmet.

Die zentrale Herausforderung bei Realisierung eines „Lehm- und Holzhauses als Demonstrationsobjekt“ ist die Frage der Trägerschaft. Diese kann, im Unterschied zu den oben formulierten Marketing- und Koordinationsprojekten, nicht aus dem Kreis der privaten Akteure heraus definiert werden. notwendig ist es vielmehr, daß sich ein öffentlicher Träger für dieses Projekt findet. Aufgrund der guten Rahmenbedingungen den Bau eines „Lehm- und Holzhauses als Demonstrationsobjekt“ im Bergischen Land ist dies langfristig möglich.

5 Die Rolle von Schlüsselakteuren und Promotoren

In diesem Handlungsfeld ist es gelungen, wichtige Schlüsselakteure des Bereichs Bauen und Wohnen einzubeziehen. Hierzu gehören:

- Teile der ökologisch orientierten Handwerkerschaft
- Teile des konventionellen und ökologischen Baustoffhandels
- ein Hersteller von umweltschonenden Energieerzeugungsanlagen
- ökologisch orientierte Architekten und Ingenieurbüros
- regionale Energiedienstleister
- der Landschaftsverband Rheinland und nachgelagerte Einrichtungen (Museen etc.)
- die kreisangehörige Wirtschaftsförderung/ Baudezernat
- die Umweltverwaltung des Kreises
- Mitarbeiter aus den Planungsämtern der Gemeinden
- verschiedene Bauherren und Nutzer (z.B. Schulen)
- ein regionales Geldinstitut.

Aufgrund von starken Konkurrenzbeziehungen und unterschiedlicher ökologischer Philosophien in der Gruppe der Architekten und Handwerker, sind einzelne Firmen aus diesem Bereich nicht geeignet, im weiteren Prozeß eine Moderatorenrolle wahrzunehmen. Auch die qua Amt bedingten unterschiedlichen Sichtweisen der Wirtschaftsförderung und der Umweltverwaltung begrenzen deren Integrationsmöglichkeiten. Für ein konstruktives Schnittstellenmanagement zwischen Wirtschaft und Umwelt in diesem Bereich erwies sich der „neutrale Boden“ des regionalen Geldinstituts als besonders fruchtbar. Hieran sollte für weitere Veranstaltungen angeknüpft werden. Hinsichtlich der Umsetzung erster Maßnahmen, ist eine Verknüpfung der regionalen Ebene (Kreis) mit der kommunalen Ebene von besonderer Bedeutung. Insofern kommt der Bereitschaft einzelner Gemeinden, sich am Agendaprozess zu beteiligen, besondere Bedeutung zu. Ein bereits bestehende Ansatzpunkte hierfür ist die Beteiligung einzelner Mitarbeiter aus den Planungsämtern in den Arbeitsgruppen dieses Handlungsfelds.

Teil C

Handlungsfeld
„Zukunft der Landwirtschaft und des Ernährungsgewerbes“

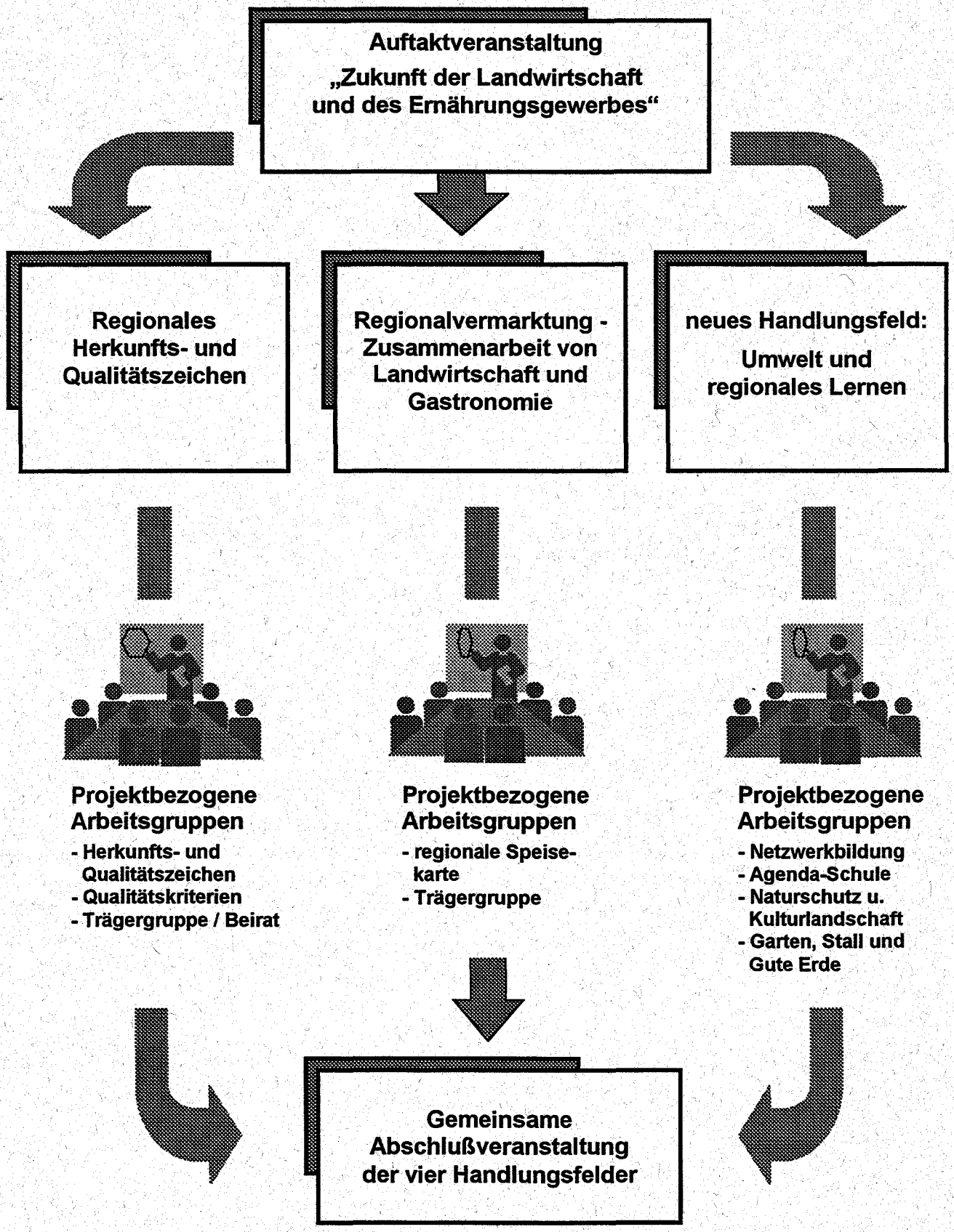
1 Zielformulierung

In der Öffentlichkeit wird die Bedeutung der Land- und Ernährungswirtschaft für die regionale Entwicklung häufig unterschätzt. Gemessen an den direkten Anteilen an der regionalen Wirtschaftsleistung und den Beschäftigten spielen Landwirtschaft und Ernährungsgewerbe auch im Oberbergischen Kreis nur noch eine untergeordnete Rolle. Dennoch gehören sie zu den tragenden Säulen der Wirtschafts- und Sozialstruktur des Oberbergischen Kreises und leisten einen entscheidenden Beitrag zum Schutz der Kulturlandschaft. Die hohe sektorübergreifende Relevanz läßt sich u.a. aus den Zielen und Aufgaben der Land- und Ernährungswirtschaft ableiten:

- Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln aus regionaler Erzeugung und Verarbeitung
- Sicherung einer gewissen wirtschaftlichen Eigenständigkeit der Region
- Bindung von Wertschöpfung und Beschäftigung an die Region
- Leistung eines Beitrags zum Erhalt der Kulturlandschaft und deren Biotop- und Artenvielfalt
- Sicherung des Freizeit- und Erholungswerts für Wohnbevölkerung, Naherholung und Tourismus
- Sicherung einer ausreichenden und qualitativ hochwertigen Versorgung der angrenzenden Ballungsräume mit Trinkwasser
- Leistung eines Beitrags zum Erhalt und zur Wiederbelebung einer regionalen Identität und eines regionalen Bewußtseins
- Erhalt einer weitgehend flächendeckenden Bewirtschaftung der regionalen Bodenfläche.

Angesichts dieser Ziel- und Aufgabenvielfalt kommt der Land- und Ernährungswirtschaft innerhalb einer Nachhaltigen Entwicklung des Oberbergischen Kreises ein hoher Stellenwert zu. Die Sicherung und Stärkung der regionalen Land- und Ernährungswirtschaft wird daher von zahlreichen regionalen Akteuren und Akteursgruppen als eine vordringliche Aufgabe angesehen. Sowohl im Handlungskonzept „Umwelt und Klima als wirtschaftsrelevante Faktoren" als auch in der Kreisentwicklungskonzeption wird die Förderung und Unterstützung einer zukunftsfähigen, naturverträglichen und nachhaltigen Landnutzung als wichtige Zielgröße formuliert. Aus Sicht vieler Beteiligter soll das Projekt „Regionale Agenda Oberberg" entsprechende Maßnahmen unterstützen und als Plattform für eine zielorientierte Vernetzung bestehender und neu initiierter Aktivitäten fungieren. Das Handlungsfeld „Zukunft der Landwirtschaft und des Ernährungsgewerbes" leistet somit einen Beitrag zur Sicherung einer umweltschonenden und wettbewerbsfähigen Land- und Ernährungswirtschaft.

Abb. 1: **Übersicht über Themen und Arbeitsstrukturen im Handlungsfeld „Zukunft der Landwirtschaft und des Ernährungsgewerbes“**



• Problemstellung

Auch die Oberbergische Land- und Ernährungswirtschaft agiert in einem Spannungsfeld zwischen steigenden Anforderungen der Gesellschaft an eine nachhaltige Wirtschaftsweise und sich verschärfenden wirtschaftlichen und politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen. Die dynamischen Veränderungsprozesse weisen folgende Merkmale auf:

- Die Ansprüche der Verbraucher an Produktionsweise, Herkunft und Qualität von Nahrungsmitteln steigen.
- Das Einkaufs- und Ernährungsverhalten der Verbraucher entzieht sich immer mehr einer klaren und festen Typisierung.
- Unter den Verbrauchern herrscht angesichts von BSE-Problematik, genmanipulierten Nahrungsmitteln und Lebensmittelskandalen eine große Verunsicherung und Vertrauenskrise.
- Die Agrarmärkte unterliegen einer fortschreitenden Liberalisierung und Globalisierung (vgl. die Beschlüsse zur Agenda 2000).
- Relativ hohe Erzeugungskosten in der Landwirtschaft kollidieren mit sinkenden oder stagnierenden Verkaufserlösen sowie einem sich stetig reduzierenden Stützungsniveau der EU.
- Staatliche Vorgaben und Reglementierungen in der Agrar- und Umweltpolitik hemmen betrieblicher Gestaltungsspielräume. Gleichzeitig entziehen sich die wirtschaftlichen und politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen immer mehr einer regionalen Einflußnahme.
- Im nachgelagerten Bereich der Ernährungsindustrie und des Lebensmitteleinzelhandels vollzieht sich ein tiefgreifender sektoraler und räumlicher Konzentrationsprozeß.

Angesichts der skizzierten Entwicklungstrends besteht die Gefahr, daß sich die landwirtschaftliche Produktion verstärkt aus standortbedingt benachteiligten Regionen wie dem Oberbergischen Kreis (OBK) zurückzieht. Der Trend zur Aufspaltung der Kulturlandschaft in intensiv bewirtschaftete Flächen und Regionen und brachfallenden Flächen dürfte neben negativen Folgen für die Umwelt auch erhebliche soziale und wirtschaftliche Probleme aufwerfen.

Ein verstärktes Ausscheiden vieler Landwirte aus der Produktion wird das Kulturlandschaftsbild im Oberbergischen Kreis nachdrücklich verändern. Eine Folge dürfte der Rückgang der Biotopvielfalt und mittelfristig die Beeinträchtigung des Freizeit- und Erholungswerts der Landschaft sein. Gleichzeitig wird dem lokalen und regionalen Ernährungsgewerbe eine wichtige Grundlage entzogen. Um diesem Entwicklungsprozeß entgegenwirken zu können, bedarf es innovativer und regional angepaßter Handlungskonzeptionen und Maßnahmen. Das Konzept der Nachhaltigkeit kann im Rahmen einer „Regionalen Agenda Oberbergischer Kreis" für die Sicherung einer umweltschonenden und wettbewerbsfähigen Landwirtschaft einen Beitrag leisten.

- **Zielsetzungen und Aufgabenstellungen der drei Arbeitsphasen im Agenda 21-Prozeß**

Im Mittelpunkt der ersten beiden Arbeitsphasen standen mehrere Zielsetzungen und Aufgabenstellungen:

- Aufbereitung der Ausgangslage durch eine Markt- und Strukturanalyse und durch Expertengespräche
- Verständigung der Beteiligten über die Ausgangslage durch eine Vereinheitlichung des Informationsstandes
- Erfassung und Einbeziehung relevanter Schlüsselakteure
- Identifizierung von Übereinstimmungen und Konfliktlinien zwischen den Beteiligten
- Erfassung und Abstimmung des Handlungsbedarfs und der Zielsetzungen
- Schaffung einer Plattform, die als Dialog- und Diskussionsforum zur Verständigung und Bündelung von Initiativen, Aktivitäten und Ideen beiträgt
- Definition von weiter zu verfolgenden Projektbereichen.

Aus den geführten Gesprächen und der Auftakt-Veranstaltung läßt sich im Oberbergischen Kreis eine gewisse Aufbruchstimmung konstatieren. Sie wird von der Erkenntnis der Beteiligten geprägt, daß sich der bisherige Entwicklungsgang zu einer ernsthaften Bedrohung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Struktur des Oberbergischen Kreises entfalten kann. Im Rahmen eines Dialog- und Konsensbildungsprozesses konnten sich die Beteiligten auf drei zentrale Projektbereiche einigen, die im Rahmen der Regionalen Agenda weiter verfolgt werden sollen (Tab. 1).

Tab. 1: Projektbereiche im Handlungsfeld „Zukunft der Landwirtschaft und des Ernährungsgewerbes“

• Regionales Herkunfts- und Qualitätszeichen Bergisches Land
• Regionalvermarktung – Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Gastronomie
• Umwelt und regionales Lernen*

* im Laufe des Agendaprozesses etablierte sich der Projektbereich als zusätzliches Handlungsfeld siehe Teil D